22.
i 9

Garantieen

der

freien Presse

im

bayeriſchen Rheinkreiſe,

von

J. Savoye,

Advokat am Appellhofe in Zweibrücken.

Zweibrücken, 1832.

Gedruckt bei Georg Ritter.

Vorwort.

Frankreich, Deutſchland, Europa waren der Freiheit nie näher geſtanden, als nach der großherzigen Revolution im Juli 1830. Wie mittelſt Zauberwerk hatte die unwiderſtehliche Volkskraft einen in vermeſſenem Wahnwitze dahinſtürmenden Regentenſtamm vom Throne herab in die nebligten Gefilde von Schottland geſchleudert. — Volksſouveränetät! — tönte der Triumphruf durch die ſchönen Provinzen Frankreichs; — Volksmacht und Recht! wiederhallte es in den aufhorchenden Gauen des herrlichen Deutſchlands. Alle bezaubernde Träume, welche ſich an dieſe erhabene Uridee anknüpfen, die Natürlichkeit, ja die unbedingte Nothwendigkeit dieſes, der Würde des Menſchen einzig und allein entſprechenden, Zuſtandes erſchienen mit jugendlicher Fülle vor dem entzückten Auge der Völker. Es war nur ein — Wort; die Sache ſollte noch nicht vergönnt werden, mag auch die Verzögerung noch ſo kurz ſeyn.

Frankreich, noch berauſcht von der ſtrahlenden Größe ſeiner Thaten, ließ ſich — dem Worte ſeines verehrten Freiheitsveteranen folgend — verleiten, auf den erledigten Thron einen neuen Fürſten aus der nämlichen Bourbonenfamilie zu erheben. Seine Garantie gegen die Wiederkehr königlicher Gebrechen? Er ſollte ein Bürgerkönig — ſein Thron ein volksthümlicher,

umgeben von republikaniſchen Inſtitutionen, ſeyn. Die letzteren, rein und unumſchleiert, waren, was der Natur, der Vernunft und dem Bedürfniſſe freier Menſchen entſprach, — was Frankreich wollte, aber offen auszuſprechen Anſtand nahm. Eine noch nicht zweijährige Erfahrung der aufgewärmten Reſtauration hat der Wahrheit neuen Reiz verſchafft.

Ein König kann kein Bürger ſeyn — ſo wenig als ein Bürger zum König taugt. — Freiheit und Gleichheit, Anerkennung der unveräußerlichen Rechte ſeiner ſelbſt, und ſeines Mitmenſchen, unabhängige Bewegung und Genuß aller Güter der großen göttlichen Natur, verlangt der Bürger; Entäußerung der angebornen Rechte, Unterwerfung Aller unter den oberſten Willen eines Einzigen, Supremazie des Thrones über Millionen, Verherrlichung der privilegirten Freiheit durch die Sklaverei der Maſſe, ungleicher Genuß des Nationalvermögens zum exorbitanten Vorzug des Einen, zum Mark und Schweiß vergeudenden Nachtheile der Andern — dies iſt was der König will.

Beide Zuſtände laſſen ſich nicht mit einander vermählen — eine ſolche Pflanze trägt das Prinzip der Zerſtörung in ſich ſelbſt.

Eine wohlfeile Regierung vor Allem, war der Talisman einigen Beſtandes der neuen Dynaſtie in Frankreich. Die jüngſten Verhandlungen über die Civilliſte haben dem Königthum mehr geſchadet, als eine hundertjährige Fortſetzung der frühern Reſtaurationsherrſchaft. Das Volk hatte um der Sache willen, um ihrer deſto ſicherer zu ſeyn, auf den Namen des neuen Zuſtandes verzichtet; es gewahrte, daß der Bürgerkönig, von den Herrſchern der übrigen Throne, durch nichts als durch ſeinen Urſprung und deſſen Nichtachtung ſich unterſcheidet; es erblickt die Kräfte der Nation, im Wetteifer, in den nämlichen Schlund göttlich-königlicher Unerſättlichkeit ſich ſtürzen und ver-

lieren! — Unnütz erſcheint ihm die neue Form, beleidigt die Großmuth einer triumphirenden Nation; — das Königthum wird untergehen und die Republik, gereinigt und durch Erfahrung geläutert, wird auf immer die letzte Spur eines Thrones in Frankreich verdrängen.

Und abermals wird die ſiegreiche Volkshoheit ihren Ruf über Deutſchland erſchallen laſſen!

Deutſchland, das ſtets demüthig hoffende, hatte — ſeltſamer Wahn und Mißkennen aller Zeichen der Zeit — ſeinen Hinblick auf eine der größeren Mächte des ſogenannten deutſchen Bundes gerichtet, von ihr die freiwillige Ertheilung einer Repräſentativverfaſſung, die Eröffnung der allgemeinen Freiheitsperiode erwartet. Die Geſchichte der polniſchen Revolution, der Fall Warſchau's und die Behandlung der ausgewanderten Heldenflüchtlinge auf preußiſchem Gebiete, werden die königliche Erwiederung einſt der Geſchichte aufbewahren, wie wir ſie erlebt; — eine neue, unendlich-ſegenreiche, wenn auch blutig herzzerreißende Lehre iſt den Völkern daraus erſtanden.

Die Bemühungen ſtändiſcher Verſammlungen während beinahe eines Jahres haben in materieller Beziehung zur Erleichterung des Volkes beinahe Nichts erzielt. — Nichts abſolut, wenn der Preis der erduldeten Erniedrigungen in Anſchlag kommt. Ueberall haben mangelhafte Wahlgeſetze, der Widerſtand der Ariſtokratie in zweiter und erſter Kammer, die Beſtrebungen einzelner patriotiſch hervorragender Männer vereitelt. So lange noch Warſchau, das gefürchtete Bollwerk europäiſcher Emancipation, ſtand, fand die Gewalt es angemeſſen, ihre volksfeindlichen Geſinnungen mit dem Gewande gnädiger Conceſſions-M ö g l i c h k e i t e n zu bemänteln. Dieſer Mäßigungsgrund verſchwand, und in neuer Hartnäckigkeit betreten die gedichteten Reihen des Widerſtandes die Kampfbahn.

Offener Hohn und Verachtung der Volksheiſchungen ſind

die ungeſcheute Antwort auf die dringendſten Begehren. — Leſet den jüngſten Abſchied der bayeriſchen Ständeverſammlung, und urtheilet!

Die Völker verlangen Entfeſſelung des Handelsverkehrs, Vernichtung aller Hemmungen der Induſtrie und des Abſatzes. — Die Erwiederungen ſind: Mauth und Zölle, Verbindungen um dieſer Herrlichkeiten willen, und mehr und mehr engeres Anſchließen an Regierungen abſolutiſtiſcher Grundſätze.

Millionen von Stimmen erhoben ſich zur Unterſtützung Polens, — bereit, mit ihrem Arm zu bethätigen, was der Mund ſo flehend ausſprach. Es bedurfte eines Winks, und Polen war gerettet. Das Veto von Perſonen, welche nicht die Einheiten der Zahlen überſteigen, widerſtrebte, — und Polen ging unter.

Das Volk wendete mit Bittſchriften ſich an die deutſche Bundesverſammlung; — ſein Begehren war, es möchte endlich geſchehen, was die Verſammlung ſeit 16 Jahren zu thun verpflichtet, das Volk zu erheiſchen berufen ſey. Der Beſcheid war: ſolche Geſuche an die hohe Verſammlung ſeyen als unſtatthaft abzuweiſen! Das deutſche Volk wußte ja noch nicht, daß der Bund nicht ſeinetwegen da ſey. Darum dieſe Belehrung!

Das Volk hatte Anerkennung und Ausſprechung des Prinzips vollkommener Preßfreiheit, — Geſchwornengerichte und öffentliches Verfahren verlangt. Verbot des vorzugsweiſe deutſchen Blattes in Deutſchland war die Entſchließung des Bundestags.

Nichtannahme des von der zweiten Kammer adoptirten Preßgeſetzes, ja ſelbſt Rücknahme des von der Regierung vorgelegten und mit unweſentlichen Aenderungen von der zweiten Kammer angenommenen Geſetzesprojektes über die Geſchwor-

nengerichte in Preßvergehen, — eines Projektes, welches für ſich unabhängig beſtehen konnte, — war das Reſultat in Bayern.

In Baden ſehen wir das Brandmal der Cenſurerniedrigung in vollem Maße, nur mit verändertem Namen, das Preßgeſetz beflecken: Kniebeugung vor dem deutſchen Bunde! — Und Baden jubelt über ſeinen unendlichen Sieg?

Aber — in dieſem finſtern Gemälde erheben ſich zwei glänzende Hellpunkte.

Die Vorſehung hat es gewollt, daß Polen noch einmal unterliege, um die Fackel des Erkenntniſſes über Europa zu ſchwingen. Wie ein Lichtſtrahl durchziehen die Söhne Polens die deutſchen Länder. Einhellige Begeiſterung erſchallt hinter ihrem Tritt; der Thräne des Schmerzes und Entzückens folgt die rachegeballte Fauſt des empörten Hörers. Wie erwacht aus dem langen ſchweren Traume, ſieht er ſtaunend auf ſeinen Zuſtand zurück, — er horcht der Beſchreibung des Landes, der Entſchlüſſe, der Kräfte und hehren Thaten ſeiner nordiſchen Freunde — und feſter, in die Zukunft gerichtet, erhebt ſich ſein ſinnender Blick! Dieſe Saat wird erblühen, gedeihen, und die Erndte wird Gemeingut des würdigeren Geſchlechtes werden. Der Pfleger dieſer Saat iſt die freie Preſſe, das einzige zwar, aber das vollkommen hinreichende Palladium der Ideenfortſchritte. Aus ihrem Füllhorne entſtrömen die Herz und Geiſt anregenden Ermahnungen, Belehrungen über die Rechte des Volkes, über die Gebrechen ſeines Zuſtandes, über die Kraft des Nationalwillens, über die Schwäche des Widerſtandes, über die Garantieen der Zukunft! Noch gibt es in Deutſchland einen Winkel, wo die Preſſe — Dank ſey es den überkommenen Inſtitutionen des republikaniſch-franzöſiſchen Reiches — an den unerſchütterlichen Pfeiler des Geſetzes und unabhängiger Gerichte gelehnt, dem Frevel der Geiſtesedrückung Trotz zu bieten vermag. Rheinbayern beſitzt die beiden Vor-

fechter der deutſchen Preßfreiheit; ſicher und unangetaſtet werden ſie dem heiligen Dienſte ſich hingeben. Wo das Geſetz die unwandelbare Norm der Rechte und der Gerechtigkeitsübung iſt — da muß die Willkür weichen! Stark und heilig durch ſich ſelbſt, wird es unter dem ſchützenden Arm freier, erleuchteter Bürger zur unbeſieglichen Gewähr. Rohe Gewalt wird die Preſſe im Rheinkreiſe nimmer zerſtören. Der bloße Name zukünftiger, vielleicht beabſichtigter Interdikte der Bundesverſammlung, ohne Fug und Macht, die verfaſſungsmäßigen Freiheiten zu zerſtören, wird an der freien Willenskraft unbeſtechlicher Richter ſeine Ohnmacht erproben. Folget darum dem Drange der innern Eingebung. Heget, pfleget, haltet und ſchirmet die freie Preſſe; unbeſorgt mögt ihr ihre Früchte genießen, das Geſetz und die Verfaſſung ſichern ſie Euch zu! Nur der Denkende, Selbſturtheilende iſt wahrhaftig frei.

Belehrung und Aufklärung des Volkes iſt jetzt die höchſte Aufgabe.

Der Redacteur der deutſchen Tribüne, Dr. Wirth, der Polizeigewalt in München weichend, hat im Rheinkreiſe den Schutz der Geſetze geſucht. Das Volk hat ihm eine eigene Preſſe gegründet, mittelſt welcher er die Worte der Freiheit und des Rechts zu verkünden beabſichtigt. Die Regierung tritt dieſem Vorhaben entgegen, beſtreitet dem Herausgeber die Befugniß, mit eigener Preſſe zu drucken, weil ihm zur Errichtung einer Buchdruckerei die erforderliche Conceſſion mangele.

Am 4. Jänner 1832 ward, auf Befehl der Regierung, durch das Organ des Landcommiſſärs und des delegirten Bürgermeiſters, eine zu Homburg befindliche Preſſe in Beſchlag genommen, und unter Siegel gelegt.

Ein Beſchlagnahmsprotocoll hierüber iſt weder von Dr. Wirth unterzeichnet oder anerkannt, noch demſelben irgendwie zugeſtellt — ja eine Ausfertigung davon, trotz der amtlich und außeramtlich geſtellten deßfallſigen Begehren, bis zum 18. Jänner nicht ertheilt worden. Erſt an dieſem Tage erhielt er Abſchrift eines Auftrags zur Beſchlagnahme und des hierüber vom Bürgermeiſter errichteten Verbalproceſſes.

Dr. Wirth iſt entſchloſſen, nur dem Geſetze, nicht der Willkür Folge zu leiſten, da, wo das Recht für ihn ſpricht, zu Bitten ſich nicht zu bequemen, und zur Handhabung ſeiner ſtaatsbürgerlichen und verfaſſungsmäßigen Rechte dem Schilde unabhängiger Gerichte zu vertrauen. Es liegt in ſeinem und des Volkes höchſtem Intereſſe, durch eine Darſtellung der, nach der Verfaſſung und den Edicten, ſo wie nach der Geſetzgebung des Rheinkreiſes, die Preßfreiheit begründenden und regierenden Verfügungen, die öffentliche Meinung aufzuklären, und das Urtheil jedes Berufenen auf eine das vorzüglichſte Gut des Bürgers berührende Frage zu lenken.

Der Herausgeber des Weſtboten, bisher in Zweibrücken wohnhaft, hat ſeinen Wohnſitz nach Oggersheim verlegt, um daſelbſt ſein Blatt vom 1. Jänner 1832 an erſcheinen zu laſſen. Auch ihm iſt die Regierung mit den nämlichen Hinderniſſen in den Weg getreten.

In einem, durch Schreiben des Landcommiſſärs von Speyer vom 26. December abhin, eröffneten Reſcripte, wodurch erklärt wurde, daß die Translocation des Weſtboten an ſich keinen Anſtand erleide, heißt es wörtlich alſo:

„dem Herausgeber kann jedoch keine eigene Preſſe zugegeben werden, da das conſtitutionelle Edict ihn hiezu nicht berechtigt, ſondern zur Ausübung einer Druckerei eine beſondere Conceſſion vorausſetzt.“

Schon vorher, auf die von Dr. Siebenpfeiffer bekannt gemachte Anzeige ſeiner Wohnſitzänderung, hatte das Landcommiſſariat Speyer an den Bürgermeiſter von Oggersheim folgende Zuſchrift ergehen laſſen:

„Dem Vernehmen nach ſoll der conceſſionirte Buchdrucker Ritter in Zweibrücken die Errichtung einer Preſſe in Oggersheim beabſichtigen. Da derſelbe die Befugniß, die Zahl ſeiner Preſſen willkürlich zu vermehren, und ſie in jedem andern, als an dem in ſeiner Conceſſion bezeichneten Orte des Rheinkreiſes, nach Belieben verlegen zu dürfen, nicht nachweißt, ihm auch eine weitere Conceſſion für Oggersheim nicht ertheilt worden iſt, und überhaupt eine ſolche für Errichtung einer Druckerei in daſiger Gemeinde heute nicht beſteht, ſo wird das Bürgermeiſteramt in Gemäßheit des Decrets vom 5. Februar 1810 unter ſeiner perſönlichen Verantwortlichkeit hierdurch angewieſen, die Errichtung einer Buchdruckerei in ſeiner Gemeinde, ſey es von Seite des Buchdruckers Ritters von Zweibrücken, oder jedes andern, nicht zu dulden, ſo lange ihm nicht eine vorſchriftmäßige Conceſſion dazu vorgelegt ſeyn wird. Sollte deſſen ohngeachtet die Errichtung verſucht werden wollen, ſo wäre eine ſolche Druckerei mit Beſchlag zu belegen, und überhaupt nach Art. 45 und 46 des angeführten Decrets zu verfahren.“

Siebenpfeiffer druckte wirklich in Oggersheim, und am 8. Jänner ward die Preſſe, gleich wie jene von Wirth, in Beſchlag genommen und verſiegelt.

Die von ihm ſchon vor der Beſchlagnahme erhobene Klage wurde an dem Bezirksgerichte zu Frankenthal anhängig gemacht.

Aus den feſtgeſtellten Thatſachen ergeben ſich als Löſungsaufgabe folgende Hauptfragen:

1) Hat der Verfaſſer eines Journals im Rheinkreiſe, nach dem Inhalte der Conſtitution und der Geſetzgebung des Rheinkreiſes, das Recht, behuf der Verbreitung ſeines Blattes, ſich einer eigenen Preſſe zu bedienen, — oder aber, und um die Frage conſtitutioneller zu ſtellen, iſt das erwähnte Recht dem Journaliſten verfaſſungs- und geſetzmäßig unterſagt und benommen, insbeſondere, iſt irgend ein Strafgeſetz übertreten?

2) Iſt das von der Regierung ergriffene Verfahren der Form und der Sache nach geſetzlich, oder aber erſcheint daſſelbe als eine willkürliche Gewaltshandlung und Verletzung beſtehender Verfaſſungs- und Geſetzesgarantien?

3) Welche Rechte und Klagen entſpringen den Herausgebern der Tribüne und des Weſtboten aus der Handlungsweiſe der Regierung?

4) Welche iſt die zur Entſcheidung vorſtehender Fragen competente Behörde?

Zur erſten Frage.

1) Hat der Verfaſſer eines Journals im Rheinkreiſe, nach dem Inhalte der Conſtitution und der Geſetzgebung des Rheinkreiſes, das Recht, behuf der Verbreitung ſeines Blattes, ſich einer eigenen Preſſe zu bedienen, — oder aber, und um die Frage conſtitutioneller zu ſtellen, iſt das erwähnte Recht dem Journaliſten verfaſſungs- und geſetzmäßig unterſagt und benommen, insbeſondere, iſt irgend ein Strafgeſetz übertreten?

Um die Momente der Beantwortung vorſtehender Frage mit zweckdienlicher Klarheit würdigen zu können, iſt es vor Allem unerläßlich, die Frage an ſich mit aller Schärfe zu präciſiren. — Die Regierung, da wo ſie ſich vernehmen läßt, ſpricht von Errichtung einer Druckerei, als wozu der Unternehmer einer Conceſſion bedürfe.

Hievon iſt im Mindeſten und auf keinerlei Weiſe die Rede. Die Volksmänner Wirth und Siebenpfeiffer denken nicht daran, das Gewerbe einer Buchdruckerei zu treiben, in dem Drucken

von Büchern und Schriften Anderer ihren Erwerb, ihr Etabliſſement zu gründen; — alles, was hierauf erklärt und verfügt wurde, geht nicht zur Sache. Sie wollen nichts mehr und nichts weniger, als das, von ihnen redigirte und unbeſtrittenermaßen zu erſcheinen berechtigte Journal, mit eigener Preſſe zur äußeren Beſtandsform befördern; ſie wollen ſelbſt ihr Blatt drucken, — und ob ihnen dies geſtattet ſey, oder nicht, ob ein geſetzliches Verbot, ob eine Strafverfügung hiergegen beſtehe, dies allein iſt ſomit die Frage.

Wir werden ſie unter zwei Geſichtspunkten, — nach der Conſtitution von 1818 nebſt Beilagen — und nach den beſtehenden, der Verfaſſung vorausgehenden und garantirten Inſtitutionen und Geſetzgebung des Rheinkreiſes unterſuchen.

Conſtitution vom Jahr 1818, nebſt Beilage III.

Die Verfaſſung des Reichs gewährt, — was die Natur zum unantaſtbaren Gut geſchaffen, — als einen ihrer Grundzüge:

> Freiheit der Meinungen, mit geſetzlichen Beſchränkungen gegen den Mißbrauch.

So lange der Gedanke den Raum ſeiner ſchöpferiſchen Quelle nicht überſchritten, die ſprachliche Form nicht erreicht hat, ſo lange er nicht, mittelſt Betretung der unermeßlichen Räume des Gedankenverkehrs, die Natur einer thatſächlichen Erſcheinung angenommen hat, entgehet er jeder äußern Einwirkung. In unerreichbarer Unabhängigkeit für ſich ſelbſt beſtehend, kann er nicht Gegenſtand, weder einer Bewilligung, noch eines Verbotes ſeyn. Er ermangelt hinwieder ſeines köſtlichſten Werthes, des wechſelſeitigen Austauſches.

Freiheit der Meinungen, ohne Freiheit des Verkehrs und der Mittheilung, gleicht einem Rechte, ohne Befugniß es zu üben, einem Zwecke ohne Mittel — einem Wortſchall ohne Sinn.

Freiheit der Meinung umfaßt zwei vitale Elemente:

1) das Recht, die Schaffungen des Geiſtes, des Gedankens, in eine der Allgemeinheit zugängliche und erfaßliche Geſtaltung zu bringen, — d. h. zu drucken. Hierzu dient die Preſſe.

2) das Recht, dieſe Produkte umzuſetzen, zu verbreiten, ſie zum Eigenthume Aller zu machen — Freiheit des Schriftenverkehrs und des Buchhandels.

Dies iſt, was die Verfaſſung in näherer Erläuterung ihrer,

grundzüglich vorausgeſchickten Gewährung der Meinungsfreiheit im Tit. IV §. 11 mit folgenden Worten bezeichnet:

„Die Freiheit der Preſſe und des Buchhandels iſt (nach den Beſtimmungen des hierüber erlaſſenen beſondern Edicts) geſichert.“

Den Grundſatz: die Preßfreiheit, dieſes Fundamentalprincip, läßt die Regierung unangefochten. Sie beſtreitet ferner nicht, daß den beiden Verfaſſern das Recht zuſtehe, ein Journal herauszugeben. Nichtsdeſtoweniger aber will ſie denſelben die Befugniß, das Blatt mittelſt eigener Preſſe zu drucken, entwinden, und ſie auf die Mittelhandlung eines, mit der Conceſſion der Regierung verſehenen, Buchdruckers verweiſen.

Seltſames Beginnen, deſſen Begründung nach den Regeln der Vernunft und der Logik, wie nach dem Inhalt der Verfaſſung, der Regierung gleich ſchwierig werden muß.

Die Regierung geſtattet die Herausgabe des Blattes (unter den geſetzlich vorgeſehenen, hier nicht zur Sprache kommenden Vorausſetzungen) und nennt dies Preßfreiheit; — ſie conteſtirt aber die Befugniß zur Handlung, welche die Vorbedingung dieſer Preßfreiheit iſt, ſie beſtreitet den Druck, m. a. W., ſie erkennt den Zweck, und verläugnet das Mittel, ſie bewilligt das Ziel, und verſperrt den dahin führenden Weg! Das Geſetz ertheilt Preßfreiheit, und die Regierung, eine verwaltende, polizeiliche Behörde, die Vollzieherin des Geſetzes, ſollte ſie dem Staatsbürger verkümmern können?

Von dem feſten Vorderſatze eines berechtigten Journals, welches zu unterſagen die Regierung nicht die Gewalt hat, ausgehend, ſtellen wir die Frage: Wenn der Herausgeber die ſeltene Fertigkeit beſäße, den Reichthum ſeiner Gedanken, zu tauſend Exemplaren in kürzeſter Zeitfriſt, zu handſchreiben, und in dieſer Form zur Verbreitung befördern würde, — wenn ihm die Gabe verliehen wäre, das flüchtige Wort, in ſtereotype Form eingeengt, unter die Augen des Publikums zu übertragen; wer wollte behaupten, daß die Regierung, ohne die augenfälligſte Verletzung zugeſtandener Rechte, die eine oder die andere Art der Gedankenäußerung, nach ihrem Willen, beſtimmen oder unterſagen könnte? Welcher Grund der Ungleichheit, gegen die Preſſe ſelbſt, vermag denn geltend ge-

macht zu werden, und warum ſollte hier mehr, als dort, die Laune und die Willkür einer adminiſtrativen Stelle als Geſetz gelten? Dem wär' aber, trotz aller Sophismen, thatſächlich alſo — denn: auf weſſen Handlung wäre der Journaliſt beſchränkt? — Auf die eines conceſſionirten Buchdruckers. Von weſſen Erachten und Willen hängt (nach dem eignen Syſtem der Regierung) die Ertheilung einer Conceſſion ab? — Von dem Ermeſſen der Regierung. Von weſſen Gutdünken würde ſomit die durch den Druck geübte Preßfreiheit abhängen? —

Die hierauf zu gebende, die Preſſe in die Suprematie der Gewalt überliefernde Antwort, iſt ein Reſultat, welches der Vernunft und dem Begriffe der Preßfreiheit widerſtrebt, und durch den Buchſtaben der Verfaſſung verdammt wird. Sehr natürlich drängt ſich hier die Frage auf: Wo iſt die Geſetzesſtelle, welche eine ſo nothwendige Folgerung, ein ſo unentbehrliches Vehikel des Princips der Preßfreiheit zerſtören ſoll? Vermögt ihr nicht, die ausdrücklichſten Worte einer Pönalſanction für euch anzurufen, ſo laßt ab vom Streit; denn Logik wie Vernunft verweigern euch den Beiſtand.

Eine ſolche Geſetzesnorm beſteht aber nicht, und den Auctoren und Journaliſten tritt ein älteſter, durch die freigeborene Natur des Menſchen und die Entſtehung der Staatsgeſetze bekräftigter Fundamentalſatz mächtig zur Seite:

Was nicht verboten, iſt erlaubt.

Das Erlaubte wird im Beſitze des Handelnden zum Recht, welches der Bürger, wie die Gewalt, zu reſpectiren, der Richter zu ſchützen, und die Conſtitution unter ihre Aegide genommen hat.

Der Staat gewährt jedem Einwohner Sicherheit ſeiner Perſon, ſeines Eigenthums und ſeiner Rechte. Verf. = Urk. Tit. IV §. 8.

Nur ſehr vertrauenlos beruft die Regierung, zur Beſchönigung ihrer Maßregel, ſich auf den Inhalt des conſtitutionellen Edictes über die Freiheit der Preſſe und des Buchhandels. Ihr ganzer Satz beſteht darin: „das conſtitutionelle Edict berechtige die Herausgeber der Journale nicht, einer eigenen Preſſe ſich zu bedienen.“

Aber — wenn dem wirklich ſo wäre — was folgt daraus, zum Vortheil der Regierung, zum Nachtheil der Journaliſten? —

Will die Regierung den ſoeben erwähnten Grundſatz intervertiren? will ſie beweiſen, daß eine Befugniß, wie augenſcheinlich auch ein unbeſtrittenes, conſtitutionelles Recht durch dieſelbe bedingt ſey, nicht beſtehe, wenn die Gewalt nicht wolle? will ſie erweiſen, daß in einem verfaſſungs- und geſetzmäßig organiſirten Staate, was nicht textuell erlaubt, verboten ſey? — Uns ſchwindelt vor dieſer Aufgabe — und ſo lange noch Geſetz und Recht den Richter leiten, möge der Scharfſinn der Regierung ſich erproben — die Preßfreiheit hat hievon nichts zu befürchten.

Werfen wir aber einen nähern Blick auf den Inhalt dieſes Edictes, und der letzte Scheingrund von Geſetzlichkeit muß ſchwinden. *)

---

*) §. 1. Den offenen Buchhandlungen, und denjenigen, welche zu dieſem Gewerbe obrigkeitlich berechtiget ſind, iſt in Anſehung der bereits gedruckten Schriften freier Verkehr, ſo wie den Verfaſſern, Verlegern, und berechtigten Buchdruckern im Königreiche in Anſehung der Bücher und Schriften, welche ſie in Druck geben wollen, vollkommene Preßfreiheit geſtattet. Sie ſind hiernach nicht verbunden, ſolche Schriften einer Cenſur oder beſondern obrigkeitlichen Genehmigung zu unterwerfen, wenn ſie nicht allenfalls bei koſtbaren Werken, zur Sicherung ihrer bedeutenden Auslagen, ſelbſt darum nachſuchen wollen.

§. 2. Ausgenommen von dieſer Freiheit ſind alle politiſchen Zeitungen und periodiſchen Schriften politiſchen oder ſtatiſtiſchen Inhalts. Dieſelben unterliegen der dafür angeordneten Cenſur.

§. 3. Auch dürfen Staatsdiener ihre Vorträge und ſonſtigen Arbeiten über Gegenſtände, die ihnen in ihrem Geſchäftskreiſe übertragen ſind; ferner ſtatiſtiſche Notizen, Verhandlungen, Urkunden und ſonſtige Nachrichten, zu deren Kenntniß ſie nur durch ihre Dienſtesverhältniſſe kommen konnten, ohne beſondere königl. Erlaubniß nie dem Drucke übergeben. Eben ſo bleibt ihnen unterſagt, Nachrichten politiſchen und ſtatiſtiſchen Inhalts über die königl. Staaten in ausländiſche Zeitſchriften einzurücken, oder an dergleichen Aufſätzen Theil zu nehmen, wenn ſie nicht zuvor dem einſchlägigen Staatsminiſterium vorgelegt waren.

§. 4. Damit die Freiheit der Preſſe und des Buchhandels (§. 1) nicht mißbraucht werde, wird den Polizeiobrigkeiten jeden Orts über die allda befindlichen Buchhandlungen, Antiquarien, Leihbibliothekinhaber, Leſeinſtitute, Buchdruckereien und lithographiſchen Anſtalten eine allgemeine Aufſicht übertragen, ſo wie die geſetzliche Beſtrafung der durch Schriften began-

Im §. 1 findet ſich die allgemeine oberſte Regel ausgeſprochen: Freier Verkehr — hinſichtlich der in Schriften zu vollkommenem äußern Beſtand gediehenen, bereits gedruckten Geiſtesprodukte,

---

genen Verbrechen und Vergehen den ordentlichen Gerichten *vorbehalten* bleibt.

§. 5. Dem zufolge ſind alle Buchhandlungen, Antiquarien, Leihbibliothekinhaber, die Vorſteher der Leſeinſtitute und lithographiſchen Anſtalten die Kupferſtich-, Bilder- und Kartenhändler verpflichtet, unter einer Strafe von hundert Thalern, ihre Cataloge der Polizeiobrigkeit zu übergeben.

§. 6. Wenn die Polizei in den ihr übergebenen Catalogen Schriften, Gemälde, oder andere ſinnliche Darſtellungen wahrnimmt, oder wenn die Verbreitung von Schriften oder ſinnlichen Darſtellungen bei ihr angezeigt wird, wodurch ein im Königreiche beſtehendes Strafgeſetz übertreten wurde, ſey es als Verbrechen, Vergehen, oder Polizeiübertretung, ſo hat ſie alsbald dem einſchlagenden Unterſuchungsgerichte davon die amtliche Anzeige zu machen, und nach Unterſchied ſelbſt der Beſtrafung wegen geeignet zu verfahren.

§. 7. Betreffen jene Geſetzübertretungen den Monarchen, den Staat und deſſen Verfaſſung, oder die im Königreiche beſtehenden Kirchen- und religiöſen Geſellſchaften, oder ſind Schriften oder ſinnliche Darſtellungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufmunterung zum Aufruhr, oder der Sittlichkeit durch Reiz und Verführung zu Wolluſt und Laſter gefährlich; ſo ſoll die Polizei die Verbreitung einer ſolchen Schrift oder ſinnlichen Darſtellung hemmen, und ein Exemplar derſelben an die ihr vorgeſetzte obere Polizeibehörde ohne Verzug einſenden, welche längſtens in acht Tagen in einer collegialen Berathung die Charaktere der Geſetzwidrigkeit oder Gefährlichkeit ſorgfältig zu unterſuchen, und nach Befinden den Beſchlag aufzuheben oder fortzuſetzen hat.

§. 8. Im letzten Falle, wenn nemlich die obere Polizeibehörde den Beſchlag fortzuſetzen beſchließt, ſoll ſie die Schrift oder bildliche Darſtellung mit dem Collegialbeſchluß an das Staatsminiſterium des Innern auf der Stelle einſchicken, und dieſes erkennt ohne Aufenthalt über die Aufhebung oder Beſtätigung des Beſchlags. Mit der Beſtätigung wird die Schrift öffentlich verboten, und nach Umſtänden confiscirt.

§. 9. Wer ſich durch die Verfügung des Staatsminiſteriums des Innern beſchwert findet, dem iſt dagegen die Berufung an den königlichen Staatsrath geſtattet, welcher darüber, und zwar immer in einer Plenarſitzung zu erkennen hat.

§. 10. Privatperſonen, gegen welche in Schriften oder ſinnlichen Dar-

Preßfreiheit, hinſichtlich derjenigen Geiſtesarbeiten, welche im Druck noch nicht erſchienen ſind, d. h. doch wohl Freiheit, die Preſſe zu jenem Ziel zu gebrauchen, — zu drucken.

Die §§. 2 und 3 behandeln die Ausnahmen von dieſer allgemeinen Freiheit des § 1.

Die §§. 4 bis 9 betreffen die, zur Entdeckung und Ahndung des Mißbrauchs erforderliche, polizeiliche Aufſicht und Competenz der gewöhnlichen Gerichte, bei Uebertretung von Strafgeſetzen, die Fälle der Beſchlagnahme von Druckſachen u. ſ. w., und das hiebei zu befolgende Verfahren.

Der §. 10 handelt von den Rechten der Privatperſonen, der §. 11 von jenen der abweſenden Staatsdiener, welche ſich durch Schriften und ſinnliche Darſtellungen verletzt glauben, und im §. 12 findet ſich die Norm der Haftung fixirt.

Aus einer kritiſchen Analyſe dieſer verſchiedenen Beſtandtheile ergeben ſich — inſofern die Regierung mit uns einverſtanden iſt, daß möglichſt zu erſtrebende logiſche Harmonie der Theile unter ſich ein Anhaltspunkt der Würdigung ſey, — folgende, auf den Gegenſtand vorliegender Unterſuchung einwirkende Reſultate:

ſtellungen ein rechtswidriger Angriff gemacht worden, bleibt es überlaſſen, den Verfaſſer, und, wenn dieſer nicht genannt oder falſch angegeben iſt, den Verleger, und aushülfsweiſe den Drucker oder jeden Verbreiter, wegen der ihnen geſchehenen Unbill vor der zuſtändigen Gerichtsbehörde zu verfolgen.

Dieſelben können aber zu ihrer Sicherheit von der Polizei verlangen, daß ſie die Schrift, wegen welcher ſie klagen wollen, in Beſchlag nehme; jedoch ſind ſie verbunden, in acht Tagen die Beſcheinigung beizubringen, daß die Klage wirklich beim Richter angebracht worden, widrigen Falls der Beſchlag nach Ablauf dieſer Zeit wieder aufgehoben werden ſoll.

§. 11. Staatsdiener, welche ſich im Falle des §. 10 befinden, und im Dienſte außer dem Königreiche abweſend ſind, ſollen durch die Polizei von dem Daſeyn einer ſolchen Schrift ꝛc. benachrichtiget werden; auch iſt die proviſoriſche Beſchlagnahme der Schrift bis zur einlangenden Erklärung von Amtswegen zu verfügen.

§. 12. Für eine Schrift oder ſinnliche Darſtellung haftet jederzeit zunächſt der Verfaſſer, und wenn dieſer nicht bekannt iſt, der Verleger, und ſubſidiariſch der Drucker und jeder Verbreiter.

1) Der Charakter des Geſetzes iſt weſentlich repreſſiv, — es hat die Beſeitigung, Ahndung und Beſtrafung der, durch die vollzogene Preßfreiheit verübten, in Druck und ſinnlichen Darſtellungen erſcheinenden Vergehen und Geſetzesübertretungen zur Hauptaufgabe ſich geſetzt. Die §§. 4 — 11 liefern hiervon den frappanten Beweis, indem die Action der Polizei, die Wirkſamkeit der Gerichte, die Anwendbarkeit der Strafen, die Platzgreiflichkeit von Beſchlagnahme, die Zuläßigkeit von Privatklagen u. ſ. w., überall nur zu einem Momente eintreten, wo das Ergebniß der Preſſe vollendet und dem Verkehr überliefert iſt, oder werden ſoll.

2) Preventiver Natur, d. h. hinderungsweiſe gegen die Schaffungen der Preßfreiheit einſchreitend, iſt das Geſetz nur in den zwei Fällen der §§. 2 und 3, in Betreff der Cenſur der politiſchen Zeitungen und Zeitſchriften — und des Verbotes für Staatsdiener, Arbeiten und Notizen ihres Geſchäftskreiſes der Publication zu übergeben.

Dieſe Beſchränkungen intereſſiren uns heute nicht.

Von Wichtigkeit dagegen iſt die Betrachtung, daß dieſe Preventiv-Maßregeln die mechaniſche Operation der Preſſe, das Drucken, durchaus nicht berühren, eine Beſchränkung, eine Hemmung hiergegen nicht nur nicht ſanctioniren, ſondern

3) daß, ſo wie im Eingange des §. 1. der Verkehr der bereits gedruckten Schriften frei ſeyn ſoll, — das Vehikel zu dieſem Verkehr, das Geeignetmachen noch nicht gedruckter Schriften hierzu — die Preßfreiheit, das Drucken, ungehemmt beſtehen ſoll.

„Vollkommene Preßfreit, — heißt es darin — iſt geſtattet:

den Verfaſſern
den Verlegern
den berechtigten Buchdruckern } in Anſehung der Bücher u. Schriften, welche ſie in Druck geben wollen.

Bisher hat wohl der, mittelſt des Begriffes und der Natur der Preßfreiheit, auf dem Wege der Folgerungen, begründete Beweisſatz keine nachtheilige Alteration erlitten. Es ermangelt die entgegengeſetzte Anſicht nicht allein einer expreſſen, ſingulären

Vorſchrift des Geſetzes, ſondern deſſen Wort und Sinn beſtätigen kräftiglichſt, was die Vernunft erheiſcht.

Es bleiben noch einige Einwände zu würdigen, welche aus der Faſſung des Edictes entnommen und durch eine angebliche Interpretation deſſelben unterſtützt werden ſollen.

a) die im §. 1 den Verfaſſern, Verlegern und berechtigten Buchdruckern geſtattete Preßfreiheit, hinſichtlich der Bücher und Schriften, welche ſie in Druck geben wollen, habe mit nichten den Gebrauch der Preſſe, ſondern lediglich das Erſcheinenlaſſen, das Herausgeben der Druckwerke zum Gegenſtande, insbeſondere ſchlöſſen die von den Verfaſſern gebrauchten Worte „in Druck geben" die Unterſtellung einer eigenen Preſſe förmlich aus.

b) Durch die hier verheißene Preßfreiheit ſey nichts anders, als Unabhängigkeit von der Cenſur, vergönnt, wie das der Nachſatz des §. 1 bewähre.

c) Für das Drucken, für die Handlung deſſen, welcher eine Buchdruckerei errichten und ſelbſt gebrauchen wolle, verlange das Geſetz eine Conceſſion, Beweis deſſen, es kenne nur berechtigte Buchdrucker. Die beiden Herausgeber haben eine ſolche Berechtigung nicht erlangt, die Errichtung einer Buchdruckerei, und exinde, — ſo ſchließt die Regierung — die Benutzung einer eigenen Preſſe, ſey ihnen daher nicht erlaubt.

Erwiederung *ad a.*)

Der §. 1 hat zwei weſentlich verſchiedene Stadien der Gedankenäußerung und Verbreitung normiren wollen und wirklich normirt. Im erſten Satze ſpricht er von dem Verkehre der perfect gewordenen Preßprodukte, nicht aber im zweiten, deſſen Verfügungen vielmehr die Vorhandlungen der Druckerſcheinung im Auge haben. In dieſem letzten Satze kann alſo ohne totale Confuſion nicht abermals vermuthet werden, was unmittelbar vorher regulirt iſt.

Die Worte „in den Druck geben" ſo wie ſie hier gebraucht ſind, ſchließen die verſuchte beſchränkende Deutung auf das feindlichſte aus.

Wenn auch der Verfaſſer, zuweilen und in der Regel, ſeine Arbeiten Andern zum Druck übergibt, ſo iſt dies doch bei dem

Buchdrucker nimmermehr der Fall; dieſer druckt ſelbſt. Von ihm aber wird in der nämlichen unzertrennten Phraſe der erwähnte Ausdruck gebraucht; — er hat, ſo wie wir ihn verſtehen, für Beide Sinn, welcher in entgegengeſetzter Auffaſſung mangelt: — er muß alſo in vernünftige Anwendung gebracht werden.

Und wenn der, nur einmal vorkommende Ausdruck „in Druck geben“ nicht „drucken“ bezeichnen ſollte, welche Bedeutung hätte das Wort „berechtigter Buchdrucker?“ Wozu berechtigt? — Natürlich zum Drucken, nicht zum Drucken-laſſen! Die Handlung, behuf welcher dieſes Requiſit erheiſcht wird, iſt ſomit keine andere als der Gebrauch der Preſſe!

Das Gegentheil führt nothwendig zu doppelter Abſurdität — oder wäre dies kein Argument, um die Beſtreitung der Regierung zu widerlegen? —

Erwiederung *ad b.*)

Was unter dem Ausdruck „Preßfreiheit“ verſtanden werden müſſe, lehrt zuvörderſt das Wort ſelbſt, welches auf einen Zuſtand, der den Gebrauch der Preſſe zum Privilegium, zum Monopol umſchaffen würde, ſchlechterdings nicht angewendet werden kann.

Die Sache iſt einfach dieſe: Alle Folgerungen des Begriffes der Preßfreiheit beſtehen ungeſchmälert, inſofern ſie nicht ſpeziell beſchränkt ſind — dies iſt Jedem klar. Mit Unrecht verſucht man, aus dem zweiten Hauptſatze des §. 1 darzuthun, daß die berührte Ausnahme von der Cenſur den ganzen Umfang der zuerkannten Preßfreiheit begreiſe. Wäre dem alſo, wozu bedürfte es der ſpeziellen Namhaftmachung dieſer Exemtion? Was einzig iſt, kann nicht verwechſelt, nicht verkannt werden!

Der Grund dieſer ſpeziellen Anführung liegt vielmehr in dem Contraſt der vollkommenen und nicht vollkommenen Preßfreiheit; in der Preßfreiheit hinſichtlich der eigentlichen Werke und Schriften, — und jener in Betreff der politiſchen Zeitungen und Zeitſchriften — m. a. W. in den Gegenſätzen der §. 1 und 2.

Als einen koſtbaren Ausfluß der vollkommenen Preßfreiheit nennt das Geſetz im §. 1 die Unabhängigkeit von der Cenſur, zum diſtinctiven Merkmale, von der im §. 2 vorkommenden beſchränkten Preßfreiheit, ſoweit ſie politiſche und periodi-

ſche Schriften befördert, als welche ſie jener vollkommenen Ungebundenheit entrückt und der Cenſur unterwirft.

Und, daß jene enge Auffaſſung der vergönnten Preßfreiheit unſtatthaft ſey, beweiſen, zum Ueberfluß, die Verfügungen der §§. 4, 5, 6 und folgende, welche der Polizei, wie der unterſuchenden Behörde keine andere Inquiſition, keinen andern Zugriff als auf die Erzeugniſſe der Preſſe, nicht auf dieſe ſelbſt, welche in ihrem mechaniſchen Getriebe unangefeindet bleibt, zulaſſen.

Erwiederung *ad c.*)

Wenn es wahr ſeyn ſollte, daß ein Individuum, nur inſofern eine Buchdruckerei errichten dürfe, als es hierzu berechtigt, i. e. nach der Erklärung der Regierung, mit einer von ihr ausgehenden Conceſſion, verſehen iſt, ſo wie daß dies aus §. 1 erhelle; ſo muß mindeſtens zugeſtanden werden, daß dieſes eine Beſchränkung der Preßfreiheit, eine ſinguläre Verfügung wäre, welche über die Grenzen ihrer ſcharf bezeichneten Anwendbarkeit nicht ausgedehnt werden darf.

Nur von berechtigten Buchdruckern, als ſolchen, ſpricht aber die fragliche Stelle (von welcher jetzt wohl, im Widerſpruch mit Einwand a, anerkannt wird, daß ſie das Drucken betreffe!) — mit nichten von berechtigten Verfaſſern! Auf dieſe iſt alſo die, den erſtern entgegenſtehende Beſchränkung keineswegs überzutragen.

Auch liegt dafür kein vernünſtiger Grund vor. — Ein Schriftſteller, welcher ſeine eigenen Werke und ſonſt nichts druckt, wird hierdurch noch nicht zum Buchdrucker von Gewerb, welcher als ſolcher die Werke Anderer um den Lohn abdruckt, und hierin ſein Etabliſſement, ſeine Nahrung findet. Daß über ein ſolches Gewerbe die polizeiliche Staatsgewalt irgend eine Oberaufſicht ſich vorbehalten wolle, läßt ſich *in thesi* wohl als möglich denken. Aber aller Grund ſchwindet bei dem Verfaſſer um ſo unbezweifelbarer, als deſſen Recht der Herausgabe ſeiner Schriften, oder eines Journals, nicht beſtritten und nicht beſtreitbar, das Selbſtdrucken aber im Mindeſten keine Erweiterung dieſes Rechtes — vielmehr blos die Ausübung deſſelben iſt.

Gehen wir aber in die letzte Hypotheſe der preßfeindlichen Conteſtation ein, — unterſtellen wir als richtig, daß der Verfaſſer durch den bloßen Abdruck ſeines eigenen Journals, als Buchdru-

cker von Profeſſion qualifizirt werden und mit einer Berechtigung verſehen ſeyn müſſe, ſo entſteht die Frage: Nach welchen geſetzlichen Anhaltspunkten iſt zu beurtheilen, ob Jemand berechtigt ſey, oder nicht? was wird hierzu erfordert, und welches iſt die dem angeblichen Verbote als Gewähr dienende Strafnorm? —

Das Geſetz der Natur, der Geſittung, des geiſtigen Fortſchrittes und der größtmöglichen Entwickelung der Talente und der Induſtrie fertigen jedem Menſchen das Patent zur unbeſchränkten Geltendmachung ſeiner Anlagen und Kräfte. — Die Preſſe aber leiht dem Geiſte den höchſten Flug!

Das Edict ſo wenig, als die Verfaſſung ſelbſt, enthalten irgend eine weitere Vorſchrift in Anſehung der Berechtigung, und von einer Strafverfügung findet ſich keine Spur! — eine Thatſache, welche allein die Sache erſchöpft, und jeden Einwand gegen die Handlung der Dr. Dr. Wirth und Siebenpfeiffer niederſchlägt. Die Geſetze der ältern Kreiſe über Gewerbsfreiheit, Zünfte und Innungen — jene Geiſt- und Induſtrielähmungen, haben für den Rheinkreis keine bindende Kraft. Seine eigene Geſetzgebung aber? — Sollte die Geiſtestyrannei in dieſer eine willkommene Waffe gefunden haben? Dies führt uns zum zweiten Geſichtspunkte:

Geſetzgebung des Rheinkreiſes.

Die Geſchichte der Preſſe in Frankreich, vor der erſten Revolution, gewährt kein erfreuliches Bild. Nicht ſobald hatte die Buchdruckerkunſt einige Entfaltung erreicht, und ihre zukünftige Weltherrſchaft ahnen laſſen, als alle jene finſteren Pfeiler des Stillſtandes, des Despotismus und der fanatiſchen Verſtocktheit, ihren Aufſchwung zu lähmen, ſich verſchworen.

Die Corporationen der Buchdrucker und aller ſich daran anſchließenden Nebengewerbe, waren unter die Aufſicht der Univerſität geſtellt, und mit eiſerner Schwere laſtete deren Druck auf der neuen Kunſt. Die Erſcheinung neuer Werke war von der Cenſur der Univerſität abhängig. — Die Geiſtlichkeit übte dieſe Cenſur, und nichts, was die Veredelung der geiſtigen Kräfte, die Aufklärung des Volks, die Zerſtörung der Irrlehren der

apoſtoliſchen Religion, den Mißbrauch der Gewalt, zum Gegenſtande hatte, konnte Gnade vor ihr finden! Befeſtigung, Heiligung der Kirchendoctrin waren die Leiter der ausgeübten Cenſur.

Dabei wachten die weltlichen Geſetze mit unglaublicher Härte über die Vollziehung jenes Geiſteszwanges. Todesſtrafe ſtund (Edict und Declaration von 1553) auf dem Verbrechen der Cenſurumgehung; — gute, alte Zeit könnteſt du doch wiederkehren! — und mehr als eine Vollziehung dieſer barbariſchen Vorſchriften erregte das Schaudern des empörten Volkes.

Selbſt die letzte Schutzwehr des Rechts war gefallen; die Parlamente vollzogen nicht nur mit ſpontaner Dienſtfertigkeit und Eiferung alle Inhibitionen der Geiſtesentwickelung, ſondern ſie legten ſelbſt, mittelſt reglementariſcher Verfügungen, werkthätig Hand an das nächtliche Beginnen.

Frankreich ſah den Gebrauch einiger römiſchen Kaiſer erneuert; — die verbrecheriſch gefundenen Bücher wurden öffentlich, durch die Hand des Henkers, verbrannt, und dieſe lächerliche Obſervanz erhielt ſich bis zur Revolution!

Im Februar 1723 erſchien, — nachdem inmitten die weltliche und geiſtliche Gewalt um die oberſte Tyrannei über die Schöpfungen der Preſſe ſich geſtritten und ſie abwechſelnd beſeſſen, bald die eine, bald die andre ihr neue Feſſeln angelegt, — ein Reglement über die Buchdruckerei und den Buchhandel, welches, unter einer Menge Vorſchriften, die mit der Stufe der heutigen Bildung und Sitten unvereinbar wären, hinſichtlich des Buchhandels, im Art. 4 verordnet, daß Niemand, außer den Buchhändlern, (verſteht ſich, privilegirten) die Erlaubniß haben ſolle, bei Vermeidung von 500 Franken Geldbuße, Confiskation und exemplariſcher Beſtrafung, mit Büchern Handel zu treiben, eine Strafverfügung, welche die reſtaurirte Gewalt der Bourbonen in Frankreich, trotz den beſtimmteſten aufhebenden Geſetzen, während langer Zeit, nicht ohne beklagenswerthen gerichtlichen Erfolg, wieder aufleben zu laſſen, verſucht hatte. Den Buchdruckern insbeſondere war u. A. geboten, ihr königliches Privilegium in jedem Werk, nebſt einigen andern Angaben ihres Namens und Druckortes u. ſ. w. anzuführen.

Die Regierung war, in ihrer argwöhniſchen Furcht, ſo weit gekommen, daß ſie, durch eine Declaration von 1767, die Eigenthümer von Häuſern, in welchen, ſelbſt ohne ihr Wiſſen, Buchdruckereien verſteckt ſich fanden, mit ſtarker Geldſtrafe belegte, und mittelſt der größten Unbeſtimmtheit bei Deſinitionen der Verbrechen und Vergehen der Preſſe, den ſtrengſten Strafen Eingang verſchaffte.

Indeſſen, alle dieſe Hemmungen vermochten nicht, den Flug der Gedanken zu verhindern. Dieſe grauſamen Geſetze wurden ohne Bedenken verletzt; die Werke der großen Geiſter Montesquieu, Rouſſeau, Voltaire u. A. wurden im Auslande gedruckt und zu Tauſenden in Frankreich vertheilt. Die Parlamente, an der veralteten Barbarei mit Härte haftend, erklärten einen Reynal — einen Bernardin St. Pierre des Verbrechens der menſchlichen und göttlichen Majeſtätsverletzung ſchuldig. — Aber die Strafe erreichte die entflohenen Thäter nicht, nur die Fackel ihres Geiſtes hatte eine Entzündung der lebenden Generation verurſacht, welche der Gewalt und dem Königthume den Untergang bereitete.

Die franzöſiſche Revolution brach aus. Die große Nacht vom 4. Dezember 1789 hatte die Zerſtörung der Feudalherrſchaft decretirt, die Leibeigenſchaft vernichtet, und die Entfeſſelung des Grundeigenthums begründet ꝛc. — Es blieb eine nicht minder hehre Aufgabe zu erfüllen: Aufhebung der Hemmungen des Geiſtes, des Gedankens und der Induſtrie.

Die von der conſtituirenden Verſammlung, am 26. Auguſt 1789, decretirte, am 3. November darauf promulgirte Erklärung der Rechte des Menſchen und Bürgers *), gab dieſen wieder, was die göttliche Natur ihnen als unveräußerlich verliehen, was der Frevel der menſchlichen Gewalt ihnen entriſſen hatte.

Fortan keine Beſchränkung der Freiheit, keine Beeinträchtigung der angeborenen Rechte mehr. Nur das Wohl der ganzen Staatsgeſellſchaft ſoll denſelben ein Opfer auferlegen können. — Alles, was nicht durch ein Geſetz verboten iſt, bleibt erlaubt, und Niemand kann gezwungen werden, zu thun, was das Geſetz nicht beſiehlt. Art. 1. 4 und 5. —

*) Man ſehe den Eingang der Conſtitution vom 3. — 14. Sept. 1791

Von dem Gedankenverkehr insbeſondere handelnd, ſagt der Art. 11.

„La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme; tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté dans les cas déterminés par la loi.“ *)

Alle frühere Unterſagungen der Freiheit der Preſſe waren mit dieſem einzigen Schlage vernichtet.

Ein Decret vom 2. — 17. März 1791 hebt alle Beſchränkungen der Freiheit der Gewerbe, Induſtrie und Künſte auf, und geſtattet jedem Bürger, ſeine Talente, nach freier Wahl des Standes, zu üben.

Art. 2.

A compter du 1. avril prochain ..... les brevets et lettres de maîtrise, les droits perçus pour la reception des maîtrises et jurandes ..... et tous priviléges de professions, sous quelque dénomination que cela soit, sont également supprimés. **)

Art. 7.

A compter du 1. avril prochain il sera libre à toute personne de faire tel négoce, ou d'exercer telle profession, art ou métier qu'elle trouvera bon. ***)

Und um allen Einfluß der Eiferſucht, des Egoismus und des Zunftgeiſtes zu zerſtören, die unbeengteſte Nacheiferung zu erregen, ward durch ein Decret vom 14. — 17. Juni 1791 alle und jede

---

*) Der freie Verkehr der Gedanken und Meinungen iſt eins der koſtbarſten Rechte des Menſchen; jeder Bürger kann daher frei reden, ſchreiben und drucken, vorbehaltlich, in den durch das Geſetz beſtimmten Fällen für den Mißbrauch dieſer Freiheit zu haften.

**) Vom 1. April nächſthin ..... ſind alle Brevets und Meiſterrechtsſcheine, die für die Aufnahme der Meiſterſchaften und Geſchwornenämter erhobenen Gebühren ..... ſo wie alle Gewerbsprivilegien, unter welchem Namen ſie auch beſtanden, gleichfalls aufgehoben.

***) Vom 1. April nächſthin ſteht Jedermann frei, denjenigen Handel, diejenige Profeſſion, Kunſt oder Gewerbe, welche er für gut findet, zu treiben.

Vereinigung und Körperſchaft von Ständen und Profeſſionen ein für allemal unterſagt.

Die Conſtitution vom 3. — 14. September 1791, ein Freiheit und Menſchenwürde athmendes Monument, wiederholt und gewährt jene Fundamentalſätze, welche in der Verfaſſungsurkunde jeder Staatsgeſellſchaft, in welcher der Bürger nicht zur *fungibeln* Sache entartet iſt, mit Flammenzügen eingeſchrieben ſtehen *ſollten*. Sie verkündet im Eingang die unwiederrufliche Aufhebung aller Körperſchaften und Innungen der Gewerbe und Künſte.

„Il ny a plus ni jurandes ni corporations de professions, arts et métiers. *)

Sie gewährt im Tit. I. als natürliches und bürgerliches Recht:

„La liberté à tout homme de parler, d'écrire, d'imprimer et publier ses pensées, sans que ses écrits puissent être soumis à aucune censure ni inspection avant leur publication. **)

im *Cap, V. art.* 17, die Sicherheit gegen jeden Angriff wegen publizirter Schriften, inſofern nicht beſtehende Geſetze dadurch übertreten werden.

Nul homme ne peut être recherché ni poursuivi pour raison des écrits qu'il aura fait imprimer ou publier sur quelque matière que ce soit, si ce n'est qu'il ait provoqué à dessein à la désobéissance à la loi, l'avilissement des pouvoirs constitués, la résistance à leurs actes, ou quelques-unes des actions déclarées crimes ou délits par la loi. — ***)

---

*) Es beſtehen keine Geſchwornenämter, noch Körperſchaften von Profeſſionen, Künſten und Gewerben mehr.

**) Freiheit eines jeden Menſchen, ſeine Gedanken zu ſagen, zu ſchreiben, zu drucken und bekannt zu machen, ohne daß ſeine Schriften irgend einer Cenſur oder Einſicht vor der Bekanntmachung, zu unterliegen haben.

***) Niemand kann wegen der Schriften, welche er, über welchen Gegenſtand es auch ſey, hat drucken und publiziren laſſen, belangt oder verfolgt werden, es ſey denn, daß er abſichtlich zum Ungehorſam gegen das Geſetz, zur Herabwürdigung der conſtituirten Gewalten, zum Widerſtand gegen ihre Acte, oder zu irgend einer der durch das Geſetz als Verbrechen oder Vergehen bezeichneten Handlungen aufgefordert habe.

Zugleich ward der Tadel der Acten der conſtituirten Gewalt für erlaubt, dagegen Calumnie gegen die Rechtlichkeit der Beamten und die Gradheit ihrer Abſichten, Verläumdungen und Injurien gegen Privatperſonen für ſtrafbar erklärt.

Das gemeine Recht war wieder gegeben, der Freiheit gehuldigt, dem Mißbrauch ein Damm geſetzt.

Die Folgezeit und momentane Urſachen veranlaßten einzelne Geſetze der Repreſſion, wie z. B. das Decret vom 18. Auguſt 1792, wodurch aufrühreriſchen Schriften ein Gegenmittel geboten werden ſollte, ſodann die Decrete vom 29. März 1793, welche auf Schriften, wodurch zum Raub, zum Aufruhr gegen die Volksſouveränetät, und zur Wiederherſtellung des Königthums aufgefordert wurde, Bezug hatten. *) Allein das Prinzip der Preßfreiheit blieb, unter dem Convent wie unter der früheren Nationalverſammlung, geheiligt und unbefleckt.

Die am 1. Vendemiaire 4 zum Grundgeſetz der Republik erhobene Conſtitution vom 5. Fruktidor 3 (22. Auguſt 1795) ſanktionirt von neuem die illimitirte Freiheit der Gedanken, der Gewerbe und Induſtrie. **)

Art. 353.

Nul ne peut être empêché de dire, d'écrire, d'imprimer et de publier sa pensée.

Les écrits ne peuvent être soumis à aucune censure avant leur publication.

Nul ne peut être responsable de ce qu'il a écrit ou publié, que dans les cas prévus par la loi. ***)

---

*) Man vergleiche auch die Decrete vom 2. 9. und 21. März 1793.

**) Vergl. acte constitutionnel vom 24. Juni 1793. Art. 7, 122.

***) Niemand kann verhindert werden, ſeine Gedanken zu ſagen, zu ſchreiben, zu drucken und zu publiziren.

Keine Schrift kann, vor ihrer Bekanntmachung irgend einer Cenſur unterworfen werden.

Niemand kann für das, was er geſchrieben oder publizirt hat, verantwortlich gemacht werden, außer in den vom Geſetze vorgeſehenen Fällen.

Art. 355.

Il n'y a ni privilége, ni maîtriſe, ni jurande, ni limitation à la liberté de la preſſe, du commerce, et à l'exercice de l'induſtrie, et des arts de toute eſpèce. *)

Dieſe Epoche kann als der Wendepunkt der vollkommenen Preßfreiheit betrachtet werden. Mit dem Ende des Convents trat eine neue, ominöſe Zeitrechnung für ſie ein; ihre Glanzperiode war verſchwunden; ſie ging dem Verderben entgegen. Erſt furchtſam und verſuchsweiſe, bald feindlicher, wiewohl heimlich und argliſtig, — zuletzt mittelſt offener Verhöhnung des Rechtes und der Geſetze, ward ſie der Eitelkeit, dem Ehrgeiz, und dem Despotismus geopfert.

Die Schwäche, welche die Periode des Directoriums characteriſirt, bewährte ſich auch in ſeinen Maßregeln gegen die Preſſe; ſie wurden nicht beachtet. Ein Geſetz vom 27. Germinal 4 (16. April 1796) verhängte Strafen gegen diejenigen, welche mittelſt der Preſſe ſeditiöſe Aufforderungen verbreiten würden. Ein anderes Geſetz vom 28. Germinal 4 (17. April 1796) enthält repreſſive Maßregeln gegen die Preßvergehen. Hier wird insbeſondere die Angabe des Namens des Auctors, und die des Wohnorts deſſelben, ſo wie des Druckers von Journalen und periodiſchen Schriften geboten. Unverkennbar ein Act der Rache, iſt das Geſetz vom 18. Fructidor 5 (5. September 1797), wodurch mehrere Bürger in ein ſchreckliches Exil verwieſen wurden, weil ſie auf dem Wege der Preſſe gewagt hatten, die wunden Stellen des Staatsorganismus zu bezeichnen.

Im Art. 35 wurden die Zeitungen und andere periodiſche Blätter, ſo wie die Preſſen, mittelſt welcher ſie gedruckt wurden, während Jahresdauer unter Aufſicht der Polizei geſtellt, und dieſe Abhängigkeit durch das Geſetz vom 9. Fructidor 6 (26. April 1798) auf ein weiteres Jahr verlängert.

---

*) Es beſtehen keine Privilegien, keine Meiſterrechte, keine Geſchwornenämter mehr, wie überhaupt keine Beſchränkung der Freiheit der Preſſe, des Handels, der Induſtrie und der Künſte aller Art.

Unter dem Conſulat hätte die Preſſe ihre Freiheit eine geraume Zeit hindurch genießen können. Die Dauer der oben erwähnten Unterbrechungen war abgelaufen; die Conſtitution vom 22. Frimaire 8 (13 December 1799) enthält über Preßfreiheit — Nichts!

Allein an die Stelle der Gewalt war Demoraliſation und Beſtechlichkeit getreten; die Preſſe ſchwieg, oder ſie floß von ſclaviſchen Lobeserhebungen gegen den erſten Conſul über. Noch glaubte Napoleon, daß ſie ihm dienen könne.

Ein Arrêté vom 27. Nivoſe 8 (17. Jänner 1800) verordnet, daß nur gewiſſe, beſonders genannte Journale, und keine neue Blätter gedruckt werden, außerdem aber alle jene auf der Stelle unterdrückt werden ſollen, welche gegen die dem Staatsgrundgeſetz gebührende Achtung, gegen die Souveräneтät des Volkes und den Ruhm der Armeen (!) ſich verſtoßen, oder welche beleidigende Angriffe gegen die mit der Republik befreundeten oder verbündeten Regierungen und Nationen enthalten würden, ſelbſt dann, wenn dieſe Artikel aus fremden Blättern entnommen wären. — Indeſſen war die Kraft dieſes Geſetzes auf die Dauer des Krieges beſchränkt.

Dem prüfenden Beobachter wird der Krebsgang der Freiheit nicht verborgen geblieben ſeyn.

Napoleon Bonaparte ließ ſich zum Kaiſer der Franzoſen erwählen.

In dem Sénatus-Consulte organique vom 28. Floreal 12 (18. Mai 1804) wird einer Commiſſion des Senats die Wahrung der Preßfreiheit, die Inſtruction der, über Verletzung derſelben geführten Beſchwerden, der Haute Cour impériale aber das Erkenntniß über ſolche Beſchwerden zugewieſen.

Dieſe Form konnte Niemanden täuſchen. Wer da wußte, daß die Inhibitionen, auf dem Wege der offenen und geheimen Polizei vollzogen, vom Miniſter befohlen wurden, daß die Klagen dieſen letztern, welcher im Dienſte ſeines Herrn handelte, betrafen, von einer Commiſſion des Senates, deſſen Glieder der Gunſt des Kaiſers ihr Daſeyn verdanken, *) inſtruirt und begutachtet, und von einem Gerichtshofe ab-

*) Art. 57 ibidem.

geurtheilt werden ſollten, in welchem die kaiſerlichen Prinzen und Großwürdenträger des Reiches Sitz und Stimme hatten, die Senatoren (60 an der Zahl) und die Staatsräthe die Majorität bildeten *) — dem blieb kein Zweifel, daß die Preſſe zu Grunde gerichtet war.

Und in der That ſie war jetzt ſchon kaum mehr vernehmbar, obgleich keine geſetzliche Verfügung gegen ſie beſtand. Inſtructionen, Reglements und Weiſungen vertraten deren Stelle. Sie wurden vollzogen und die kaiſerliche Cenſur mit einer Strenge geübt, die ihres Gleichen vorher nicht gehabt.

Der Kriegsruhm des Kaiſers war ſo groß, Frankreich ſo ſehr überſtrahlt, daß die Erklärung der Menſchenrechte im Waffengetöſe verhallte. — Unter dem Triumphwagen des großen Kriegers war das Recht und Geſetz in Staub getreten.

Einen Schein von Geſetzlichkeit — mehr beſaß jene Unzahl uſurpatoriſcher Decrete, womit die Geſetzesſammlungen überfüllt ſind, nicht, da nicht einer Allgewalt des Kaiſers, ſondern dem legislativen Körper die Kraft beiwohnte, Geſetze zu ſchaffen, oder aufzuheben, — ertheilte Napoleon ſeinem Willen endlich, in der Form eines Decretes vom 5. Februar 1810: „Décret contenant réglement sur l'imprimerie et la librairie.“ **)

---

*) Art. 104 ibidem.

**) 5 Février 1810. — Décret contenant réglement sur l'imprimerie et la librairie.

Titre I. De la direction de l'imprimerie et de la librairie.

Art. 1. Il y aura un directeur général, chargé, sous les ordres de notre ministre de l'intérieur, de tout ce qui est relatif à l'imprimerie et à la librairie.

2. Six auditeurs seront placés auprès du directeur général.

Titre II. De la profession d'imprimeur.

3. A dater du 1 janvier 1811, le nombre des imprimeurs dans chaque département sera fixé, et celui des imprimeurs à Paris sera réduit à soixante.

4. La réduction dans le nombre des imprimeurs ne pourra être effectuée sans qu'on ait préalablement pourvu à ce que les imprimeurs actuels qui seront supprimés reçoivent une indemnité de ceux qui seront conservés.

deſſen Character in nuce darin beſteht, daß es die Preſſe aus dem ſchutz- und gewährvollen Gebiete des gemeinen Rechtes in die trü-

---

5. Les imprimeurs seront brevetés et assermentés.

6. Ils seront tenus d'avoir, à Paris quatre presses, et dans les départemens, deux.

7. Lorsqu'il viendra à vaquer des places d'imprimeurs, soit par décès, soit autrement, ceux qui leur succéderont ne pourront recevoir leurs brevets et être admis au serment, qu'après avoir justifié de leur capacité, de leurs bonne vie et moeurs, et de leur attachement à la patrie et au souverain.

8. On aura, lors des remplacemens, des égards particuliers pour les familles des imprimeurs décédés.

9. Le brevet d'imprimeur sera délivré par notre directeur général de l'imprimerie, et soumis à l'approbation de notre ministre de l'intérieur: il sera enrégistré au tribunal civil du lieu de la résidence de l'impétrant, qui y prêtera serment de ne rien imprimer de contraire aux devoirs envers le souverain et à l'intérêt de l'Etat.

Titre III. De la police de l'imprimerie.

Section I. De la garantie de l'administration.

10. Il est défendu de rien imprimer ou faire imprimer qui puisse porter atteinte aux devoirs des sujets envers le souverain, et à l'intérêt de l'Etat. Les contrevenants seront traduits devant nos tribunaux, et punis conformément au Code pénal, sans préjudice du droit qu'aura notre ministre de l'intérieur sur le rapport du directeur général, de retirer le brevet à tout imprimeur qui aura été pris en contravention.

11. Chaque imprimeur sera tenu d'avoir un livre coté et paraphé par le préfet du département, où il inscrira, par ordre de dates, le titre de chaque ouvrage qu'il voudra imprimer, et le nom de l'auteur, s'il lui est connu. Ce livre sera représenté à toute réquisition, et visé, s'il est jugé convenable, par tout officier de police.

12. L'imprimeur remettra ou adressera sur-le-champ au directeur général de l'imprimerie et de la librairie, et en outre aux préfets, copie de la transcription faite sur son livre, et la déclaration qu'il a l'intention d'imprimer l'ouvrage: il lui en sera donné récépissé.

Les préfets donneront connaissance de chacune de ces déclarations à notre ministre de la police générale.

13. Le directeur général pourra ordonner, si bon lui semble, la communication et l'examen de l'ouvrage, et surseoir à l'impression.

14. Lorsque le directeur général aura sursis à l'impression d'un ouvrage, il l'enverra à un censeur choisi parmi ceux que nous nom-

geriſchen Räume einer Exceptionalgeſetzgebung und unter die Suprematie einer eigens geſchaffenen inquiſitoriſchen Polizei und Willkür-

---

merons pour remplir cette fonction, sur l'avis du directeur général et la proposition de notre ministre de l'intérieur.

15. Notre ministre de la police générale, et les préfets dans leurs départemens, feront surseoir à l'impression de tous ouvrages qui leur paraîtront en contravention à l'article 10: en ce cas, le manuscrit sera envoyé dans les vingt-quatre heures au directeur général, comme il est dit ci-dessus.

16. Sur le rapport du censeur, le directeur général pourra indiquer à l'auteua les changemens ou supressions jugés convenables, et, sur son refus de les faire, défendre la vente de l'ouvrage, faire rompre les formes, et saisir les feuilles ou exemplaires déjà imprimés

17. En cas de réclamation de l'auteur, elle sera adressée à notre ministre de l'intérieur, et il sera procédé à un nouvel examen.

18. Un nouveau censeur en sera chargé: il rendra compte au directeur général, lequel, assisté du nombre de censeurs qu'il jugera à propos de s'adjoindre, décidera définitivement.

19. Lorsque le directeur général jugera qu'un ouvrage qu'on se propose d'imprimer intéresse quelque partie du service public, il en préviendra le ministre du département auquel l'objet de cet ouvrage sera relatif, et, sur la demande de ce ministre, il en ordonnera l'examen.

20. Si nos ministres sont informés, autrement que par le directeur général, qu'un auteur ou imprimeur se propose, d'imprimer un ouvrage qui intéresse quelque partie de leurs attributions, et qui doive être soumis à l'examen, ils requerront, le directeur général d'ordonner qu'il soit examiné.

Le résultat de cet examen sera communiqué au ministre du département; et, en cas de diversité d'opinions, il nous en sera rendu compte par notre ministre de l'intérieur.

Section II. De la garantie des auteurs et imprimeurs.

21. Tout auteur ou imprimeur pourra, avant l'impression, soumettre à l'examen l'ouvrage qu'il veut imprimer ou faire imprimer: il lui en sera donné un récépissé, à Paris, au secrétariat du directeur général; et dans les départemens au secrétariat de la préfecture.

22. Il en sera usé dans ce cas comme il est dit aux articles 14, 15, 16, 17 et 18.

Section III. Dispositions relatives à l'exécution des deux sections précédentes.

23. Lorsque le directeur général pensera qu'il n'y a pas lieu à

Commiſſion verwies! Es iſt die Arena, auf welcher die Regierung den Kampf gegen die freie Preſſe im Jahr 1832 auszufechten verlangt!

---

examiner un ouvrage, et qu'aucun de nos ministres n'en aura provoqué l'examen, le directeur général enverra un récépissé de la feuille de transcription du régistre de l'imprimeur; et il pourra alors être donné suite à l'impression.

24. Lorsque l'ouvrage que l'imprimeur aura déclaré vouloir imprimer aura été examiné, soit d'office, soit sur la demande d'un de nos ministres, soit d'après un sursis ordonné par le ministre de la police et les préfets dans leurs départemens, soit enfin sur la demande de l'auteur, et qu'il n'y aura été rien trouvé de contraire aux dispositions de l'art. 10, il en sera dressé procès-verbal par le censeur, qui paraphera l'ouvrage; et copie du procès-verbal, visée par le directeur général, sera transmise, selon le cas, à l'auteur ou à l'imprimeur.

25. Si le directeur général, sur l'avis du censeur, a décidé qu'il y a lieu à des changemens ou suppressions, il en sera fait mention au procès-verbal, et l'auteur ou l'imprimeur seront tenus de s'y conformer.

26. La vente et circulation de tout ouvrage dont l'auteur ou l'éditeur ne pourra répresenter un tel procès-verbal pourra être suspendu ou prohibée, en vertu d'une décision de notre ministre de la police ou de notre directeur de l'imprimerie, ou des préfets, chacun dans leur département; et en ce cas, les éditions ou exemplaires pourront être saisis ou confisqués entre les mains de tout imprimeur ou libraire.

27. La vente et circulation de tout ouvrage, dont l'auteur, éditeur ou imprimeur pourra représenter le procès-verbal dont il est parlé à l'art. 24 ne pourra être suspendue, et, les exemplaires provisoirement mis sous le séquestre, que par notre ministre de la police.

En ce cas, et idans les vingt-quatre heures, notre ministre de la police transmettra à la commission du contentieux de notre Conseil-d'Etat un exemplaire du dit ouvrage, avec l'exposé des motifs qui l'ont déterminé à en ordonner la suspension.

28. Le rapport et l'avis de la commission du contentieux seront renvoyés à notre Conseil-d'Etat, pour être statué définitivement.

Titre IV. Des libraires.

29. A dater du 1 janvier 1811, les libraires seront brevetés et assermentés.

30. Les brevets de libraires seront délivrés par notre directeur général de l'imprimerie, et soumis à l'approbation de notre ministre

Die weſentlichen Verfügungen dieſes Univerſalheilmittels gegen alle Preß- und andere Freiheitsübel ſind folgende:

---

de l'intérieur, ils seront enrégistrés au tribunal civil du lieu de la résidence de l'impétrant, qui y prêtera serment de ne vendre, *débiter* et distribuer aucun ouvrage contraire aux devoirs envers le souverain et l'intérêt de l'Etat.

31. La profession de libraire pourra être exercée concurremment avec celle d'imprimeur.

32. L'imprimeur qui voudra réunir la profession de libraire sera tenu de remplir les formalités qui sont imposées aux libraires.

Le libraire qui voudra réunir la profession d'imprimeur sera tenu de remplir les formalités qui sont imposées aux imprimeurs.

33. Les brevets ne pourront être accordés aux libraires qui voudront s'établir à l'avenir, qu'après qu'ils auront justifié de leurs bonne vie et moeurs, et de leur attachement à la patrie et au souverain.

Titre V. Des livres imprimés à l'étranger.

34. Aucun livre en langue française ou latine, imprimé à l'étranger, ne pourra entrer en France sans payer un droit d'entrée.

35. Ce droit ne pourra être au-dessous de cinquante pour cent de la valeur de l'ouvrage.

Le tarif en sera rédigé par le directeur général de la librairie, et délibéré en notre Conseil-d'Etat sur le rapport de notre ministre de l'intérieur.

36. Indépendamment des dispositions de l'article 34, aucun livre imprimé ou réimprimé hors de la France ne pourra être introduit en France, sans une permission du directeur général de la librairie, annonçant le bureau de douane par lequel il entrera.

37. En conséquence, tout ballot de livres venant de l'étranger sera mis, par le préposé des douanes, sous corde et sous plomb, et envoyé à la préfecture la plus voisine.

38. Si les livres sont reconnus conformes à la permission, chaque exemplaire, ou le premier volume de chaque exemplaire, sera marqué d'une estampille au lieu du dépot provisoire, et ils seront remis au propriétaire.

Titre VI. De la propriété et de sa garantie.

39. Le droit de propriété est garanti à l'auteur et à sa veuve pendant leur vie, si les conventions matrimoniales de celle-ci en donnent le droit, et à leurs enfants pendant vingt ans.

40. Les auteurs, soit nationaux, soit étrangers, de tout ouvrage imprimé ou gravé, peuvent céder leur droit à un imprimeur ou

„Errichtung einer Generaldirection der Buchdruckerei und des Buchhandels, mit Aufſichts- und wahren Inquiſitions-

---

libraire, ou à toute autre personne, qui est alors substituée en leur lieu et place, pour eux et leurs ayans-cause, comme il est dit à l'article précédent.

Titre VII.

Section I. Des délits en matière de librairie, et du mode de les punir et de les constater.

41. Il y aura lieu à confiscation et amende au profit de l'Etat, dans les cas suivans, sans préjudice des dispositions du Code pénal:

1) Si l'ouvrage est sans nom d'auteur ou imprimeur;
2) Si l'auteur ou l'imprimeur n'a pas fait, avant l'impression de l'ouvrage, l'enrégistrement et la déclaration prescrits aux articles 11 et 12;
3) Si, l'ouvrage ayant été demandé pour être examiné, on n'a pas suspendu l'impression ou la publication;
4) Si, l'ouvrage ayant été examiné, l'auteur ou l'imprimeur se permet de le publier, malgré la défense prononcée par le directeur général;
5) Si l'ouvrage est publié malgré la défense du ministre de la police générale, quand l'auteur, éditeur ou imprimeur n'a pu représenter le procès-verbal dont il est parlé article 24;
6) Si, étant imprimé à l'étranger, il est présenté à l'entrée sans permission, ou circule sans être estampillé;
7) Si c'est une contrefaçon, c'est-à-dire, si c'est un ouvrage imprimé sans le consentement et au préjudice de l'auteur ou éditeur, ou de leurs ayans-cause.

42. Dans ce dernier cas, il y aura lieu, en outre, à des dommages-intérêts envers l'auteur ou éditeur, ou leurs ayans-cause; et l'édition ou les exemplaires contrefaits seront confisqués à leur profit.

43. Les peines seront prononcées et les dommages intérêts seront arbitrés par le tribunal correctionnel ou criminel, selon les cas et d'après les lois.

44. Le produit des confiscations et des amendes sera appliqué, ainsi que le produit du droit sur les livres venant de l'étranger, aux dépenses de la direction générale de l'imprimerie et librairie.

Section II. Du mode de constater les délits et contraventions.

45. Les délits et contraventions seront constatés par les inspecteurs de l'imprimerie et de la librairie, les officiers de police, et en outre par les préposés aux douanes pour les livres venant de l'étranger.

Attributionen über diejenigen, welche zur Ausübung dieſer Gewerbe zugelaſſen wurden, und ihre Producte, nach und vor dem Druck und der Verbreitung; Cenſur, deren vernichtendem Striche nur die Vergötterung des Kaiſers oder der Bericht einer gewonnenen Schlacht entgehen konnte. Art. 1, 2, 11 — 20, 23 — 28."

„Nothwendigkeit eines Brevet, um Buchdruckerei oder Buchhandel zu treiben, und Beeidigung des Conceſſionirten. Das Brevet wird vom General-Direktor ausgeſtellt, und

---

Chacun dressera procès-verbal de la nature du délit et contravention, des circonstances et dépendances, et le remettra au préfet de son arrondissement, pour être adressé au directeur général.

46. Les objets saisis sont déposés provisoirement au secrétariat de la mairie, ou au commissariat général de la souspréfecture ou de la préfecture la plus voisine du lieu où le délit ou la contravention sont constatés, sauf l'envoi ultérieur à qui de droit.

47. Nos procureurs généraux ou impériaux seront tenus de poursuivre d'office, dans tous les cas prévus à la section précédente, sur la simple remise qui leur sera faite d'une copie des procès-verbaux dûment affirmés.

Titre VII. Dispositions diverses.

48. Chaque imprimeur sera tenu de déposer à la préfecture de son département, et, à Paris, à la préfecture de police, cinq exemplaires de chaque ouvrage, savoir:

Un pour la bibliothèque impériale, un pour le ministre de l'intérieur, un pour la bibliothèque de notre Conseil-d'Etat, un pour le directeur général de la librairie.

49. Il sera statué par des règlemens particuliers, comme il est dit à l'art. 3, sur ce qui concerne,

1) Les imprimeurs et libraires, leur réception et leur police;
2) Les libraires étaleurs, lesquels ne sont pas compris dans les dispositions ci-dessus;
4) Les graveurs;
5) Les relieurs et ceux qui travaillent dans toutes les autres parties de l'art ou du commerce de l'imprimerie et librairie.

50. Ces réglemens seront proposés et arrêtés en Conseil-d'Etat, sur la proposition du directeur général de la librairie, et le rapport de notre ministre de l'intérieur.

51. Nos ministres sont chargés de l'exécution du présent décret.

der Approbation des Miniſters des Inneren unterlegt, es wird am Civilgericht transſcribirt, und der Nachſuchende muß hier den Eid leiſten, nichts gegen den Souverän und Staat zu drucken — Art. 5 und 9."

„Zur Erhaltung eines Brevet müſſen Zeugniſſe von guter Aufführung und Anhänglichkeit an den Souverän beigebracht werden. Art. 7."

„Die Zahl der Buchdrucker in den Departementen ſoll vom 1. Jänner 1811 an fixirt und in Paris auf 60 reducirt werden. Art. 3."

„Die Buchdrucker in Paris ſollen gehalten ſeyn vier, jene in den Departementen zwei Preſſen zu haben. Art. 6.

„Verbot, irgend etwas zu drucken, oder drucken zu laſſen, was einen Angriff auf die Pflichten der Unterthanen (sujets) gegen den Souverän, und das Intereſſe des Staates enthalten könnte. Art. 10.

„Verpflichtung der Buchdrucker, vor dem Drucke eines Werkes die Erklärung deſſelben zu machen, damit die Behörde im Stande ſey, die Publication zu hindern, ſofern die Schrift den Art. 10 verletzt. Art. 12 bis 16 und folgende.

„Kein Werk konnte erſcheinen, ohne Angabe des Verfaſſers oder Druckers. Art. 11, 41 §. 1 und von jeder Schrift mußten fünf Exemplare auf der Präfektur (in Paris auf der Polizeipräfektur) hinterlegt werden. Art. 48.

„Ueber die Aufnahme und Polizei der Buchdrucker und Buchhändler ſollte ferner durch beſondere, von dem Staatsrath ausgehende Reglements verfügt werden. Art. 49. 50.

Außerdem war der Konfiskation und Geldſtrafe zu Gunſten des Staates, unbeſchadet der Verfügungen des Strafgeſetzes, in folgenden Fällen Raum gegeben:

1) Wenn das Werk weder Verfaſſer, noch Drucker nennt.

2) Wenn der Verfaſſer oder Drucker, die im Art. 11 und 12 erheiſchten Eintragungen und Deklarationen vor dem Drucker nicht gemacht.

3) Wenn, trotz des Begehrens, daß das Werk zur Prü-

ſung vorgelegt werde, der Druck oder die Verbreitung nicht unterlaſſen wird.

4) Wenn nach ſtattgehabter Prüfung, der Verfaſſer oder Drucker, des durch den General-Direktor ausgeſprochenen Verbotes ungeachtet, das Werk publizirt.

5) Wenn in dem Falle, wo der Autor, Herausgeber oder Drucker das im Art. 24 vorgeſchriebene Protokoll (die Erlaubniß des Cenſors und Generaldirektors zum Drucke enthaltend), nicht vorlegen kann, das Werk, gegen das Verbot des Polizei-Miniſters, publizirt wird.

6) Wenn ein im Ausland gedrucktes Buch ohne Erlaubniß eingebracht, und

7) wenn ein Nachdruck ohne Genehmigung der Intereſſenten in Circulation geſetzt wird. Art. 41.

Uebrigens ſind in dieſen ſpeciell bezeichneten, ſo wie in allen andern nach dem allgemeinen Strafgeſetze und dem Verbote des Art. 10 dieſes Decrets, denkbaren Uebertretungsfällen, die Inſpektoren der Druckerei und des Buchhandels, die Polizeibeamten (und außerdem die Mauthbeamten für die fremden Bücher) die, mittelſt Aufnahme eines Protokolles über die Natur der Contraventionsfälle conſtatirende, die Staatsprocuratoren die verfolgende, und die gewöhnlichen Gerichte die entſcheidende Behörde. Art. 10, 43, 45, 47.

Nur in Betreff der Cenſur, deren Ausübung und der ſich hiergegen ergebenden Conteſtationen iſt, nach der Verſchiedenheit der Fälle, das Erkenntniß resp. dem Generaldirektor, den Cenſoren, dem Staatsrath und dem Kaiſer vorbehalten. Art. 13 — 20. 23 — 28.

Brutale Ausgeburt des rückſichtsloſeſten Despotismus, könnte dennoch dieſes Decret auf den Namen einer vollkommenen, jedes letzte Gefühl von Achtung vor den Rechten des Menſchen vernichtenden Maßregel nicht Anſpruch machen. — So ſchnell ergründet der menſchliche Scharfſinn die Mittel ſeiner Schändung nicht, und über dem tyranniſchen Bemühen ſteht das Gefühl des Rechtes.

Mit dieſem Decrete war der Grundſtein des Geiſteszwingers gelegt. Mit haſtigen, gierigen Händen wurden die Materialien zu

dem Gebäude beigetragen, und Verfügung auf Verfügung ſollte den bindenden Mörtel erſetzen.

Der unbeſchränkteſte Herrſcher, der ſiegreichſte Feldherr, der größte Geiſt ſeiner Zeit erbebte vor den Schaffungen der Preſſe, vor dem freien Ausdrucke des Gedankens. Demüthigender Sieger aller lebenden Könige, fürchtete er, der öffentlichen Stimme ein Organ zu belaſſen; er verachtete den Menſchen — und fürchtete die Wahrheit!

Was jenen Rieſen des Jahrhunderts wie das Schwert des Democles zum bebenden Knaben erniedrigte, neben ſeiner unerreichbaren Höhe, im Beſitze der Weltherrſchaft, ihm ein verfolgendes Schreckbild war, wie ſollte es nicht den Thronpygmäen der jetzigen Generation als der gemeinſame Erbfeind, der Gegenſtand eines unauslöſchlichen Haſſes, das Endziel eines Vertilgungskrieges erſcheinen?

Dort umſtand den Thron ein europäiſcher Glanz, und in den Trophäen der Siegeszüge deutete der Franzoſe, mit erhebendem Stolze, auf die Standarten und die Waffen aller zeitgleichen Völker. Die Herrſcher Europa's ſtanden, auf gnädiges Gehör harrend, in den Vorzimmern des Kaiſers! Die Nation opferte die Freiheit für den Augenblick, dem eitlen Ruhme, der Waffenehre. — Aber hier hat die Gewalt keine, die erhabenſten Gemüther, die reinſten Charaktere umſchlingende, irreleitende Gegengewährung zu bieten. Die freie Preſſe zeigt dem beſtürzten Auge nur Schaugepränge der ruhmloſen Willkür, der ärmlich bedeckten Heuchelei und des geiſtes- und grundſatzloſen Egoismus; ein Schauſpiel, welches nur einen Zweifel läßt, den, ob die empörende Unnatur, der Mißbrauch heiliger Rechte, oder die Verachtung erzeugende Gleisnerei den überwiegenden Charakter bildet.

Im Centralpunkt der Handlungsmotive begegnen ſich aber die Tyranneien aller Zeiten, aller Despoten gegen die Preſſe. Um die Selbſterhaltung beginnt der Kampf, und die Unterdrückung der edelſten Güter eines großen freien Volkes dünkt der Macht ein nicht zu hoher Preis.

Wundert Euch daher nicht über den mehr und mehr compact erſtehenden Angriff gegen die Preſſe. Ihr wißt, worum es gilt,

und die Geſchichte ſey der Leitſtern Euerer Urtheile, die Gewähr Euerer Zukunft!

Napoleon hat es verſucht, ſeinen abſoluten Thron auf die Trümmer des köſtlichſten der Menſchenrechte zu bauen. Er hat die Nation in der Tiefe des Lebens verletzt, und als das flüchtige Glück ihm den Rücken gewandt, ward der erſte Gebrauch der entfeſſelten Zungen und Preſſe: Anklage! Verwünſchungen gegen den Verächter des Heiligthums der Völker.

Was ſeiner coloſſalen Willenskraft nicht gelungen, kann dies einem Volke fortan Gegenſtand der Beſorgniß ſeyn? —

Das Syſtem, welches lange vor dem Jahr 1810 vorbereitet, und im Dunkel der kaiſerlichen Polizeigewalt geübt, in dem Dekret vom 5. Februar 1810 mehr ergreifbar geworden, hat auch in der Folge niemals ſeine vollſtändige Ausbildung erlangt. Die furchtbare Nemeſis erreichte ſeinen Begründer vor dem Ziele. Manche der in dem Decrete enthaltenen Lücken blieben unausgefüllt, manche der vorbehaltenen Reglemens, wie namentlich im Art. 45, wurden nicht umfaſſend gegeben, andere Vorſchriften, insbeſondere über die Preſſen der Departemente, ermangelten der Ausübungsnorm.

Indeſſen ſind die vorhandenen, auf das Grundgeſetz vom 5. Februar 1810 folgenden Verordnungen ein hinlänglicher Maßſtab für die grenzenloſe Schmach des franzöſiſchen Volkes, für ſeine Entkleidung von aller Selbſtſtändigkeit und ſtaatsgeſellſchaftlichen Würde *).

Wäre die Cenſur von unabhängigen, freien Beamten geübt worden, ſo würde ſie die bezweckte Wirkſamkeit verfehlt haben. Nicht Gerechtigkeit, ſondern Schweigen oder Adulation war das Ziel. Das Verbot, „nichts gegen das Wohl des Staates" zu drucken, war nur die Folie für jenen andern Befehl „nichts gegen den Souverän" zu ſagen. Nichts war feindlich ver-

*) Man ſehe Dekret vom 3. Mai 1810. — 3. Auguſt 1810. — 18. November 1810. — 14. Dezember 1810. — Vom nämlichen Datum. — 29. Dezember 1810. — 2. Februar 1811. — Eodem. — 9. April 1811. — 29. April 1811. — 3. Juni 1811. — 19. Juni 1811. — 23. Auguſt 1811. — 24. Auguſt 1811. — 12. September 1811. — 14. October 1811. — 11. Juli 1812.

ſchiedener als dieſe nebeneinander ſtehenden Verfügungen, aber zum zweitenmale laſtete mit eiſerner Schwere auf Frankreich der Spruch Ludwig des Vierzehnten: Létat, c'est moi!

Die Cenſur mußte zum Werkzeug des Herrſchers, die Belohnung der Cenſoren und ihrer Dienſte geſichert, ihr äußeres Anſehen durch Titel und Auszeichnung befeſtigt werden.

Ein Decret vom 3. Mai 1810, concernant les fonds destinés aux dépenses de la censure *), verordnet, daß alljährlich eine gewiſſe Summe zur Verfügung des Miniſters des Innern geſtellt werden ſoll, um damit die Ausgaben der Cenſur zu beſtreiten. Aus dieſen Fonds wurden die thätigſten und eifrigſten Cenſoren, nach Maßgabe ihrer Leiſtungen und der Empfehlung des Generaldirectors, belohnt!

Ein anderes Decret vom 14. Dezember 1810 beglückte die Cenſoren mit dem Titel „*censeurs impériaux*", beſtimmte ihre Beſoldung auf 1200 Frcs. und ließ die mit der Arbeit in Verhältniß zu bringenden, beſonderen Belohnungen fort beſtehen. Welcher ehrenvolle Sporn zu unermüdlichem Amts-Eifer!

Das Decret vom 5. Februar 1810 in ſeinem Geſammtinhalt hat die Preſſen und deren größere Producte im Auge. Die Journale ſind darin nicht behandelt, und wenn auch die Vorſchriften der Cenſur u. dgl. mittelſt der damals ſtets bereiten Willkürinterpretation und Modification auf ſie angewendet werden konnten, ſo mochten doch die gegebenen Schutzmittel dem argwöhniſchen Machthaber nicht als zulänglich erſcheinen. Ein durchgreifendes Mittel war die Reduction der Zeitblätter; viel leichter ließ ſich alsdann die ſpähende Aufſicht üben.

Daher erfolgte, am 3. Auguſt 1810, ein Decret in Betreff der Zeitungen der Departemente, wodurch ihre Zahl auf ein einziges Blatt in jedem Departement (mit Ausnahme jenes der Seine) herabgeſetzt, und die Herausgabe deſſelben von dem Willen und der Approbation des Präfecten abhängig gemacht wurde.

---

*) Ein Decret vom 3. Mai 1810 betreffend die für die Koſten der Cenſur beſtimmten Fonds.

Allen andern, nicht politiſchen Blättern ward auf das ſtrengſte unterſagt, ſich mit fremdartigen Gegenſtänden zu befaſſen.

Dieſes Decret (gleich wie jenes vom 5. Februar 1810) wurde durch ein ſpäteres vom 9. April 1811 auf mehrere vereinigte Departemente anwendbar erklärt, und von dieſem Augenblick an war die Regierung, theils durch Unterdrückung, theils durch Corruption, Meiſter der Journale. — Es herrſchte Todesſtille in dem weiten Kaiſer-Reiche!

Das Decret vom 5. Februar 1810 hatte zwar für Paris die Reduction und für die Departemente die Feſtſetzung der Preſſenzahl verordnet. Aber was ſollte mit den überzähligen Preſſen, Schriften, Guß und anderen Geräthſchaften geſchehen? Ließ man ſie unbeachtet — waren es dann nicht ſchlafende Feinde, welche beim geringſten Anlaß ihre Waffen gegen den Unterdrücker kehren konnten? Wie aber das Privateigenthum, welches alle Conſtitutionen unter den heiligſten Schutz nehmen, antaſten? wie deſſen Herausgabe — nur zum Beſten des Staatszweckes und gegen vorgängige Entſchädigung platzgreiflich (Art. 545 Cod. Civ.), begehren?

Dieſer Zweifel veranlaßte wenig Bedenken; — stat pro ratione voluntas. Der Kaiſer befahl, und ſein Wille ward zum Geſetz!

Durch ein Decret vom 18. November 1810,

„concernant les presses, fontes, caractères et autres ustensiles d'imprimerie, qui, à dater du 1 Janvier 1811, se trouveront en la possession d'individus non brevetés. *)

wurde allen Individuen, welche vom 1. Jänner 1811 an aufhörten, das Gewerb eines Buchdruckers zu treiben, und überhaupt allen jenen, welche ohne dieſes Gewerb Eigenthümer, Beſitzer oder Inhaber von Preſſen, Guß, Lettern und anderem Druckgeräth waren, aufgegeben, innerhalb einer beſtimmten Zeit, und bei Vermeidung einer Gefängnißſtrafe von 6 Tagen bis zu 6 Monaten, die Anzeige jener Gegenſtände bei dem Präfecten zu machen.

Waren, was geſtattet blieb, Geſuche um Fortbehaltung und

---

*) Betreffend die Preſſen, Guß, Lettern und andere Druckuſtenſilien, welche vom 1. Januar 1811 an ſich im Beſitz nicht prevetirten Individuen befinden.

Gebrauch der Geräthſchaften mit der Anzeige verbunden, ſo entſchied, auf den Bericht des Miniſters des Innern und jenes der Polizei, der Kaiſer ſelbſt darüber. Auf dieſe Weiſe des Gebrauches ihres Eigenthumes beraubt, mußten die Beſitzer von der Großmuth des Kaiſers eine Schadloshaltung erwarten. Sie wurde für die Spoliirten von Paris durch das Decret vom 2. Februar 1811 realiſirt; Muſter einer aſiatiſchen Despotie, enthält es eine neue Brandſchatzung gegen die allergnädigſt belaſſenen Drucker der Hauptſtadt.

Dieſen wird der Zwang aufgelegt, die Preſſen der unterdrückten Drucker zu kaufen, in Jahresfriſt und 4 Terminen zu zahlen, und unter ſich über die Vertheilung der alſo acquirirten Preſſen übereinzukommen.

Auf die Lettern der unterdrückten Drucker ſollten unverzüglich die Siegel angelegt, den Eigenthümern jedoch frei gelaſſen werden, ſie nach Gutdünken (!?) — jedoch an Niemand anders, als an brevetirte Drucker und Gießer, zu verkaufen. Außerdem mußten die beibehaltenen Drucker die Schadloshaltung der beſeitigten übernehmen, und hiebei gleich willkürliche Maßregeln und Anſchläge befolgen und vollziehen.

Die Decrete vom 2. Februar 1811 und 11. Juli 1812 beſtimmen die Form der Brevets und der dafür zu leiſtenden Gebühren, und jenes vom 14. Oktober 1811 creirt ein Monopol für die Direction de la librairie dadurch, daß dieſer die Erlaubniß gegeben wird, ein Anzeigeblatt aller literariſchen Erſcheinungen zu errichten, deſſen Erträgniſſe zu den Ausgaben der General-Direction verwendet werden ſollen, und allen andern Journalen bei Vermeidung ſelbſt willkürlicher Geld- und Verluſtigungsſtrafen unterſagt bleibt, derlei Anzeigen, ehe und bevor ſie in dem privilegirten Journal erſchienen ſeyn würden, aufzunehmen. Alle dieſe und einige andere, ähnliche Verfügungen hängen mit dem Decret vom 5. Februar 1810 auf das innigſte zuſammen. Aus dem nämlichen Prinzip hervorgegangen, ſind ſie die nothwendige Ergänzung, Erklärung und Vervollſtändigung jenes Grundgeſetzes und ſtehen und fallen mit ihm. Auch dieſe Verfügungen hat die bayeriſche Re-

gierung für ſich, wenn das Decret vom 5. Februar ihr zu Seite ſteht, und nicht lange, ſo werden wir einen begehrlichen Angriff auf das Privateigenthum bayeriſcher Staatsbürger erleben -- Der erſte Schritt iſt gethan; wozu noch ferneren Rückhalt? — *)

Ob dieſe Maſſe von unſäglicher Willkür und Eigenmacht, der freien Preſſe im Jahr 1832 entgegengeſetzt, ob mittelſt des Decrets vom 5. Februar 1810 die zwangsrechtliche Verbindlichkeit eines geſetzlich berechtigten Journaliſten, fremde ſtatt eigene Preſſen zu benutzen, ja überhaupt die Unzuläſſigkeit einer Buchdruckerei ohne Brevet, heute begründet werden könne?!

Die baieriſche Regierung des Rheinkreiſes, wohl nicht ohne allerhöchſten Auftrag, behauptet es, und tritt mit dieſem Satz, Angeſichts der Geſchichte, der Verfaſſung, des Volkes und der Gerichte in die Schranken.

Wohlan, wir nehmen den Kampf an, und mit der heiligen Aufgabe, Gerechtigkeit zu ſchaffen, befaßt, dürfen wir deren erſtes Erforderniß „Wahrheit" nicht umgehen. Wir werden ſie üben, ganz und unentſtellt üben, unbekümmert, auf weſſen Stirn ſie das Brandmal der Entehrung drücke.

Erſter Satz: Das Decret vom 5. Februar 1810, das darin lebende Syſtem ſammt ſeinen Folgerungen, Erweiterungen und Anwendungen beſteht nicht mehr, iſt factiſch, wie rechtlich zerfallen und aufgehoben.

Unter den Anklagepunkten, welche gegen den Kaiſer nach der Invaſion im Jahr 1814 erhoben wurden, nimmt die Unterdrückung der Preßfreiheit einen vorzüglichen Platz ein. Ehrgeizige, nicht populäre Kriege, welche eine Million Franzoſen verſchlangen, ungeſetzliche Erhebung von Steuern, Gewaltſtreiche und Polizeiregierung, Alles würde Frankreich eher verziehen, im Augenblicke des Unglücks an ſein Oberhaupt ſich angeſchloſſen, und ſiegreich die feindlichen Heere aus ſeinen Grenzen vertrieben haben; — aber Napoleon hatte

*) Ja, wie wir aus dem Urtheile des Gerichtes von Frankenthal erſehen, das Decret vom 18. November 1810 ſoll wirklich angerufen werden!!

mit frevelnder Hand das Band, welches Frankreich an ihn ſchloß, zerriſſen, der Legislation ſich bemächtigt, und das unſchätzbarſte der Menſchenrechte, die Preßfreiheit, zerſtört. Er fiel, und nichts war im Stande, ihn von dieſer Kataſtrophe zu retten.

In dem Decret vom 3. — 4. April 1814, wodurch der Kaiſer des Throns für verluſtig, die Erblichkeit in ſeiner Familie für abgeſchafft erklärt, und Nation und Heer ihres Eides entbunden wurden, ſpricht ſich der Senat-Conſervateur in folgender Stelle aus:

> Considérant, que *la liberté de la presse, établie et consacrée comme l'un des droits de la nation*, a été constamment soumise à la censure arbitraire de sa police et qu'en même tems il s'est toujours servi de la presse pour remplir la France et l'Europe de faits controuvés, de maximes fausses, de doctrines favorables au despotisme et d'outrages contre les gouvernements étrangers. *)

Als daher die proviſoriſche Regierung dem Senat ein Project von Conſtitution vorlegte, ward die Befreiung der Preſſe von allen Hemmungen, in Vorſchlag gebracht.

> Art. 23. La liberté de la presse est entière, sauf la répression légale des délits qui pourroient résulter de l'abus de cette liberté. (v. projet de constitution du 6 — 9 Avril 1814) **).

und ſowohl in der Antwort des damaligen Staatsverweſers, Comte d'Artois, als in der von Ludwig XVIII. ſelbſt ausgehenden Erklärung vom 2. — 5. Mai 1814 wurde die Verſicherung vollkommener Preßfreiheit wiederholt.

Indeß war die aus der urſprünglichen Richtigkeit,

---

*) In Betracht, daß die, als eins der Rechte der Nation eingeführte und geheiligte Preßfreiheit, beſtändig der willkürlichen Cenſur ſeiner Polizei unterworfen war, und daß er zu gleicher Zeit der Preſſe ſich bedient hat, um Frankreich und Europa mit unwahren Thatſachen, falſchen Grundſätzen, und dem Deſpotism günſtigen Lehren, ſo wie mit Beleidigungen gegen die auswärtigen Regierungen anzufüllen.

**) Die Freiheit der Preſſe beſteht uneingeſchränkt, vorbehaltlich der geſetzlichen Beſtrafung der durch den Mißbrauch dieſer Freiheit entſtehen könnenden Vergehen.

jener Decrete, aus der vertrags= und geſetzwidrigen Unterdrückung der Preßfreiheit hervorgehende Averſion der Nation, und die nach dem Fall Napoleons ſich ergebende Reaction ſo ſtark, daß ſtill= ſchweigend und factiſch jene frühern Geiſtesfeſſeln als aufgehoben betrachtet wurden. Ja, die proviſoriſche Regierung erkannte dies ſelbſt an, indem ſie für nothwendig fand, durch ein Decret vom 7. — 13. April 1814 einen Cenſor der in Paris erſcheinenden Journale zu ernennen, und die Befolgung der beſtehenden Reglements über Buchdruckerei und Buchhandlung proviſoriſch zu decretiren. Auch iſt bekannt, daß die Preſſe längſt vor der Charte und bis zum October 1814, in aller Ungemeſſenheit, der Freiheit genoß, und wenn auch ihre damaligen Angriffe (gegen Napoleon) von wenig Groß= muth zeugten, ſo iſt weſentlich, als Thatſache zu conſtatiren, daß die Preßfreiheit, ſchon vor einem förmlichen Geſetze, wie= der eingetreten war.

Die Charte constitutionnelle vom 3. — 10. Juni 1814 ſanc= tionirt dieſelbe in Art. 8:

> Les français ont le droit de publier et de faire imprimer leurs opinions, en se conformant aux lois qui doivent réprimer les abus de cette liberté. *)

als förmliches Staatsgrundgeſetz, wonach die Unabhängigkeit, die Ungehemmtheit der Preſſe als Syſtem, als Regel galt, und nur repreſſive Strafverfügungen gegen deren Mißbrauch vorbe= halten wurden — ein Grundgeſetz, welches von dem in den kaiſer= lichen Decreten lebenden Princip das direct entgegengeſetzte war, und ſomit natürlich jene bis auf die letzte Spur beſeitigt hatte.

Dieſer Zuſtand wäre der eines freien Volkes, Frankreichs würdig geweſen; er konnte unter dem verjüngten Scepter der veralteten Bour= bonen nicht beſtehen. Ihre Verheißungen, die Aufrichtigkeit ihrer Ver= ſprechungen waren jenen gleich, welche nach der Julirevolution in deutſchen Ländern, von deutſchen Regierungen und Cabinetten gemacht

---

*) Die Franzoſen haben das Recht, ihre Meinungen bekannt zu machen und drucken zu laſſen unbeſchadet der Befolgung der Geſetze, welche den Mißbrauch dieſer Freiheit beſtrafen ſollen.

worden ſind. Die Zeit der befürchteten Criſis ging vorüber, und es war fortan kein Grund mehr, dem Worte treu zu bleiben.

Schon im Oktober 1814 fand das Syſtem der Preßfreiheit ſeinen Untergang, und jenes des Zwangs und der abſoluten Sclaverei trat wieder ein.

Der Art. 8 der Charte hatte blos auf repreſſive Geſetze hingewieſen. Das Geſetz vom 21. — 23. October 1814 war weit willfähriger, und die offenſte Verletzung der Conſtitution wurde nicht geſcheut. Im Titel I. wurde die vorgängige Cenſur, und die unbedingte Abhängigkeit aller Journale und periodiſchen Schriften eingeführt. Der Titel II. enthält Verfügungen, analog jenen des Decrets vom 5. Februar 1810, jedoch mit mehr Beſtimmtheit, und unter außerordentlicher Strenge, namentlich gegen die Buchdrucker. Das, dieſen letztern und den Buchhändlern vorgeſchriebene Brevet ſoll ihnen, bei einem Urtheile wegen Geſetz- und Reglementsübertretung, entzogen werden können.

Die heimlichen Buchdruckereien ſollen zerſtört, die Beſitzer und Depoſitarien mit einer Geldſtrafe von 10,000 Franken und Gefängniß von 6 Monaten belegt werden.

Als heimlich ſind alle Druckereien erklärt, welche nicht bei der Generaldirection angezeigt und nicht genehmigt ſind.

Auf die Umgehung der Vorſchriften wegen den Declarationen und der Cenſur, der Hinterlegung von Exemplarien ſowie der Angabe des Namens des Druckers, ſind große Strafen verhängt. Das Correctionnelgericht hat dieſelben auszuſprechen.

Eine Ordonnanz des Königs vom 23. — 25. October 1814, reiht die Generaldirection des Buchhandels in den Geſchäftskreis des Kanzlers, und verweiſt, um die Functionen der Generaldirection zu bezeichnen, auf das Geſetz vom 21. — 23. October 1814.

Zwei andere Ordonnanzen, vom 24. — 25. October 1814, ernennen die Cenſoren, reguliren ihre Beſoldung, verfügen über die Norm und Bedingungen der zu ertheilenden Brevets, und über die Beibehaltung der beſtehenden Conceſſionen, über die von den Buchdruckern zu befolgenden Inſtructionen (ad instar des Art. 11 und folgende des Decrets vom 5. Februar 1810) über die vor dem Drucke zu machende Declaration, über die Zahl der zu hin-

terlegenden Exemplarien, über die Art der auf die Declaration zu erhaltenden Erlaubniß zum Druck und zur Verbreitung, über die Zuſtändigkeit und Pflicht der Polizeicommiſſäre in Contraventionsfällen, nach Art. 20 des Geſetzes vom 21. — 23. October zu verfahren, — über die Attribution des Generaldirectors, die gerichtliche Anzeige der Contraventionen zu machen.

Zugleich wurde das Verbot des Art. 3 des Geſetzes vom 14. October 1811 über das Monopol des Journals der Generaldirection confirmirt.

In der Periode von 1814 bis 1830 mußte die Preſſe in Frankreich alle Zuſtände einer antinationalen, feindlich aufgedrungenen Regierung des göttlichen Rechts durchwandern.

Die Preßfreiheit war verfaſſungsmäßig garantirt, — darum ſtand ſie im Ganzen während 4 Monaten! Geſetz auf Geſetz und Ordonnanz auf Ordonnanz ſchufen ein Gewebe von Präventiv- und Pönalverfügungen, daß vom Begriff der Preßfreiheit kaum der Name mehr übrig blieb. Die Jahre 1815, Epoche der blutdürſtigen Reactionen der Legitimitätsanhänger, die Jahre 1817, 1819, 1822, 1824 insbeſondere waren reich an Preßgeſetzen *). Nicht allein hatten die Strafen eine barbariſche Strenge erreicht, ſondern die letzte Stütze der Organe der Freiheit, das Geſchwornengericht, ward aufgehoben, die *censure facultative* und die Tendenzproceſſe ins Leben gerufen. Unter dem Miniſterium Villele ſcheiterte der vernichtende Verſuch gegen die Preſſe an dem Widerſtande der Pairskammer. Das Geſetz vom 18. Juli 1828, welches jedem volljährigen Fran-

*) Man ſehe Ordonn. vom 20. — 22. Juli 1815; — vom 8. — 22. Auguſt; vom 14. — 22. Auguſt; — vom 9. — 11. November 1815. Zwei Geſetze vom 28. Februar — 8. März; — eine Ordonnanz vom 8 — 21. October; — ein Geſetz vom 30. December 1817; — ein Geſetz vom 17. — 18. Mai — vom 26. Mai — vom 9. — 10. Juni; — eine Ordonnanz vom 9. — 10. Juni 1819; — ein Geſetz vom 31. März; — drei Ordonnanzen vom 1. April 1820; — ein Geſetz vom 26. — 28. Juli 1821 — vom 17. — 18. März — vom 25. März 1822; — eine Ordonnanz vom 15. — 16. Auguſt; — eine idem vom 16. Auguſt; — eine andere vom 29. September 1824; — Geſetz vom 18. Juli 1828; — Juliordonnanzen von 1830 u. ſ. w.

zoſen das Recht zugeſteht, ohne vorgängige Autoriſation ein Journal zu errichten, und die Tendance und censure facultative aufhob, konnte den, mehr und mehr unverholen ausgeſprochenen abſolutiſtiſchen Regierungsgrundſätzen Carl X. nicht genehm ſeyn. Es war der Freiheit, ſo kümmerlich ſie beſtand, zu viel noch dem Volke belaſſen.

Das göttliche Recht, vertreten durch die heilige Allianz, perſonifizirt in Carl X., wagte mit offenem Schritte die Conſtitution aufzuheben, die Preſſe in Feſſeln zu ſchlagen, die Juliordonnanzen zu erlaſſen. Es erfolgte, was allenthalben in gleicher Lage erfolgen mußte. Die beleidigte, mißbrauchte Nation erdrückte die frevelnde Hand des Verbrechers an der Majeſtät des Volks, revindicirte die ihr gebührende, erledigte Souveränetät. Die Cenſur ward auf immer abgeſchafft, das Geſchwornengericht wieder hergeſtellt!

Der entworfene Zuſtand der Preßfreiheit in Frankreich ſeit 1814, die flüchtig berührten Geſetze ſind für den Gegenſtand unſerer Abhandlung darum von der höchſten Wichtigkeit, weil ſie den Beweis liefern, daß:

„ſo wie die Macht der öffentlichen Meinung und des Nationalgefühles die uſurpatoriſchen Decrete Napoleons factiſch vernichtet und der Preſſe freien Aufſchwung wiedergegeben, die Charte vom 3. — 10. Juni 1814 durch das ausgeſprochene Prinzip der Freiheit, alle aus dem entgegengeſetzten Grundſatze der Prävention und des Preßzwanges entſprungenen Vorſchriften, Normen und Verfügungen geſetzlich aufgehoben, und abſolute abolirt hat, in dem Maße, daß, als die Reſtauration zu den Schergen der Geiſtestyrannei zurückkehren wollte, neue Geſetze erwirkt, neue Beſchränkungen geſchaffen, neue Verbote erlaſſen und neue Strafen ausgeſprochen werden mußten; und daß es den Legislatoren in Frankreich auch nicht im Entfernteſten eingefallen iſt, zu unterſtellen, daß die kaiſerlichen Decrete von 1810 und ſpäterhin über die Preſſe, die Umwälzung und viel weniger noch die Conſtitution vom Jahr 1814 überlebt hätten. Im Gegentheil, dieſe letztere war für die Periode ſeit Napoleons Fall, was unter ſeinem Reiche die älteren Conſtitutionen der

Republik waren, und das Geſetz vom 21. — 23. October 1814 ſammt Anhängen, wurden im Effect für die Reſtauration, was das Decret vom 5. Februar 1810 und die folgenden für das Kaiſerthum geweſen ſind."

Dies feſtgeſtellt, kehren wir zum Rheinkreiſe und dem nähern Beweisthema zurück.

Der bayeriſche Rheinkreis iſt, wie die übrigen Theile des *linken* Rheinufers im Jahr 1814 von den alliirten Mächten beſetzt, ſeither an Frankreich nicht wieder abgetreten, vielmehr durch ſpätere Staatsverträge, mit Bayern förmlich vereinigt worden. Geſetzlich bilden alſo die Thronverluſtigungserklärung und die Charte von 1814 für ihn keinen Beweis, obwohl jedem Unbefangenen das moraliſche Gewicht dieſer Thatſachen auffallen muß.

Aber — iſt es darum weniger wahr, daß das Decret vom 5. Februar 1810 auch bei uns außer Wirkſamkeit getreten und aufgehoben iſt? iſt darum weniger wahr, daß das Beſtreben der Regierung, die Negative im Jahr 1832 durchzuſetzen, als ein geſchichtlicher, politiſcher und geſetzlicher Anachronism zu ſtigmatiſiren iſt, als ein Act der auffallendſten Ignoranz oder der empörendſten Geſetzesverletzung ſich aufdringt?

Die unerbittliche Logik der Thatſachen möge ſprechen:

1) Die Geſchichte der Jahre 1813 und 1814 hat den ſpätern Zeiten überliefert, und die lebende Generation weiß, was die Vorſprecher der deutſchen Fürſten und Regierungen dem erwachten Volke zuriefen: Ewiger, unauslöſchlicher Haß gegen Frankreich, insbeſondere gegen Napoleon, Vernichtung ſeiner Uſurpationsherrſchaft, Vernichtung ſeiner Werke und Schöpfungen; ſodann unausſprechliches Glück und engelgleiches Wohlbehagen der befreiten Völker! Ueber allen Verheißungen ſchwebte als die Vorbedingung jedes Beſſerwerdens: politiſche Mündigkeit, — Preßfreiheit! Wir wiſſen Alle, was aus dieſen reizenden Ausſichten geworden. Der politiſche Zuſtand Deutſchlands, der Bundestag, die Cenſurordonnanzen in Bayern und der Anlaß dieſer Zeilen liefern einen erbaulichen Beweis. Den Haß und die Abneigung gegen Frankreich hat man räthſelhafter Weiſe ſo zu cultiviren verſtanden, daß

als des Volkes Unwille im Juli 1830 in Frankreich zur hellen Flamme aufloderte, die Sympathie der Herzen in Deutſchland in millionenfachen Tönen ſich ergoß — und fürwahr! nicht an Mangel der Empfänglichkeit von Seiten Deutſchlands, nicht an Abgang von wohlgenährtem Brennſtoff hat es gelegen, wenn die Entzündung in Frankreich, im Ganzen äußerlich ſpurlos an Deutſchland vorübergegangen iſt.

Aber nicht, was ſpäterhin im übrigen Deutſchland wurde, ſondern was im Jahr 1814 alsbald war, das iſts, was uns jetzt intereſſirt.

Hier einige der Geſchichtsmonumente jener Zeit. Sie ſind aus den Proclamationen des Gouverneurs vom Mittelrhein entnommen:

„Ein Deutſcher, komme ich zu euch, den theuer vermißten, theuer wieder erkämpften Brüdern! Euch im Namen großer, hochherziger Monarchen Freiheit, Selbſtſtändigkeit, Ehre und Glück zurückzugeben.“

„Ich werde Recht und Sicherheit, Wahrheit und Ordnung unter euch ſchützen.“ (Verordnung vom $\frac{21}{2}$ $\frac{\text{Januar}}{\text{Februar}}$ 1814).

„Gott hat gerichtet! Der Herr hat uns errettet. Sichtbar in der Geſtalt würdiger Stellvertreter auf Erden, iſt er herabgeſtiegen und hat die jammernde Menſchheit befreit! Das Reich des Frevels liegt vernichtet . . . . . Selbſt im Wahnwitz der Empörung gezeugt, hat es nur Wuth und Elend hervorgebracht, die Freiheit zertrümmert, den Glauben erſchüttert und mit den Gräueln des Univerſaldespotismus geendet.“

„. . . . Wie einſt unſere Voreltern für den Glauben und das heilige Grab, haben auch wir geſtritten im heiligen Kampfe für das Höchſte und Theuerſte, für Vaterland und Ehre, für Wahrheit und Recht, für Freiheit und Glauben. Nichts Geringeres iſt es, was wir euch gebracht, und was ihr bewahren müßt mit uns!“ — (Verordnung vom $\frac{14}{26}$ Februar 1814.)

In ähnlichen Phraſen und ſchwülſtigen Verheißungen traten die hier zu beachtenden Worte: Freiheit, Selbſtſtändigkeit, Wahrheit, Ehre, Ordnung, Recht und Glauben allenthalben hervor. Als ihr Gegenſatz galt die kaiſerliche Despotie und ihre Zerſtörungswerke dieſer geprieſenen Güter.

Wahrlich, wer damals gewagt hätte, zu behaupten, daß eine Schaffung des Culminationspunktes der napoleoniſchen Gewaltherrſchaft in den wieder eroberten Provinzen noch beſtehe, daß die arbiträrſte aller Frivolitäten, die Zerſtörung der Gedankenfreiheit, den befreiten Deutſchen noch belaſte! man würde ihn als einen Läſterer der deutſchen Majeſtäten, ihrer glückwollenden Verſprechungen, als einen falſchen Propheten verfolgt, oder als einen Wahnſinnigen in das Irrenhaus verwieſen haben. Schämte man ſich doch in jenen Vorhallen ungetrübter Glückſeligkeit, Franzöſiſch zu verſtehen!

Wie nach einer richtigen, hier für die Realiſirung des Verſprochenen, ſomit für Fortſchritte in Freiheit und Recht ſprechenden Logik, im Jahr 1832 Jemand dahin gelangen könne, das, was den Tod im Jahr 1814 erlitten, gegen das Volk wieder aufleben zu laſſen, und wie dies der bayeriſchen Regierung im Jahr 1832 zu thun vorbehalten ſeyn konnte, dies vermag wohl ein gewöhnlicher Denker und Rechtskenner nicht zu entziffern. War die Macht der Wahrheit und des Rechts in Frankreich ſelbſt ſo überwiegend, daß die Nation nach dem Sturze Napoleons ſeine Gewaltſtreiche gegen die Preßfreiheit nicht ferner für verbindlich hielt, ſo mußte dies in den abgeriſſenen deutſchen Provinzen zu einem argumentum a Fortiori ſich geſtalten! Aber wir vergeſſen, daß die Logik und Rhetorik des Fiscus und der Cabinette an die Schulregeln nicht gebunden ſind, und daß die Theſes der Regierung inſofern, wenn auch eben weder geiſtreich noch wahr, noch loyal, wenigſtens originell ſind. Und das genügt ja!

2) Die Preßfreiheit wurde, wie anerkannt und wiederhergeſtellt, auch thatſächlich geübt. Beweis deſſen ſind:

a) eine Verordnung vom $\frac{1}{2}\frac{6}{8}$ Mai 1814, wodurch Gruner befahl, daß alle amtliche und außeramtliche Anzeigen, welche zur Oeffentlichkeit gebracht werden, in einem und demſelben Blatte vereinigt werden ſollen, was darauf

hinweiſt, daß mehrere Journale beſtanden und verbreitet waren;

b) eine Verordnung der Landesadminiſtration zu Worms vom 25. Februar 1816 — „die Herausgabe von Zeitſchriften betreffend", worin es heißt:

„Um die beſtehenden Polizeigeſetze über den Mißbrauch der Preßfreiheit zu vervollſtändigen, ſieht man ſich veranlaßt, zu verordnen: daß in dem Landesadminiſtrationsbezirke keine Journale, Zeitungen und andere periodiſche Blätter verlegt werden ſollen, ehe nicht der Plan der Zeitſchrift durch den Verleger der Landesadminiſtration vorgelegt, und das Privilegium zur Herausgabe deſſelben ertheilt worden iſt".

Es beſtand ſomit vordem Preßfreiheit, deren Mißbrauch man begegnen wollte; ein ſolcher aber war, wegen Abgang des Begriffes und der Möglichkeit, unter Napoleons Decretennorm nicht zu befürchten, noch zu ahnden. Alſo war eine Aenderung eingetreten!

Es waren wirkliche Journale ungeſtört und ungehemmt erſchienen, und um ſie zu verweigern, ihnen entgegenzuwirken, berief man ſich nicht auf die Decrete von 1810, 1811 und 1812, ſondern man erließ neue Verodnungen, mit dem nämlichen Inhalte, welchen jene Decrete hatten. — Alſo hatten dieſe aufgehört zu wirken, und dies iſt von der damaligen mit Recht oder Unrecht ſich alſo gerirenden und erklärten oberſten Staats- und legislativen Gewalt anerkannt worden.

3) Die Bundesacte vom 8. Juli 1815 verſpricht den deutſchen Staatsangehörigen, daß die Bundesverſammlung bei ihrer erſten Zuſammenkunft mit Abfaſſung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit, und die Sicherſtellung der Rechte der Schriftſteller und Verleger gegen den Nachdruck ſich beſchäftigen werde. Der verſtorbene König von Bayern erklärt in ſeiner Ratifikation der Bundesacte *), daß er dieſer Beſtimmung ſeine

---

*) Vid. Ratifikation vom 18. Juni 1816, Amtsbl. 1817, Nro. 26.

Beiſtimmung ertheile und ihre Verbindlichkeit um ſo mehr anerkenne, als dieſelbe (ſowie die übrigen beſondern Verfügungen des Art. 12 — 20) mit ſeinen Regierungsgrundſätzen und größtentheils mit den im Königreiche bereits beſtehenden Geſetzen und Anordnungen übereinſtimme. Die Bundesacte gehet nach ihrem *Wortlaute* und Datum offenbar von der Preßfreiheit als Syſtem *und* Regel aus, hinſichtlich welcher alle Bundesſtaaten gleichförmige Verfügungen erhalten ſollten.

Wenn nun König Marimilian hievon ſprechend erklärt, daß er dies um ſo mehr annehme, als es ſeinen Regierungsgrundſätzen und den beſtehenden Geſetzen entſpreche, ſo kann dies unmöglich auf die napoleoniſche Geſetzgebung angewendet werden, da dieſe dem abſolut entgegengeſetzten Princip huldigte, wohl aber auf die, ſeit der Wiedervereinigung des Kreiſes mit Deutſchland geübten Regierungsgrundſätze.

4) In dieſer Lage der Sache erſchien die Verfaſſung vom Jahr 1818, und die hier zu entſcheidende Frage *hört auf, eine ſolche* zu ſeyn, wenn man einen prüfenden Blick auf den Inhalt der Conſtitution und des betreffenden Edicts wirft.

Die Conſtitution, als ein unſchätzbares Geſchenk der väterlichen Liebe des Regenten und als das Füllhorn überſchwänglichen, jedoch unſchädlichen Volksglückes angekündigt, verheißt den Staatsangehörigen den Vollgenuß der Staatsbürgerrechte; ſie gewährt Freiheit der Meinungen, Preßfreiheit mit Repreſſion des Mißbrauchs. Inſofern man dieſem Worte nur ſeinen ſprachlichen Sinn läßt, und nicht behauptet, daß es nicht Freiheit, ſondern das Gegentheil bedeute, hat man den unfehlbaren Schlüſſel zur *Löſung* der Aufgabe in Händen.

Nichts divergent verſchiedener im Prinzip, als die Napoleoniſche Geſetzgebung über die Preſſe und die Verfaſſung vom J. 1818.

Jene ſanctionirt die Sklaverei, die Unterdrückung, die Nichtigkeit, die Beſtechlichkeit und abſolute Abhängigkeit der Preſſe — den Preßzwang, ein Syſtem, welches dem Despotismus eines abſoluten Herrſchers anpaſſend iſt.

Dieſe garantirt Entfeſſelung der Gedanken, Unabhängigkeit

der Meinungen, — Freiheit der Preſſe, ein Syſtem, welches allein den Grundſätzen einer Repräſentativregierung entſpricht.

Jene hatte zum Gegenſtand, die Gedankenäußerung zu hindern, zu tödten, ihr Erſcheinen in anderer als ſerviler Geſtalt unmöglich zu machen. Daher die Maſſe von Vorbedingungen zum Druck, zur Herausgabe, Präventiv-Maßregeln.

Dieſe will nur dem Mißbrauch der Freiheit der Preſſe, nicht dieſer ſelbſt begegnen, daher nur Verfügungen über die vollſtändig gewordenen Producte der Preſſe, daher — mit Ausnahme der politiſchen Zeitungen und Zeitſchriften — nur repreſſive Verfügungen.

A priori ſteht hiernach begründet feſt, daß die frühere Geſetzgebung, das Decret vom 5. Februar 1810, nach Baſis und Prinzip feindlich unvereinbar, durch die Verfaſſungsurkunde aufgehoben, — und eben ſo folgerichtig, das weſentlichſte Vehikel jenes Syſtems, die unbedingte Abhängigkeit der Druckereien und Preſſen, beſeitigt iſt.

Oder ſollte es denkbar ſeyn, daß die Folgen eines Grundſatzes, welcher intervertirt iſt, noch beſtehen, — die Mittel zu einem beſtimmten Zwecke auch zum entgegengeſetzten noch tauglich ſeyn ſollten?

Die Folgen des neuen Syſtems, ſo wie es in den wenigen Worten der Conſtitution ſelbſt ausgeſprochen iſt, ſind an ſich klar und unverkennbar, — wir haben früher davon geſprochen —; ſie beſeitigen abſolute das Fortbeſtehen des Decretenzwangs von 1810; die Garantien und Mittel gegen den Mißbrauch der Freiheit aber ſind weder in suspenso gelaſſen, noch auf die Vergangenheit, auf frühere Vorſchriften baſirt, ſolche frühere Verfügungen ſind auch nicht angerufen worden.

Vielmehr geht das Staatsgrundgeſetz auch in dieſer Beziehung conſtitutive zu Werke, und regulirt ſelbſt (von jetzt an, und von Neuem) dieſe Gegenſtände.

Das hierüber beſtehende beſondere Edict gibt Maß und Ziel; und wenn es überall nicht gehörig, und je nach Zeit und Umſtänden, erſchöpfend und ſchmiegſam ſeyn ſollte, ſo mag dies ein Vorwurf für die Sagacität ſeiner Verfaſſer, mit nichten aber eine Berechtigung zur Willkür ſeyn.

Dieſes Edict behandelt ex professo die beiden Geſichtspunkte

der Repreſſivnormen gegen die Vergehen und Geſetzesverletzungen der Preßproducte und der allgemeinen polizeilichen Aufſicht als Regel und die Präventivnormen gegen die periodiſch politiſchen *Blätter*, die Cenſur insbeſondere, als Ausnahmen.

Alle andere, als die hier enthaltenen Vorſchriften der *beiden* Geſichtspunkte, alle Verfügungen, welche einem ſo ſehr *gehäſſigen* und in dem Edict auf das Minimum der Cenſurbeobachtung *beſchränkten* Präventivſyſtem angehören, ſind daher logiſch und geſetzlich aufgehoben. Das Zurückgreifen in frühere Epochen iſt unſtatthaft.

Einige einzelne Betrachtungen werden den unbefangenen Wahrheitsfreund von der Evidenz dieſer Sätze noch mehr überzeugen, wenn auch ihr helles Licht auf die obligate Ueberzeugung der Regierung keinen merkbaren Eindruck hervorbringen ſollte. Wir wiſſen ja, wie es ſich damit verhält; die öffentliche Meinung wird bald nicht mehr im Dunkeln ſeyn. Wenn man einmal einverſtanden wäre, das von oben herab — nach beliebter Sprache — befolgte Syſtem, mit dem glimpflichen Ausdruck „Inconſequenz" zu belegen, ſo müßte man wenigſtens anerkennen, daß zu ſolcher Inconſequenz viel Beharrlichkeit, zu ſolcher Gehaltloſigkeit viel Vorſatz, zu ſolcher Ungerechtigkeit viel Eigenſinn gehört.

Die drückendſte, die beleidigendſte Eigenſchaft des Decrets von 1810 lag in ſeiner Singularität, in der Getrenntheit vom gemeinen Recht, von den Formen des gewöhnlichen Verfahrens. Dieſe Abgeſchloſſenheit wurde insbeſondere dadurch erreicht, und die eiſerne Hand des Gebieters aufgelegt, daß eine bisher nie gekannte, vom Kaiſer abhängige oberſte Centralbehörde über das ganze Buchdrucker- und Buchhändlerweſen in Frankreich geſchaffen wurde, *beſtehend* aus dem Generaldirector und ſechs Auditeurs, und ſalarirt und alimentirt aus eigens für dieſelben gegründeten Fonds. (Man ſehe das Decret vom 5. Februar 1810, Art. 44, und die ſpäteren Decrete sup. cit.)

Von dieſer Behörde mußten die Brevets begehrt werden; ſie hatte das Recht, ſolche zu ertheilen, oder zu verweigern, und der Grund hierzu lag natürlich in dem Prinzip, in dem Geiſt und dem ganzen Getriebe ihres Organismus und Entſtehens.

Wo iſt heute dieſe Behörde? — Sie beſteht nicht mehr, ſie iſt auch niemals erſetzt noch ihre Befugniſſe auf einen andern Zweig der verſchiedenen Verwaltungsbranchen übertragen worden, ja es iſt ihrer — und dies wenigſtens müßte nach dem Syſtem der Regierung doch geſchehen ſeyn — weder bei der Verfaſſung und dem Edict, noch ſonſt wie ſeither gedacht worden. Es fehlt alſo der weſentlichſte Theil eines Geſetzes ſein Executionshebel, und die Garantieen deſſelben! Alles dies war im Decret von 1810 ſorgfältigſt vorgeſehen. Heute keine Spur, und dennoch ſollte die Nothwendigkeit eines Brevet fortbeſtehen!?

Wenn ein Staatsbürger die competente Behörde aufſuchen wollte, ſo möchte er vielerlei, wovon er nichts ahnete, wovon er auch in den organiſchen Geſetzen nichts zu finden vermag, vielleicht auch eine Centraldirection der Geſchäfte finden; — aber eine Behörde, wie ſie die Art. 1 und 2 des Decrets vom 5. Februar 1810 beſchreiben, — wohl ſchwerlich! Und doch iſt es lediglich dieſes Decret, welches dem Verlangen der Regierung zu Grunde liegt!

Wer alſo ſoll das Brevet ertheilen? Die Regierung ſagt: Wir. — Wo iſt Euere Legitimation? Im Decrete wahrlich nicht; eine andere beſitzet Ihr nicht; die Verfaſſung, das Edict und die organiſche Verordnung Eures Wirkungskreiſes ſagen nichts davon!

Es iſt kein Grund einzuſehen, warum nicht das Miniſterium, der Staatsrath — und dieſe mit mehr Anſchein von Grund —, oder das Landcommiſſariat ſich für legitimirt halten ſollten!

Wenn aber keine Behörde beſteht zum Ertheilen, ſo beſteht auch keine zum Verweigern; dann hat das Begehren keinen Zweck noch Gegenſtand, und folgerecht kann von fernerer Anwendbarkeit des früheren Geſetzes keine Sprache mehr ſeyn.

b) Zur Erreichung eines Brevet waren mannigfache Vorbedingungen zu erfüllen, und die Ertheilung ſelbſt war mit Förmlichkeiten verbunden, als da ſind: der Impetrant mußte Zeugniſſe ſeiner Anhänglichkeit an Vaterland und Souverän beibringen, er mußte für das Brevet respê. 50 oder 25 Franken zahlen, daſſelbe am

Civilgericht transſcribiren laſſen und dort den Eid leiſten, nichts gegen Souverän und Staat zu drucken.

Alles dies beſteht, anerkanntermaßen, nicht mehr und könnte mit dem Inhalt der Conſtitution und des Edicts nimmermehr vereinigt werden. — Darum nimmt es die Regierung nicht in Anſpruch, und verzichtet ſogar auf die fiscaliſche Gebühr!

Wenn eben keine beſondere Neigung beſteht, der reinen Großmuth dieſen Act zuzuſchreiben, ſo bleibt das daraus hervorgehende Argument für die Aufhebung der früheren Vorſchrift in ungeſchmälerter Stärke beſtehen.

c) Man überſehe nicht: Das Gebot eines Brevet beſtund nicht iſolirt, ſondern im Zuſammenhang mit einer Maſſe analoger Vorſchriften, es war nur das Glied einer Kette; das Gebot des Brevet war nicht Zweck, ſondern Mittel, nicht Syſtem ſelbſt, ſondern ein Vehikel um den Preßzwang zu realiſiren, die Preßfreiheit zu tödten. In dieſem Sinne iſt die Vorſchrift zu würdigen, und aus dieſem Grunde iſt die Entſcheidung, ob ein Brevet zu ertheilen, oder nicht, der Generaldirection hingewieſen worden. Alle andere Vorſchriften des Decrets ſind entweder ganz beſeitigt, oder textuell und von Neuem vorgeſchrieben; die frühere Kette iſt zerriſſen, — das Syſtem derſelben iſt geändert, die Behörde iſt zerfallen, die Formen und Bedingungen beſtehen nicht mehr! — Und aus Allem heraus ſoll wunderbar das Gebot eines Brevet wie ein Nothanker der Gewalt ſich gerettet haben? Warum? — Fatale, läſtige Frage!

Weil es der Regierung alſo gefällt?

Dieſe Logik iſt außer Gebrauch, ſie findet keine Abnehmer mehr!

d) Das Decret hatte die Zahl der Buchdrucker in Paris herabgeſetzt und der Gewalt eingeräumt, die Druckereien der Departemente in beſtimmte Zahl einzuſchränken. Hierdurch war dem großen Ziel der unbedingten Herrſchaft über die Preſſe unendlich viel vorgearbeitet. Erledigte ſich eine Druckerei, ſo hatte die Generaldirection die Auswahl der Günſtlingen, und die Qualitäten des Conceſſioniſten mußten dem Napoleoniſchen Syſtem entſprechen.

Heute aber iſt die Zahl der Druckerpreſſen durchaus nicht beſtimmt; das Princip der Preßfreiheit vernichtet ſolche Feſſeln;

das Edict weiß nichts davon, obſchon es die polizeiliche Aufſicht über die Druckereien beſonders berührt. Das erſehnte Veto würde daher in der Hand der Regierung zum gehäſſigen Mittel der Begünſtigung und zur gefährlichen Waffe der mittelbaren Verfaſſungsverletzung. Es iſt mehr als je an der Zeit, derlei Nachgiebigkeiten mit allem Nachdruck zu verweigern; — die Vorgänge flößen kein Vertrauen ein. *)

e) Im Zuſammenhang mit dem zur Ertheilung des Brevet erforderlichen Certificate, Eid, u. ſ. w. enthält der Art. 10 des Decrets das Verbot, nichts zu drucken, was mit den Pflichten der Unterthanen gegen Souverän und Staat in Widerſpruch ſtünde. Die gewöhnlichen Gerichte ſollen nach dem Strafgeſetzbuch erkennen, unbeſchadet des Rechts des Miniſters des Innern, dem Drucker im Contraventionsfalle, auf den Bericht des Generaldirectors, das Brevet zu entziehen.

Dem erſten Theile dieſes Artikels entſprechende ähnliche Verfügungen enthält das Edict in den §§. 6 — 9 ausdrücklich und weitläufig, und hat außerdem noch in beſondern Vorſchriften das Intereſſe der Privaten in Schutz genommen. §. 10 und 11.

Von Vorſchriften, welche dem zweiten Theile entſprächen, obſchon dieſer ungetrennt mit dem erſten und dem Geiſte der ganzen Legislation zuſammenhängt — handelt das Edict in keiner Sylbe!

Warum nicht? und was folgt hieraus anders, als die

---

*) Nach der Verfaſſungsurkunde und dem Edict III. kann es keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, daß die Herausgabe von Anzeige-, Wochenblättern u. dgl. durchaus nicht von der Erlaubniß oder der Gunſt der Regierung abhängt, und daß namentlich das Begehren, ſolche Blätter einer Cenſur zu unterwerfen, eine wahre Lächerlichkeit iſt. Dennoch iſt es thatſächlich, daß die Regierung und die Landcommiſſariate über ſolche inoffenſive Blätter eine despotiſche Suprematie und die Cenſur üben, und daß ſogar in Sterbfällen den bedürftigen Erben des bisherigen Herausgebers eines Wochenblattes der fernere Druck unterſagt, und die Erlaubniß hierzu einem Dritten begünſtigungsweiſe ertheilt worden. Solche Verfügungen ſind ungeſetzlich und ohne Kraft. Zu bedauern iſt, daß das Volk nicht in allen Fällen ſeine Rechtszuſtändigkeiten hinreichend kennt, um ſolche anmaßliche Uebergriffe der Regierungsſucht gebührend zurückzuweiſen.

Unanwendbarkeit der früheren Verordnung über das Brevet. Vermag die Regierung eine andere Antwort zu geben als dieſe? Wir wären begierig, ſie zu vernehmen!

f) Die Art. 11 — 20 haben die von dem Drucker zu machende Declaration und Eintragung des Werkes, die Vorlegung deſſelben zur Cenſur vor dem Druck zum Gegenſtande; ſie ſprechen von einer förmlichen Controlle und oberſten Cenſurbehörde. Die Art. 23 — 28 betreffen die Execution der vorhergehenden Verfügungen, und was erforderlich ſey, damit der Autor und Drucker ruhig drucken und publiziren könne; — wie ihm die Erlaubniß hiezu ausgefertigt werde und was geſchehen ſolle, wenn die Verbote der Cenſurbehörde nicht reſpectirt werden; — die Art. 41 bis 44 die auf Uebertretung dieſer Vorſchriften verhängten Strafen, und alle dieſe Normen beſtehen unzertrennt mit der Vorſchrift des Brevet. Alle mit einander ſind aber heute nicht mehr anwendbar, und als aufgehoben zu betrachten.

Nach §. 1. des Edicts iſt vollkommene Preßfreiheit geſtattet und deßfalls keine Declaration zu machen, keine Cenſur zu beobachten, welche ohnehin nur in dem Falle des §. 2 beſteht.

Für den Fall, daß perfecte Druckwerke Sitten- und Geſetzesverletzungen u. d. gl. enthalten, haben die §§. 4 — 9 polizeiliche und ſtrafrechtliche Vorkehrungen getroffen, welche zugleich beurkunden, daß keine Behörde, wie ſie auch heiße, vor dem Drucke gegen die Preſſe und ihren Inhaber einſchreiten darf; und durch den Zuſammenhang aller §§. iſt die Anwendbarkeit der Art. 41 — 44 beſeitigt.

Wie ſollte deſſen ungeachtet die Vorſchrift des Brevet allein fort gelten? —

g) Ein ganz identiſches Argument geht aus der Vergleichung der übrigen Theile des Decrets mit dem Inhalt des Edicts hervor, wie z. B. der Art. 21 und 22, welche in dem letzten Satze des §. 1 ihre Erledigung finden; — der Art. 34 — 38. 39. 40. 45 bis 47 und 48, welche zum Theil — mit der heute beſtehenden Geſetzgebung durchaus nicht mehr vereinbar, zum Theil — wie namentlich die Competenz der polizeilichen Einſchreitungen, die Fälle des

Beſchlags in dem Edict, und die Mauthfälle im Mauthgeſetze — beſonders regulirt, oder aber tacite aufgehoben ſind.

Ueberhaupt, die auf das Decret von 1810 gebaute, angebliche Nothwendigkeit eines Brevet, welche unter der Herrſchaft der kaiſerlichen Willkür, bei Reduction der Zahl der Buchdruckereien, bei abſoluter Einſchränkung und Hofmeiſterei aller politiſchen Blätter, bei dem unbedingten Verbot, neue ohne Erlaubniß des Präfecten zu errichten, einen ſehr bedeutungsvollen, ſchweren Sinn hatte, iſt heute, wo volle Preßfreiheit beſtehen ſoll, wo dieſe Hemmungen nicht beſtehen, wo nicht nur die Zahl der Druckereien illimitirt iſt, ſondern wo insbeſondere die Errichtung eines Journals Sache des freien Willens der Staatsbürger, die Herausgabe einer Zeitſchrift, eines Werkes, von jeder Erlaubniß unabhängig, ſomit das Decret vom 3. Auguſt 1810 und die Verordnung vom 25. Februar 1816 aufgehoben ſind — eine feindlichauffallende Incohärenz, eine unzuläſſige, unmögliche Unſtatthaftigkeit, oder aber eine indirecte Zerſtörung des garantirten Prinzips der Preßfreiheit!

Wenn dies das Endziel iſt, welchem die ſeltſame Hermeneutik der Regierung entgegenhinkt, ſo möge ſie das letzte Verdienſt ſich erhalten und es laut ausſprechen; denn wenn durch eine richtige Folgerung alle andere Unterſtellungen beſeitigt ſind, ſo häufen ſich die Prämiſſen zu der unabweislichen Schlußfolge: Das iſt's was man will! und jede andere Deutung muß vor dem Lichte der Wahrheit zurückweichen!

Herrliche Preßfreiheit, wonach der Verfaſſer ſeine Producte, der Journaliſt ſein Blatt nicht ſelbſt drucken kann, und auch ſonſt keine Druckerei ohne Erlaubniß der Gewalt beſtehen darf! Und — wir müſſen noch einmal auf Frankreich zurückkommen, ſo peinlich es auch affiziren möge — nachdem wir Schritt vor Schritt factiſch wie geſetzlich erwieſen, daß die Charte von 1814, im Art. 8, das Decret von 1810 für Frankreich aufgehoben, und für die ſpätern ſingulären Geſetze ein leeres Feld gelaſſen; wie ſollte es ſich geſtalten, daß die Verfaſſung von 1818, gleichem Prinzip huldigend und zugleich die Geſetze gegen Preßmißbrauch er=

theilend, ein direkt entgegengeſetztes Reſultat herbeigeführt hätte? —

Verſucht es nun noch ferner dem Dilemma zu entweichen: Entweder keine Preßfreiheit, oder Aufhebung des Decrets von 1810 und der Nothwendigkeit eines Brevet. —

Ihr behauptet Preßfreiheit, — alſo zieht Euch nur *ſelbſt* den Schluß!

Ein Medium, und wäre es auch das Summum eines juste milieu läßt ſich nicht hineinzwängen. Das Intereſſe des Volkes, die öffentliche Meinung, das Jahr 1832 widerſtreben ſolchem Beginnen und ſind unzugänglich für anders componirte Demonſtrationen. Das Volk denkt; — Eure Sache iſt verloren!

5) So wenig die Herrſchaft des Decrets von 1810 und die Nothwendigkeit eines Brevet mit dem Prinzip und dem ſpeciellen Inhalt der Conſtitution vereinbar iſt, ſo wenig findet ſie in der Gewerbſteuerverordnung irgend einen Anhaltspunkt. —

Die in den republikaniſchen Geſetzen und Verfaſſungen ausgeſprochene und dem Rheinkreis zuſtehende vollkommene Gewerbsfreiheit kennt keine andere Laſt, als die der Patente, und das Patentſteuer-Geſetz vom 1. Brumaire VII iſt auf dieſe Grundlage baſirt. Darin ſind die Buchdruckereien wie alle andere Gewerbe beſteuert.

Dieſe Freiheit wurde durch das Decret vom 5. Februar 1810, dem beſtehenden Syſtem der Regierung gemäß, vernichtet, und die Buchdrucker mußten nebſt der Gewerbſteuer noch ein Brevet erholen und auch dafür eine Gebühr zahlen. Dieſes abnorme Syſtem, Quelle des Gebots, hat der Zeit, der ſpäteren Geſetzgebung und Conſtitution wiederum weichen müſſen, wie die älteren Privilegien des franzöſiſchen Königthums den jugendlich freien Eingebungen der Republik.

Eine ſpätere, ſpecielle Verordnung *) gegen die Buchdrucker beſteht nicht, und die beiden Geſetze über die Gewerbſteuer vom 26. Februar 1818 und 14. April 1820, **) letztere

---

*) Wie z. B. die Gruner'ſche Verordnung gegen die Apotheker vom 5. — 17. Mai 1814.

**) Amtsblatt von 1818 Nro. XI. von 1820 Nro. V.

alſo der Verfaſſung nachgängig, unterwerfen die Buchdrucker, welche ſie mit den übrigen Gewerben ganz in die nämliche Categorie ſtellen (§. 6 und der Tarif), keiner andern Gebühr als der der Patentſteuer. Von Einholung und Zahlung eines Brevet findet ſich keine Spur, ſo wenig als z. B. bei dem Wirth, dem Billardiſten, Weber u. ſ. w. Dieſe Verordnungen ſind die Umſchreibung des Brumairegeſetzes, die vollkommenſte Aehnlichkeit iſt frappant. Sie haben, wie dieſes, die Gewerbsfreiheit zur Baſis; ſie gehen von der völlig freien Bewegung der Gewerbtreibenden nach Zeit, Ort und Ausdehnung des Geſchäftes (§. 14 — 19, 20, 35 u. a. der Verordnungen von 1818) aus, und ſind, wie das Brumairegeſetz, mit einem abſolutiſtiſchen Monopol des kaiſerlichen Decrets von 1810 unvereinbar.

6) Lange genug ſind die Beſchlüſſe der 35. Sitzung des Bundestags (von 1819) Gegenſtand allgemeinen Unwillens geweſen. Es möge uns erlaubt ſeyn, ſie heute dem reineren Dienſte des Rechtes und der Wahrheit zu weihen; der guten Sache müſſen auch die Feinde nützen.

Jene Beſchlüſſe, ſo weit ſie die Preßfreiheit berühren, haben feſtgeſetzt, daß alle Blätter und Schriften, mit Ausnahme jener, welche über 20 Bogen im Druck ſtark ſind, in keinem deutſchen Bundesſtaate ohne Vorwiſſen und vorgängige Genehmhaltung der Landesbehörden zum Druck befördert werden, und nur die hier ausgenommenen Schriften fernerhin nach den in den einzelnen Bundesſtaaten erlaſſenen oder noch zu erlaſſenden Geſetzen behandelt werden ſollen. §. 1.

Für die Aufrechthaltung dieſer Vorſchrift haben die Regierungen die erforderlichen Mittel und Vorkehrungen zu treffen; — dieſe müſſen jedoch von der Art ſeyn, daß ſie dem §. 1 Genüge leiſten. §. 2.

Da der Beſchluß durch die Nothwendigkeit vorbeugender Maßregeln veranlaßt iſt, ſo werden die auf gerichtliche Verfolgung und Beſtrafung der im Wege des Drucks bereits verwirklichten Mißbräuche und Vergehungen abzweckenden Geſetze als unzureichend erklärt. §. 3.

In den §. 6 und 7 wird dem Bundestag das Recht eingeräumt,

Schriften und Blätter einzelner Bundesſtaaten, auf geführte Beſchwerde hin, und ſelbſt aus eigener Machtvollkommenheit, zu unterdrücken.

Man ſieht, die hohe Verſammlung war bei dem großen Meiſter Napoleon in die Schule gegangen; — ſo weit reichte der tödtliche Haß gegen den Uſurpator nicht, um zu verſchmähen, was ſeine Werke dem Wohle der anvertrauten, göttlich angeſtammten Völker förderliches enthielten! Die Aehnlichkeit, ja Gleichheit der einzelnen Verfügungen mit jenen des Decrets von 1810 und 1811 ſind handgreiflich. Das ganze Syſtem der Preß-Verhinderung, die Prävention, ſollte wieder aufleben.

Es ſollte nun die Bekanntmachung und die Anwendung dieſer Beſchlüſſe in den einzelnen Staaten vorgenommen werden, und hier trat die Verlegenheit ein — es beſtanden unglücklicher Weiſe hie und da Verfaſſungen!

Auch in Bayern wurden ſie bekannt gemacht, aber wie? Hätten, wie die Regierung behauptet, die Verfügungen der Decrete von 1810 und 1811, hätten die damaligen vorbeugenden Maßregeln, unter ihnen obenan die Nothwendigkeit eines Brevet und vorläufiger Declaration aller Druckwerke, noch beſtanden, die Verfaſſung von 1818 überlebt gehabt; ſo wären zwar die Bundesbeſchlüſſe etwas überflüſſiges geweſen, indem ſchon geſorgt war, aber ihrer unbedingten Anwendung hätte dann um ſo weniger das Geringſte im Weg geſtanden.

Dem war nicht alſo, und die Bekanntmachungsurkunde vom vom 16. October 1819 *) liefert darüber den beſten Beweis. Die Beſchlüſſe wurden bekannt gemacht und der König verordnet dabei:

> „daß Unſere ſämmtlichen Behörden und Unterthanen, mit Rückſicht auf die Uns nach den beſtehenden Staatsverträgen und der Bundesacte zuſtehende Souveränetät, nach der von Uns Unſerm treuen Volke ertheilten Verfaſſung und nach den Geſetzen Unſeres Königreiches ſich hiernach geeignet achten.

*) Vid. Amtsblatt von 1819, Nro. XIII.

Zwiſchen den Napoleon'ſchen Decreten und dieſen Bundesbeſchlüſſen war die Verfaſſung von 1818 im mitten gelegen, und die abrogatoriſche Wirkung derſelben war ſo unbezweifelt, daß das Miniſterium ſelbſt nicht umhin konnte, dies öffentlich anzuerkennen.

7) Auch die neueſten Verhandlungen der Ständeverſammlung gehen von der in Anſpruch genommenen Freiheit der Preſſe und der Gewerbe aus.

Alle Geſetze und Vorſchläge über Beſchränkungen der Gewerbsfreiheit ſind dem Rheinkreiſe ſtets fremd geblieben, aus dem Grunde ſeiner anerkannten Freiheit.

In den Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe über das Preßgeſetz wurde von höherem Orte aus die Motion zur Aufnahme einer Verfügung gemacht, dahin gehend: daß in Zukunft den Herausgebern von Journalen und den Verfaſſern von Schriften nicht mehr geſtattet ſeyn ſolle, ſich einer eigenen Preſſe zu bedienen. Da nun die Regierung ſolche Verfaſſer und Herausgeber, hinſichtlich des Gebrauches der Preſſe, ganz den Druckern von Profeſſion gleichſtellt, ſo liegt in dieſer Motion das unzweideutigſte Bekenntniß, daß das Anverlangen eines Brevet, welches ja alle Verlegenheit beſeitigen würde, nicht mehr zuläſſig iſt. *) —

Quod erat demonstrandum!

Zweiter Satz: Auch wenn das im Decret vom 5. Februar 1810 enthaltene Gebot, daß die Buchdrucker mit einem Brevet verſehen ſeyn müſſen, heute noch beſtünde, ſo würde dennoch der Druck der beiden Journale mit eigener Preſſe der Herausgeber nicht unterſagt werden können.

Der erſte Rechtfertigungsgrund dieſes Satzes liegt einfach darin, daß die Vorſchriften über Einholen eines Brevet nur die Buchdrucker von Gewerbe, den Stand als ſolchen angehen, ſomit auf den Verfaſſer eines Werkes, oder auf den Herausgeber eines Journals keine Anwendung finden.

Die Verfügung des Decrets iſt anerkannt eine Ausnahmsvor-

*) Und insbeſondere zeigt dieſer Umſtand die unbezweifelte Wahrheit, daß dem Druck der Verfaſſer und Journaliſten, ſelbſt im jenſeitigen Bayern, keine Schwierigkeiten entgegengeſetzt werden können.

ſchrift, eine höchſt ſinguläre Maßregel, deren Sinn und **Grenzen** am beſten in der allgemeinen Regel als Gegenſatz gefunden **werden** mögen.

Vollkommene Gewerbs- und illimitirte Preßfreiheit ſind **die** Grundelemente der republicaniſchen Geſetze und Conſtitutionen **wie** ſie auf das franzöſiſche Kaiſerthum überkommen ſind.

Jeder Bürger ſoll jedes Gewerb, wie und wo es ihm **gefällt**, treiben können. — Alle Privilegien, Monopolien und Vorbedingungen ſind aufgehoben. — Es ſteht Jedem frei, zu ſagen, zu ſchreiben, zu d r u c k e n und drucken zu laſſen, was ihm gefällt.

Tout citoyen peut parler, écrire, imprimer librement (droit de l'homme art 11.)

. . . . la liberté de parler, d'écrire, *d'imprimer* et publier ses pensées (Constit. du 3 — 14 Sept. 1791, Tit. I.)

Nul ne peut être empêché de dire, d'écrire, *imprimer* et publier ses pensées.

Il n'y a ni privilége, ni maîtrise, ni jurande, *ni limitation à la liberté de la presse, du commerce, à l'exercice de l'industrie* et des arts de toute espèce. (Constit. vom Jahr 3, art. 353 und 355.)*)

Es iſt aber augenfällig, daß die Exception von dieſer Regel, nach den Worten und näheren Erläuterungen des Decrets vom 5. Februar 1810, den Umfang obiger Geſetzesſtellen bei weitem nicht erreicht, wobei die Natur der Vorſchrift, als ausnahmsweiſe verfügend, jede erweiternde Interpretation ausſchließen muß.

Die Ueberſchrift des Decrets kündigt an, wovon es handeln wird: „Décret contenant réglement sur *l'imprimerie* et la *librairie***).

Der erſte Titel ſpricht von der

---

*) Jeder Bürger kann frei ſprechen, ſchreiben und drucken (Erkl. d. Menſchenr. Art. 11).

. . . Die Freiheit, ſeine Gedanken zu ſagen, zu ſchreiben, zu d r u c k e n und bekannt zu machen (Conſtitut. vom 3. — 14. Sept. 1791. Tit. I).

Alle Vorrechte, Meiſterrechte, Geſchwornenämter, alle Beſchränkungen der Freiheit der Preſſe, des Handels, des Gewerbfleißes und der Künſte jeder Art ſind aufgehoben (Conſtit. vom Jahr 3. Art. 353 u. 355).

**) Decret, welches das Reglement über die B u ch d r u ck e r e i und den B u ch h a n d e l enthält.

„*direction* de *l'imprimerie* et de la *librairie* *),
der Titel II, „de la *profession* d'imprimeur **).

Nur vom Stand eines Getriebes, welches durch öffentliche Reglements geordnet werden kann, alſo nicht von einer höchſt privativen Sache, der Beförderung eigener Geiſtesproducte; von einer Induſtrie, welche durch eine einzige, allgemeine Centraldirection geleitet werden kann, nur von einer Betriebſamkeit, welche mit dem Stande des Buchhändlers correſpondirt, d. h. nur von der Buchdruckerei als Profeſſion, iſt die Sprache, und darüber läßt der Titel II. nicht den mindeſten Zweifel. Unter jener Ueberſchrift finden ſich gerade die einzelnen Reſtrictionen gegen die Drucker und die Vorſchrift eines Brevets. Nach Art. 3 wird die Zahl der Drucker beſchränkt und fixirt, nach Art. 6 über die Zahl der Preſſen verfügt, nach Art. 7 von den „*places* d'imprimeurs" ***) und von den erforderlichen Zeugniſſen, um ſolche Stellen zu erhalten, nach Art. 8 von dem „remplacement" ****) und Art. 9 von dem zu leiſtenden Eide eines ſolchen Angeſtellten gehandelt.

Wenn es nun in dieſem zuſammenhängenden Ganzen, im Art. 5 heißt:

„Les *imprimeurs* seront brevetés et assermentés" *****).

ſo iſt doch wohl für Jedermann, der verſtehen will, klar, daß hier von nichts anderem, als von dem gewerbtreibenden Buchdrucker geſprochen wird.

Dagegen unterſtellt das Decret an anderen Stellen unverkennbar den eigenen Druck des Autors, ohne irgend eine Beſchränkung mit einfließen zu laſſen.

So im Art. 20. Si nos ministres sont informés, autrement que par le directeur général, qu'un *auteur* ou un imprimeur se *propose d'imprimer* un ouvrage . . . . .

---

*) „Direction der Buchdruckerei und des Buchhandels."

**) „Von dem Stande (Profeſſion) des Buchdruckers.

***) „Buchdruckerſtellen."

****) „Wiederbeſetzug."

*****) Die Buchdrucker müſſen mit einem Brevet verſehen und beeidigt ſeyn.

Art. 21. Tout *auteur* ou imprimeur pourra, avant l'impression, soumettre à l'examen l'ouvrage, qu'il veut *imprimer* ou *faire imprimer*.

Art. 25. Si le directeur général sur l'avis du censeur a décidé qu'il y a lieu à des changemens ou suppressions, il en sera fait mention au procès-verbal et *l'auteur* ou *l'imprimeur* seront tenus de s'y conformer *).

Characteriſtiſch iſt, daß das Brevet des *imprimeur* ganz gleich geſtellt und behandelt wird, wie jenes des *libraire*, was den Geſichtspunkt des Gewerbes, des Handels, der Induſtrie noch klarer darlegt.

Niemand würde ſich wohl einfallen laſſen, von einem Autor, welcher ein Werk ſchreibt, ein Brevet zu verlangen, weil er ſein Buch verkauft! — und wenn nicht, warum denn eher von dem Verfaſſer, welcher ſeine Schrift oder ſein Journal ſelbſt druckt? — Iſt der eine mehr Buchdrucker als der andere Buchhändler?

Um vollends Gewißheit zu erhalten, wie ſehr die Ausdrücke des Geſetzes auf den Autor ſelbſt unanwendbar ſind, mögen noch die Art. 30, 31, 32 und 33 beherzigt werden, welche die librairie ganz wie die imprimerie in der Geſtalt eines offenen allſeitigen Induſtriezweiges, eines *établissement*, beſchreiben.

Wir verweiſen zugleich auf die Art. 39 und 40, welche die Rechte der Autoren zum ausdrücklichen Gegenſtand haben, ohne einer ſo ſehr außerordentlichen Pflicht, wie die in Frage ſtehende, zu erwähnen; auf die Art. 41, §. 2 und 4 und auf den Art. 49, deſſen Nomenclatur lediglich Gewerbsſtände begreift und im §. 5

---

*) Art. 20. Wenn unſere Miniſter auf anderem Wege, als durch den Generaldirector, in Kenntniß geſetzt ſind, daß ein Verfaſſer oder ein Buchdrucker, Willens iſt ein Werk zu drucken . . . . .

Art. 21. Jeder Verfaſſer oder Buchdrucker kann, vor dem Drucke, das Werk, welches er drucken, oder drucken laſſen will, einer Prüfung unterlegen.

Art. 25. Wenn der Generaldirector auf den Bericht des Cenſors entſchieden hat, daß Abänderungen oder Streichungen Statt finden ſollen, ſo wird hiervon im Verbalprozeß Erwähnung gethan, und der Verfaſſer oder der Drucker ſind gehalten, ſich darnach zu richten.

zum Ueberfluß die imprimerie und librairie als einen Kunſt- und Handelszweig darſtellt.

Von entſcheidendem Gewicht iſt das Decret vom 2. Februar 1811 über die Ausfertigung und Form des Brevet, weil hierdurch bethätigt wird, daß auch in der Praxis die Worte des Decrets vom 5. Februar 1810 nur auf den Buchdruckerſtand angewendet worden ſind.

Es heißt daſelbſt im Eingang des Models:

Vu l'arrêté de son excellence le ministre de l'intérieur...... lequel arrêté maintient le sieur N. N. *dans l'exercice de l'état d'imprimeur* dans le departement u. ſ. w. *)

Im Contexte des Brevet ſelbſt:

Nous.....avons accordé le présent brevet d'imprimeur au sieur N. N. pour lui servir et valoir ce qui de raison, et exercer le dit *état d'imprimeur* en se conformant aux lois et réglemens u. ſ. w. **)

Für den Gegenſtand unſerer Nachweiſung reicht es, bei der abnormen Natur des Decrets vom 5. Februar 1810, hin, daß die Worte und Bezeichnungen ſo entſchieden gegen eine andere Auffaſſung ſtreiten. Indeſſen wird dieſe Betrachtung noch durch mehrere andere Nebenumſtände beſtärkt, als da ſind:

a) Daß die Behauptung der Regierung nicht an überreicher Natürlichkeit leide, auch aus den Rechten der Staatsbürger mit nichten fließe, und ohne beſonders ſchneidende Nachweiſung nicht angenommen werden könne: darüber iſt wohl Jedermann einverſtanden; eben ſo darüber, daß die Worte des Decrets nirgendwo den behaupteten Satz unterſtützen.

Da nun in dieſem Geſetze von den Journalen noch gar nicht gehandelt worden, deren Schickſal vielmehr einem eigenen Régime

*) Nach Anſicht des Beſchluſſes Sr. Excellenz des Miniſters des Innern ..... welcher Beſchluß den Herrn N. N. in der Ausübung des Buchdruckerſtandes im Departement von u. ſ. w. beſtätigt.

**) Wir ..... haben gegenwärtiges Buchdruckerbrevet dem Herrn N. N. bewilligt, um ihm zu dienen und zu gelten was Rechtens, und damit er den beſagten Stand eines Buchdruckers, unter Befolgung der Geſetze und Reglemens, ausüben könne.

vorbehalten war, ſo mußten die hierüber erlaſſenen Verfügungen am ſicherſten Maß und Ziel geben. Aber — hier ſucht man vergebens eine ſolche Vorſchrift!

Das Decret vom 5. April 1810 iſt ein Muſter von Tyrannei. Indeſſen von der Unterſagung des eigenen Druckes weiß es *nichts*!

Und — für dieſes Nichtgebot mochten dem Kaiſer *hinreichende* Gründe vorſchweben, gegen den Nachtheil dieſer Unterlaſſung gewährvolle Sicherheit bekannt ſeyn. In einer Zeit, wo die Rechte des Bürgers nichts, der Wink des Herrn Alles und das Recht des Kaiſers durch eine Million Bajonnette garantirt war, konnte aus geſetzlichen Lücken eine Verlegenheit nicht entſtehen. Wo das Geſetz ſchwieg, da half die offene oder geheime Gewalt! —

Ohnehin war durch die doppelt verhängte und mit unnatürlicher Strenge ausgeübte Cenſur der beiden Decrete vom 5. Februar und 3. Auguſt 1810 Alles erreicht, was man nur verlangen konnte.

Welches übrigens auch die Motive der Nichtunterſagung eigener Preſſe ſeyn mochten, die Thatſache liegt vor, und die Conſequenzen daraus ſind uns erworben.

b) Aus den Decreten vom 18. November 1810 und 2. Februar 1811 kann die wenigſtens factiſch realiſirte Beſeitigung eigener Preſſen nicht deducirt werden, indem auch die hier gebrauchten Ausdrücke ſtets nur auf das Gewerb der Buchdruckerei bezüglich ſind.

Décret du 18 Novemb. 1810 concernant les presses, fontes, caractères et autres ustensiles *d'imprimerie*, qui, à dater du 1 Janvier 1811 se trouveront en la possession d'individus non brevetés. *)

Schon der Eingang dieſes Decrets zeigt, daß darin *lediglich* unterdrückte Buchdruckereien als ſolche behandelt werden:

Considérant que la réduction et la fixation du nombre des imprimeurs laisseront nécessairement des presses, fontes,

---

*) Decret vom 18. November 1810 in Betreff der Preſſen, des Guſſes, der Lettern und andern Druckereigeräthſchaften, welche vom 1 Jänner 1811 an im Beſitz von nicht brevetirten Individuen ſich befinden werden.

caractères ou autres ustensiles *d'imprimerie* en la possession de plusieurs individus non brevetés. *)

und der Art. 1 wiederholt dies auf das beſtimmteſte.

Privatpreſſen ſind darin nicht begriffen; im Gegentheil läßt ſich aus dem Art. 1, letztes Alinea, welches die Cylinderpreſſen, womit Copien gezogen werden, von der Verbindlichkeit der zu machenden Anzeige befreit, und aus dem Art. 4, welcher die imagers, (Bilderhändler) dominotiers, (Türkiſch-Papierhändler und die Tapetenhändler) derſelben ſpeciell unterwirft, ein weiteres Argument für die Freiheit der Autoren und Journaliſten herleiten.

Hierbei iſt zu beobachten, daß dieſes ganze Decret außer Paris niemals in förmliche Execution getreten iſt, wie das die Entſchädigung der unterdrückten Buchdrucker verhängende, nur für Paris erlaſſene Decret vom 2 Februar 1811 beurkundet.

Wenn unter der Herrſchaft dieſer Decrete eine das Syſtem der Regierung bewährende Interpretation nicht beſtehen konnte, ſo iſt ſolche um ſo unſtatthafter, heute, wo das Prinzip der Preßfreiheit anerkannt iſt.

Der fernere Rechtfertigungsgrund des oben ausgeſprochenen zweiten Satzes beſteht darin, daß gegen das nicht-brevetirte Drucken, von wem es auch ausgehe, geſetzlich keine Strafe, noch ſonſt eine Zwangsmaßregel ausgeſprochen iſt.

Das Decret vom 5. Februar 1810 verweiſt im Art. 10, hinſichtlich der durch die Druckwerke verübten Verbrechen und Vergehen auf das peinliche Geſetzbuch, und enthält im Art. 41 ſieben einzelne Fälle, in welchen die Confiscation und Geldſtrafe dictirt werden können.

Allein weder in der einen noch in der andern Stelle iſt von dem Drucken ohne Brevet im entfernteſten Sprache, und ſo gewiß als die Nichtbefolgung der Cenſur nach dem conſtitutionellen Edict **) mit einer Strafe nicht belegt werden kann, eben ſo gewiß

*) In Betracht, daß die Verminderung und die Feſtſetzung der Zahl der Buchdrucker nothwendigerweiſe Preſſen, Guß, Lettern oder andere Geräthſchaften der Buchdruckerei im Beſitze von mehreren nicht brevetirten Perſonen laſſen werden.

**) Und jetzt auch nach der Entſcheidung des Appelhofes in Zweibrücken. (Die Speierer Zeitung gegen die Staatsbehörde.)

entgeht auch die Nichtbefolgung der Vorſchrift eines Brevet nach dem Decret vom 5. Februar 1810 jeder Ahndung, jedem Zwang.

Käme es darauf an, die Motive dieſer ſeltſamen Lücke in dem kaiſerlichen Erſtarrungsſyſtem nachzuweiſen, ſo möchten ſie vielleicht mit den oben beim erſten Rechtfertigungsgrund ſchon angedeuteten viele Aehnlichkeit haben, und die Decrete vom 18. November 1810 und 2. Februar 1811 bieten hiefür einige Gewähr. Was alles noch geſchehen wäre, iſt aus dem bereits Vorhandenen zu ermeſſen, und eine plangemäße Vollziehung und Erweiterung der primitiven und Haupt-Decrete, eine umfaſſende Veräußerung der überflüſſigen Preſſen, und ein wachſames mit der Gewalt geſchärftes Polizei-Auge auf die Operationen der Druckereien, konnten die Nothwendigkeit einer Straf- oder Zwangsverfügung verſchwinden machen.

Genug aber, eine ſolche iſt, in dem Decret vom 5. Februar 1810, nach welchem ganz allein die Sache zu beurtheilen iſt, nicht vorgeſehen, und es beſteht keine geſetzliche Möglichkeit der Strafe noch Hinderung.

In Frankreich, wo das Rechtsgefühl mehr in die Sitten, ſelbſt der Gewalthaber, welche ſich im Uebrigen allenthalben gleichen, übergegangen iſt, oder, um richtiger zu ſprechen, wo die Scheu vor der berechtigten Zurückweiſung willkürlichen Zwanges größer iſt, würde dieſer Punkt im mindeſten nicht beanſtandet werden; deſſen zur Gewähr dient uns die Behandlung der ganz analogen Frage in Betreff der Buchhändler.

Das Geſetz vom 21. — 23. Oktober 1814 hat dem früheren Strafmangel des Decrets vom 5. Februar 1810, ſo weit er die Buchdrucker angeht, abgeholfen, und im Art. 12 und 13 ein reiches Maß von Strafen ausgeleert; aber gegen die Buchhändler, welche ohne Brevet ihr Geſchäft treiben, iſt wiederholt die Strafbeſtimmung unterblieben.

Die Folge war eben ſo einfach als natürlich, — die Handlung mußte der vindicta publica entgehen. Während des Zeitraums von 1814 — 1822 war dies wirklich der Fall, bis eine durch alle Regeln der Hermeneutik verdammte Wiederaufſuchung und Deutung des Art. 4 des Reglement von 1723 dem willfährigen

Caſſationshof, in Widerſpruch mit den Appellhöfen, die Möglichkeit darbot, dem allergnädigſten Gebieter und Herrn ſich ergeben zu zeigen.

Die Strafe jenes Reglements wurde, trotz den dazwiſchen getretenen republikaniſchen Geſetzen und Conſtitutionen, wodurch alle Schranken und Feſſeln der Gewerbs- und Preßfreiheit zerbrochen worden waren, als durch das einfache Verbot des Geſetzes vom 21. — 23. Oktober 1814 wieder aufgelebt, angewendet; — eine unwürdige Rechtsverletzung, welche ſelbſt unter Napoleon nicht gewagt wurde, gegen welche die geſchätzteſten Rechtslehrer und die freien Appellhöfe Frankreichs mit Nachdruck und zuletzt auch mit ſiegreichem Erfolg ſich aufgelehnt haben.

Aber auch dieſer ſchwache Troſt wird unſerer eingeengten Gegnerin entrückt; dieſes herrliche Reglement, welches nicht conceſſionirten Buchdruckereien den Beſitz von Preſſen, Lettern und anderem Druckgeräthe mit exemplariſcher Strafe, mit Confiscation und 3000 Franken Geldſtrafe verpönt, iſt in den vier rheiniſchen Departementen niemals publizirt worden, und ſo können wir der Regierung dieſe letzte Zuflucht nur wie aus weiter Ferne zeigen, um ſie ſogleich und auf immer verſchwinden zu laſſen.

Was hiernach Rechtens ſey, dies iſt jedem Tiro der Rechtsgelahrtheit bekannt, ſo ſehr die Regierung mit verhaltenen Augen auf ein — nicht Hirngeſpinnſt, wir haben W a h r h e i t verſprochen — beliebig geſtecktes Ziel ihrer Launenwillkür losarbeitet.

In dem Conflict zwiſchen einem comminatoriſchen, der Strafnorm ermangelnden Verbote, und dem natürlichen Freiheits- und Rechtsumfang des Menſchen, entſcheidet die unveräußerliche, mitgebrachte Natur des letzteren. Freigeboren, legt er ſein ſchönſtes Attribut nur inſofern ab, als das Wohl der geſammten Staatsgeſellſchaft es erheiſcht. Dieſe Nothwendigkeit muß in der Form von Geſetzen, und alle Geſetze, welche das öffentliche Intereſſe berühren, müſſen, Behuf ihrer Vollziehbarkeit, mit Strafen oder Zwangsmitteln corroborirt ſeyn; wo dieſe Eigenſchaft fehlt, beſteht kein wirkſames Geſetz, kein Verbot, und es tritt mit aller Kraft der ſchon einmal angerufene Grundſatz ein:

W a s n i c h t v e r b o t e n, i ſ t e r l a u b t.

Wenn wir der vorgeſteckten Aufgabe nachgekommen, die erfor=ſerderlichen Beweiſe geliefert ſind, daß weder nach der Verfaſſung, nach dem dort ausgeſprochenen Princip und Begriff der Preßfreiheit, noch nach dem ſpeciellen Inhalt des Edictes, noch nach der Geſetzgebung des Rheinkreiſes dem beabſichtigten Gebrauch eigener Preſſen der beiden Herausgeber Wirth und Siebenpfeiffer *ein* rechtliches Hinderniß entgegenſtehe; ſo laßt uns nun das *von* der Regierung eingeſchlagene Verfahren gegen den Gebrauch von Privatpreſſen beleuchten, ſo laßt uns ſehen, ob ein erlaubter Nebenweg offen gelaſſen iſt, den Genuß geſetzlicher Befugniſſen factiſch zu vereiteln. Dies führt uns

Zur zweiten Frage.

2) Iſt das von der Regierung ergriffene Verfahren, der Form und der Sache nach geſetzlich, oder aber erſcheint daſſelbe als eine willkürliche Gewaltshandlung und Verletzung beſtehender Verfaſſungs= und Geſetzesgarantieen?

Neben den bisher mit Verfaſſung und Geſetz begründeten Rechten und Garantieen des Staatsbürgers, muß der Schritt der Regierung, die erhobene Conteſtation, als ein auffallendes Entgegentreten, ihre Handlung der Beſchlagnahme jetzt ſchon als eine beunruhigende Mißachtung der geſetzlichen Schicklichkeit erſcheinen. Noch hat ſie vielleicht, im Urtheile vieler Profanen, die eben ſo unbedachte als geſchichtlich widerlegte Vermuthung für ſich, daß, was die Gewalt verordne, recht gethan ſey, eine Art von Cultus, der leider in Mark und Blut des Deutſchen allzuſehr eingedrungen und eine der Haupturſachen iſt, warum die Ueberſchreitung der Amtsgewalt der deutſchen Regierungen durchaus nicht zu den ungewöhnlichen, eine energiſche Auflehnung, eine Zurückweiſung ſolcher Eingriffe in die Rechte der Bürger dagegen zu den wunderbarſten Erſcheinungen gehören. Bald wird dieſer Zauber verſchwinden, und mit dem größern Maße von öffentlichem Leben, Einſicht und Erkenntniß in die Rechte des Volkes, wird das

Bewußtſeyn ſeiner Stärke, die Ohnmacht jedes ungeſetzlichen Schrittes hervortreten.

Die Regierung hat das unbeſtreitbare Eigenthum zweier Staatsbürger angetaſtet, in Beſchlag gelegt, und deſſen Genuß vereitelt. Das allgemeine Civilrecht ertheilt dem Eigenthümer allein den ausſchließlichen Genuß und die Verfügung über ſein Vermögen, verbietet ſomit deſſen Beeinträchtigung jedem Dritten.

Allerdings können die Gegenſtände des Verkehrs in Folge gerichtlicher und notariſcher Vollziehungsurkunden, im Falle von Zahlungsſäumniß der Schuldner, in Beſchlag gelegt werden; allerdings kann das Vermögen des Steuerpflichtigen, welcher nicht zahlt, gepfändet; allerdings kann der Staatsangehörige angehalten werden, ſein Eigenthum zum höhern Staats-Zweck und Vortheil abzutreten: aber in allen dieſen Fällen hat das Geſetz und die Verfaſſung die unüberſchreitbaren Grenzen feſtgeſtellt, und die Vorbedingungen regulirt. Von allem dem iſt anerkanntermaßen heute nicht die Rede.

Die beſondern Vorſchriften über die Freiheit der Preſſe, die Verfügungen gegen deren Mißbrauch, auf welche die Verfaſſung ausdrücklich verweiſt, das Edict III. laſſen auch nicht eine Spur von Berechtigung zu Einſchreitungen, wie die Regierung ſie gewagt, erblicken.

Wann und in welchen Fällen hat die Polizeigewalt zur Beſchlagnahme gegen die Preſſe zu ſchreiten? —

Die Antwort iſt in den §§. 4 — 11 des Edicts zu finden. Im Allgemeinen und als Regel, iſt auf dem gewöhnlichen Wege gerichtlich zu verfahren und die Beſtrafung der durch Druckwerke verübten Vergehen zu bewirken §. 4 — 6.

Da, wo jene Geſetzesübertretungen den Monarchen, den Staat u. ſ. w., das öffentliche Staatsintereſſe insbeſondere berühren, ſoll die Polizei hemmend gegen die Verbreitung ſolcher Schriften und Darſtellungen verfahren, d. h. den Beſchlag, und zwar in dieſem ſo wie in dem weitern Falle, wo abweſende Staatsdiener durch Preßproducte angegriffen werden, von Amtswegen, da, wo Privatperſonen verletzt ſind aber auf Anrufen der Betheiligten, anlegen. §. 7 — 11.

Außer dieſen Fällen iſt der Beſchlag nicht geſtattet, und überall erſtreckt er ſich nur auf bereits vollſtändig gewordene Ergebniſſe der Preſſe, nicht auf dieſe letzte ſelbſt, als das bloße Inſtrument. —

Auch das Decret vom 5. Februar 1810 kennt ein ſolches Verfahren, eine ſolche anticipirte Strafe und Execution nicht. Man vergleiche den ſchon öfter angerufenen Art. 41, den einzigen, welcher von der Confiscation ſpricht, die Art. 45 und 46, welche von der Art der Conſtatirung der in der vorhergehenden Section näher bezeichneten „délits en matière de librairie“ handeln, ſo wie den ganzen übrigen Inhalt des Decrets, und es wird ſich keine Andeutung von Zuläſſigkeit des hier gerügten Verfahrens und Zugriffs nachweiſen laſſen.

Die Strafgeſetzgebung nimmt die Preſſe und das Eigenthum des Bürgers unter ihren beſondern Schutz, erklärt den unberechtigten Angriff auf das letztere als Diebſtahl, die ungeſetzliche Vernichtung der Freiheit des erſtern als ſchweres Verbrechen; ſie gewährt in dem domicile einem jeden Staatsangehörigen ein Aſyl, über deſſen Schwelle der Behörde nur in den ausdrücklich geſtatteten Fällen einzugehen erlaubt iſt.

Die Regierung behauptet nicht, daß ſie in einer dieſer ſtrafrechtlichen Unterſtellungen ſich befinde.

Die Verfaſſung garantirt, als Grundpfeiler des Staatsverbandes im Tit. 4. §. 8. jedem Einwohner Sicherheit ſeiner Perſon, ſeines Eigenthums und ſeiner Rechte.

Niemand darf verfolgt oder verhaftet werden als in den durch die Geſetze beſtimmten Fällen und in der geſetzlichen Form.

Wenn aber Verfaſſung wie Geſetz die Handlung der Regierung als ein vermeſſenes Attentat auf die Grundſtützen der geſellſchaftlichen Ordnung qualificiren, ſo muß der beklommenen Bruſt die Frage entſteigen: Sollte es möglich ſeyn, daß in einem conſtitutionellen Staate die Regierungsgewalt zum Maßſtab ihrer Handlungen andere als geſetzliche Normen, andere als verfaſſungsmäßige Wege befolgen könne?

Die Regierung, welche uns nicht nachweiſen kann, welche geſetzliche Vorſchrift ihre Schritte rechtfertigt, möge die hier geſtellte Frage durch den Inhalt ihrer organiſchen Inſtructionen beantworten.

Folgende ſind die ihr, nach der Verordnung vom 17. December 1825 über die Formation, den Wirkungskreis und den Geſchäftsgang der oberſten Verwaltungsſtellen in den Kreiſen, obliegenden allgemeinen Pflichten.

§. 13. Denſelben (Kreisregierungen) liegt vor allem die genaue Befolgung der Verfaſſung ob, und die Sorge, daß derſelben innerhalb der Grenzen ihrer Bezirke überall nachgekommen werde.

§. 14. Die Kreisregierungen dürfen nichts verfügen, was einem ausdrücklichen Geſetze entgegenſtünde; ſie haben ſich vielmehr, bei Ausübung ihrer Befugniſſe, genau an die beſtehenden Geſetze, Verordnungen und Reglements zu halten, und Sorge zu tragen, daß denſelben von allen Untergebenen nachgelebt werde.

In Betreff des beſondern Wirkungskreiſes der Kammer des Innern heißt im §. 68, unter dem Abſchnitte Landespolizei: daß ihr obliege:

Wachſamkeit gegen die Mißbräuche der Preßfreiheit, Cenſur der politiſchen Zeitungen und periodiſchen Schriften politiſchen oder ſtatiſtiſchen Inhaltes, die Aufſicht auf den Buchhandel und die Buchdruckereien, auf die Antiquarien und Leihbibliotheken und Leſeinſtitute, auf die lithographiſchen Anſtalten, Kupferſtich-Bilder- und Kartenhändler, unter genauer Beobachtung der Vorſchriften der III. Beilage zur Verfaſſungsurkunde und der darin bezeichneten Competenzverhältniſſe. —

Dieſer allegirte beſondere Inhalt der III. Beilage iſt ſomit der genau zu beachtende Umfang, in deſſen Bereich allein die Thätigkeit der Regierung ſich zu bewegen hat. Unſere Leſer kennen bereits die daraus ſich ergebende Qualification der Regierungshandlung.

Bisher haben wir feſtgeſtellt, was dem Verfahren der Regierung zur Grundlage nicht dient: Verfaſſung und Geſetz —;

wir haben bethätigt, was der Gegenſtand ihrer Handlungen nicht ſeyn kann: Handhabung der ſtaatsbürgerlichen Befugniſſe und Rechte, Uebung der Gerechtigkeit!

Was bleibt noch übrig? was denn iſt Zweck des *angelegten* Beſchlags?

Die Regierung hat uns die Löſung dieſes Problems auf *zweifache* Weiſe erblicken laſſen.

Negativ dadurch, daß ſie, trotz der gegen Siebenpfeiffer erlaſſenen Erklärung und Anorduung, nach Art. 45 und 46 des Decrets von 1810 einzuſchreiten, welche das Erkenntniß über die dort vorgeſehene Beſchlagnahme ausſchließlich den ordentlichen Gerichten devolviren, (Art. 10, 43, 47.), — nicht nur ein gerichtliches Verfahren nicht eingeleitet, ſondern in Gefolge der von Siebenpfeiffer ſelbſt vor dem Beſchlage eingeleiteten Klage, die Competenz der Gerichtsſtellen ſogar declinirt hat — während keine andere Entſcheidungsbehörde beſteht.

Affirmativ dadurch, daß der Befehl des *Landcommiſſariats* Homburg zur Siegelanlegung gegen Wirth unverholen und *naïv* ausſpricht:

> „daß die Preſſe durch Anlegung der Siegel dergeſtalt mit Beſchlag belegt werden ſolle, daß kein Gebrauch davon gemacht werden könne"

Und wirklich iſt auch der Beſchlagnahme keine weitere gerichtliche Folge von Seiten der Regierung gegeben worden! —

Alſo materielle Gewalt ſtatt Urtheil, Zwang ſtatt Geſetz, Verletzung und Verunglimpfung aller Formen und Vorſchriften der Verfaſſung und *garantirter* Inſtitutionen iſt das Endziel, und die Beſchlagnahme, welche in alle Zeiten fortbeſtehen mag, iſt das auserleſene Vehikel?

Die vollſtändige Characteriſtik dieſes Verfahrens iſt durch den Gegenſatz einer eminenten Höhe gegeben. Selbſt Peyronnet, — ein Name, welcher Klang hat, wenn es ſich von impudenter Geſetzes- und Verfaſſungs-Umſtoßung handelt, — ſelbſt Peyronnet, dem Groß-Richter und Siegelbewahrer Carl's X. war es leichter geworden, ein in politiſcher Servilität verſunkenes höchſtes Richtercollegium

zum Ausſpruch einer längſt abgeſchafften Strafe zu vermögen, als der Idee eines eigenmächtigen Eigenthums-Angriffes Raum zu geben, welchen die bayeriſche Regierung ohne Scheu unternimmt. Die ganze Dauer des älteren Bourbonenreichs liefert kein Beiſpiel, daß man dem Mangel einer geſetzlichen Strafverfügung durch ſolchen Gewaltſtreich nachgeholfen habe.

Doch wir irren: Eins beſteht, — die Juliordonnanzen. Aux amateurs!

Ihr beklagt Euch über die Härte des Urtheils? — Wollet beachten, daß wir mit dem Geſetz in der Hand raiſonniren!

Ihr beklagt Euch über nachtheiligen Anſpruch, welchen die öffentliche Meinung über Euch fällen kann, über ihren Vorwurf, daß Ihr die Geſetze nicht kennt, oder nicht kennen wollt, außer da, wo ſie Euch und Euern Zwecken entſprechen? — Wollet bedenken, daß das Volk nur einen Schluß ziehen wird, zu welchem Eure Handlungen die Vorderſätze liefern!

Ihr beklagt Euch über Unrecht, was Euch geſchehe? — Beweiſet nur, daß die Miniſter, Gerichte und Behörden Carl's X., in Geſetzeskenntniß und Anwendung, unkundige Stümper neben Euch ſind und der bittere Tadel wird ſich in preiſende Anerkennung verwandeln.

Die Unzufriedenheit der Regierung iſt übrigens kein Geſichtspunkt, welcher hier in Betracht kommen kann; möge ſie immerhin die Ausflüſſe ungeſetzlicher Maßregeln, welche den Bürger drücken, für ihren Antheil hinnehmen; ſie trägt nur den geringern Nachtheil. Hochwichtig aber iſt die andere Frage: ob dem Staatsbürger gegen ſolche Anmaßungen kein Schutz verliehen, ob er jedem Mißbrauch der Gewalt preisgegeben ſey? —

Sobald einmal die abſolute Verfaſſungswidrigkeit und Ungeſetzlichkeit einer Handlung ſo grell, als hier geſchehen, dargethan iſt, bietet dieſe Frage keine Schwierigkeit mehr.

Geſetz heißt die Allmacht im Staate, das Schild, unter welchem jede Behörde ſicher iſt, unter welchem aber auch der Bürger ſeinen Schutz erblickt.

Dem Geſetze, nicht der Willkür, dem geſetzlichen Zwang, dem

Befehle in geſetzlicher Form, nicht der geſetzwidrigen, unförmlichen Anmaßung muß der Staatsangehörige Folge leiſten.

Die Vermeſſenheit eines Privaten, welcher, ohne Qualität und Form, das Vermögen ſeines Mitbürgers ergreifen, in Beſchlag nehmen wollte, würde abgetrieben werden dürfen, ohne *allen* Anſtand. Worin liegt aber der Unterſchied zwiſchen dieſem und *jenem* andern Falle, wo eine Behörde in durchaus verſchiedenen als den vom Geſetze ſpeciell erlaubten Fällen eine Beſchlagnahme vornimmt?

Der Grund, warum einer Zwangsmaßregel gehorcht werden muß, liegt nicht blos darin, daß ſie von dieſer oder jener Behörde herrühre, ſondern darin, daß ſie dem Geſetz und dem vorgeſchriebenen Verfahren conform ſey; ſonſt bedürfte es keiner Geſetze, ſondern der abſolute Wille einer Kabinetsordre, oder die übeln Dispoſitionen einer Provinzregierung, oder die kleinlich-tyranniſchen Eingebungen einer Polizeibehörde würden als ſupreme Dictatur gelten, welcher der Staatsbürger wehrlos hingegeben wäre.

Ein ſolches Syſtem trägt ſein Verdammungsurtheil in dem Begriffe. Was die Regierung bei Vornahme von Zwangsmaßregeln gegen den Widerſtand des Volkes ſicher ſtellt, das Geſetz und deſſen Befolgung, verleiht dem letzteren gleichen Schutz wider die Uebergriffe der Gewalt. Das Volk braucht nicht mehr zu dulden, als die Regierung vorzunehmen geſetzlich beauftragt iſt, und ſo wenig das Volk ungeſetzliche, nicht ſtändiſch bewilligte Steuern zu zahlen bräuchte, eben ſo gewiß iſt es nicht verbunden, einem ſonſtigen geſetzwidrigen Zugriffe auf ſein Vermögen Folge zu leiſten. Mit dem letzten Buchſtaben des beengenden poſitiven Geſetzes fängt das Recht der Natur an und vindicirt ſeine Souveränetät.

Richterliche Reparation iſt überall nicht das erſchöpfende Hülfsmittel, oft unmöglich, meiſt unzureichend gegen die Willkür; hierin gerade liegt der verderbliche Character dieſer letztern. Die arbiträre Gewalt dagegen, in ihrem Effect auf des Augenblickes Wichtigkeit berechnet, erreicht durch factiſches Durchführen das vorgeſteckte Ziel.

Welchen Sinn hätte dann noch die verfaſſungsmäßig gewährte Sicherheit der Perſon, des Eigenthums und der Rechte

der Staatsbürger, welche Bedeutung die Garantie, daß Niemand verfolgt oder verhaftet werden dürfe, als in den durch die Geſetze beſtimmten Fällen und in der geſetzlichen Form? —

Dürfen diejenigen, deren heiligſte Aufgabe iſt, die Verfaſſung und das Geſetz gewiſſenhaft zu befolgen, davon abweichen, — wie ſollte das Volk länger daran gebunden ſeyn? —

Findet aber die Regierung unbequem, die Conſtitution zu beachten, ſo möge ſie in offener Geſtalt hervortreten; zur brutalen Gewalt iſt von dem Geſchehenen ohnehin nur ein kleiner Schritt mehr. Das Volk wird ſeine Rechte erkennen, und ſie zu wahren wiſſen.

In allen Fällen, wo es ſich um die perſönliche Freiheit, um die Sicherheit des Eigenthums und die Heiligkeit der Wohnung handelt, iſt es nicht nur des Bürgers erſtes Recht, es iſt ſeine höchſte Pflicht, die Unantaſtbarkeit dieſer Garantieen zu erhalten, Eingriffe, Verletzungen derſelben nicht zu dulden, ſondern zurückzuweiſen.

In dieſem Falle waren die beiden Herausgeber der Journale, Tribüne und Weſtbote.

Zur dritten Frage.

3) Welche Rechte und Klagen entſpringen den Herausgebern der Tribüne und des Weſtboten aus der Handlungsweiſe der Regierung?

Nach den Grundſätzen des Civilrechts iſt jeder für den Schaden, welchen er durch ſein Factum verübt, tenent (art. 1382 Code civil) und eine Ausnahme zu Gunſten der Regierung beſteht hiervon nicht.

Die beſondere Klage, welche den Verletzten — abgeſehen von der Zuerkennung ihrer conſtitutionellen Rechte und der Beſchwerde wegen Verfaſſungsverletzung — zuſtehet, iſt daher eine Klage auf Erſatz der ihnen durch die ungeſetzliche Hemmung des beabſichtigten Druckes ihrer Journale erwachſenen Schadens.

Zur vierten Frage.

4) Welche iſt die zur Entſcheidung vorſtehender Fragen competente Behörde?

In dem Streite zwiſchen den Herausgebern der Tribüne und des Weſtboten, und der Regierung, — welches iſt der Gegenſtand der Entſcheidung, welcher Natur ſind die von den Journaliſten in Anſpruch genommenen Rechte, — worin beſteht die Conteſtation der Regierung? —

Die Tribüne und der Weſtbote behaupten, ihre Blätter und Schriften mittelſt eigener Preſſen drucken zu dürfen, weil Preßfreiheit und die Befugniß, Journale und Schriften herauszugeben, beſtehe, mithin als nothwendiger Ausfluß dieſes Begriffes, als Ausübungsmittel deſſelben das Recht gegeben ſeyn müſſe, die Geiſtesproducte mittelſt Druck zur Oeffentlichkeit zu befördern.

Die Regierung erkennt den Grundſatz, und beſtreitet die Folgen und Anwendung.

Es iſt ſomit über einen Rechtsbegriff über deſſen Ausdehnung und Folgen zu erkennen.

Die beiden Journaliſten ſind im Beſitze und Genuſſe ihres Eigenthums dadurch geſtört, daß, als ſie daſſelbe mittelſt Gebrauch ihrer Preſſen üben wollten, die Regierung ihnen entgegentrat, mit der Aufſtellung: Ihr dürft Euch dieſes Eures Eigenthums nicht bedienen; das Edict III geſtattet Euch nicht, eigene Preſſen zu benutzen; das Decret vom 5. Februar 1810 verbietet es, denn es verlangt zur Errichtung einer Buchdruckerei ein Brevet; dieſes Decret iſt durch das Edict III. beibehalten und auf Euch anwendbar: alſo! —

Die Journaliſten erwiedern: der Beſitz und Genuß unſeres Eigenthums iſt durch kein Geſetz beſchränkt und unterſagt, er iſt uns vielmehr ausdrücklich und ſtillſchweigend zuerkannt, wie dies aus der Verfaſſung und aus dem Edict erhellt; das Decret vom 5. Februar 1810 aber iſt

a) durch die Verfaſſung und das Edict abgeſchafft,

b) das Gebot eines Brevet könnte nur auf Buchdrucker von Gewerbe, nicht auf Verfaſſer anwendbar ſeyn;

c) jedenfalls beſteht keine Strafverfügung — ſomit kein gültiges Verbot.

Es iſt ſomit über die Ausübung eines Eigenthums — einer Gewerbsfreiheit — eines Privatrechts der Staatsbürger, über die Frage des Beſtehens oder der Abſchaffung, über den Sinn und die Anwendbarkeit eines poſitiven Geſetzes, über Gewerbsfreiheit, über die Wirkung eines angeblichen comminatoriſchen Verbotes zu entſcheiden.

Mit einem Worte, darüber: Müſſen die beiden Journaliſten brevetirt ſeyn, oder nicht?

Wer anders, als der ordentliche Richter kann hierüber zu entſcheiden haben, — er, der über alle Streitfragen zu erkennen hat, welche ihm nicht beſonders entzogen ſind?

Dieſer Satz enthält die unverrückt zu befolgende Regel in allen Zweifelfällen.

Längſt ehe Regierungen, Adminiſtrativſtellen und Regeln, längſt ehe ein eigentliches Staatsverband exiſtirte, beſtund der Menſch, mit ſeinen Bedürfniſſen, mit ſeinem Begehren, mit ſeinem factiſchen Ergreifen, Beſitz und Eigenthum; es entſtund das Mein und Dein der hierüber mögliche Zwieſpalt, und die Nothwendigkeit ſeiner Löſung. Erſt war es die rohe Gewalt, ſodann waren es Schiedsrichter, welche die Streitigkeiten ſchlichteten. Dies die Baſis aller richterlichen Attribution, welche nach ihrem hiſtoriſchen Entſtehen jedem andern Organismus vorhergehend, in ihren Grenzen Alles umfaßt und behält, worüber nicht ſpäter und durch ſpecielle Geſetze anders verfügt worden iſt.

Wenn über die vorſtehenden Fragen zwiſchen zwei Staatsangehörigen Streit entſtünde, welche wäre die competente Entſcheidungsſtelle? Sicherlich keine andere, als der gewöhnliche Richter! Daß aber die Regierung die Gegnerin ſey, kann nicht die mindeſte Aenderung hervorbringen; denn auch die Gewalt als ſolche, der ſie vertretende Fiscus, hat in allen Privatſtreitigkeiten, dem Ausſpruch des Richters ſich zu unterwerfen.

Verfaſſungsurkunde Tit. 8, §. 5. **Der Fiscus wird in allen ſtreitigen Privat-Rechts-Verhältniſſen bei den königlichen Gerichtshöfen Recht nehmen.**

Und damit das Recht des Staatsbürgers auf ſeine ordentlichen, unabhängigen Richter ihm geſichert bleibe, hat die Verfaſſung daſſelbe unter ihren beſondern Schutz genommen.

Niemand darf ſeinem ordentlichen Richter entzogen werden. — Dies ſind die Worte des Titel IV, §. 8 ibidem.

So allgemein geſtellt, iſt der Competenz-Grundſatz einer Widerlegung, und ſelbſt einer weitern Rechtfertigung nicht empfänglich; er beſteht durch die Natur der Sache, durch den Begriff und Zweck des Richteramtes, er beruht auf der Idee des Rechts und der Rechtsſprechung.

Sehen wir, ob die Geſetze der Materie ſelbſt hierin irgend eine Aenderung hervorgebracht, den garantievollen Schutz der ordentlichen Gerichte dem Staatsbürger bei der conſtituirten Frage ſeines höchſten Rechts ihm entzogen haben?

Alles, was der Regierung hier im günſtigſten Falle zugegeben werden könnte, wäre, daß das Edict von dem ſpeciellen Gegenſtande und der Art ſeiner Aburtheilung gar nicht ſpreche! — Dies aber würde nach der Grundregel vollkommen hinreichen, um die Competenz der Gerichte beizubehalten. Indeſſen iſt das Edict ausdrücklicher, als die Regierung ſcheint anerkennen zu wollen.

Als Ausfluß des Fundamentalſatzes der richterlichen Competenz iſt die Aburtheilung aller Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen lediglich dem Gerichte anheimgegeben. §. 4. 6. Dies die Regel.

Als Ausnahme hiervon iſt in dem einzigen Punkte der Beſchlagnahme ſolcher Schriften, Gemälden und ſinnlichen Darſtellungen, welche den Monarchen, den Staat und die Verfaſſung, oder die im Königreich beſtehenden Kirchen und religiöſen Geſellſchaften betreffen, oder der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufmunterung zum Aufruhr, oder der Sittlichkeit durch Reiz und Verführung zu Wolluſt und Laſter gefährlich ſind, das Erkenntniß der

obern Polizei (Kreis-Regierung, Kammer des Innern) und nach ihr dem Miniſterium des Innern und dem Staatsrathe vorbehalten. §. 7, 8 und 9. Verordnung vom 18. November 1825, Tit. II, §. 7 Nro. 18.

In dieſer Ausnahme figurirt unſer Fall nicht; alſo bleibt es bei der Regel: oder kennt die Regierung ein Drittes? —

Das Decret vom 5. Februar 1810 — vorausgeſetzt, daß dasſelbe wirklich in Anwendung komme, worüber doch wohl unbeſtreitbar nur die Gerichte zu erkennen haben — handelt von den verſchiedenartigſten Erkenntniſſen und Entſcheidungen der, durch ſeinen Inhalt möglich werdenden Anſtände. Nur die einzige Ausübung der Cenſur und Prüfung der Druckwerke, die hiergegen erhobenen Reclamationen bleiben der obern Polizeibehörde zur Erledigung überlaſſen. Alle andere Fragen aber, die irgendwie entſtehen können, namentlich über Geſetzesübertretungen, über angelegten Beſchlag und auszuſprechende Confiscation, ſind dem ordentlichen Richter unterſtellt.

Wir erlauben uns, der Regierung die Frage zu addreſſiren: Wer war, nach den Vorſchriften dieſes Decrets, die zur Entſcheidung berufene Behörde: ob Jemand, oder nicht, ob der Verfaſſer, oder nicht, unter dem Gebot eines Brevet ſtehe, ob der Nichtbeſitzer eines Brevet, ob die nicht conceſſionirte Ausübung einer Buchdruckerei oder des Buchhandels eine Zwangsmaßregel rechtfertige, mit irgend einem Strafgeſetze verpönt ſey?

Schon einmal haben wir das Beiſpiel von Peyronnet angerufen. Auch hier möge er unſer Fürſprecher, und zwar gegen eine Regierung ſeyn.

Die Gerichte waren es ſtets und immer, welche von ihm zur Erledigung der Frage ungegangen wurden, ob der Buchhändler ohne Brevet ungehindert ſein Gewerb treiben könne, oder ob irgend ein Coercitionsmittel gegen ihn beſtehe; ein Fall, welcher weit weniger günſtig war, als der unſrige, denn dort war das Beſtehen des Verbotes an ſich, und ſeine Anwendbarkeit auf Buchhändler unbezweifelt, während dies alles hier noch in Frage ſteht.

Ueberhaupt, ſelbſt abgeſehen von der an ſich, ganz independent beſtehenden Lebensfrage: ob die Herausgeber der Tribüne und des

Weſtboten zum eigenen Druck ein Brevet haben müſſen, oder nicht? und von der factiſchen Maßregel der Regierung insbeſondere ſprechend: Was ſoll aus der Beſchlagnahme werden? Da nicht zu erwarten ſteht, daß der Regierung öffentlich zugegeben werde, daß nichts darauf erfolgen, ſondern daß ſie factiſch fortbeſtehen ſolle, ſo iſt die rechtliche Antwort dieſe: ſie muß erledigt, ſie muß gültig erklärt oder aufgehoben werden.

Nun wohlan, zeigt uns irgend ein Geſetz, welches der allgemeinen Regel derogirend, dieſe ſpecielle Hinwegnahme des Eigenthums der Staatsbürger nicht den Gerichten zur Aburtheilung beläßt, ſondern den Adminiſtrativſtellen zuweiſt!

Es beſtehen mehrerlei Vorſchriften über polizeiliche und adminiſtrative Beſchlagnahme, ſo wie über ſinguläre Competenz; ſpricht eine einzige von unſerem Falle? und da nicht, welche Entſcheidungsbehörde bleibt dann noch übrig?

Aber — Ihr, die Ihr die Geſetze ſo genau kennt, die Ihr gegen die Unterſtellung einer Inconſequenz, unüberlegter Verunglimpfung ſtaatsbürgerlicher Rechte ſo höchlich Euch verwahrt wiſſen wollt, erklärt uns doch, wie Ihr aus folgendem Labyrinth herauszukommen gedenkt!

Auf welches geſetzliche Fundament hin habt Ihr Eure Conteſtation erhoben und den Beſchlag angelegt?

Das Eingangs dieſer Schrift in extenso abgedruckte Reſcript ſagt es klar und deutlich: auf die Nichtberechtigung des Edicts, auf die Vorſchrift des Decrets vom 5. Februar 1810, namentlich auf die Art. 45 und 46, deren, ſo wie überhaupt des im Decret vorgeſchriebenen Verfahrens, Befolgung dem delegirten Bürgermeiſter aufgetragen ward.

Und was verordnen jene Geſetzesſtellen?

Daß der ordentliche Richter, vor welchen durch die amtspflichtige Thätigkeit der Polizeibehörde alsbald die Sache gebracht werden muß, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Beſchlags erkennen ſoll.

Art. 45.

Les délits et contraventions sont constatés par les inspecteurs de l'imprimerie et de la librairie, les officiers de police, et en ou-

tre par les préposés aux douanes pour les livres venant de l'étranger. Chacun dressera procès-verbal de la nature du délit et contravention, des circonstances et dépendances, et le remettra au préfet de son arrondissement, pour être addressé au directeur général.

Art. 46.

Les objets saisis sont déposés provisoirement au secrétariat de la mairie, ou au commissariat général de la souspréfecture, ou de la préfecture la plus voisine du lieu, où le délit ou la contravention sont constatés, sauf l'envoi ultérieur à qui de droit.

Art. 47.

Nos procureurs généraux ou impériaux seront tenus de poursuivre d'office, dans tous les cas prévus à la section précédente *sur la simple remise, qui leur sera faite, d'une copie des procés-verbaux dûment affirmés* *).

Und was behauptet die Regierung? — Sie umgeht, ja ſie declinirt die Competenz der ordentlichen Gerichte, — die, nach Art. 45 und 46 des Decrets in Beſchlag neh-

*) Art. 45. Die Vergehen und Uebertretungen werden durch die Inſpectoren der Buchdruckerei und des Buchhandels, durch die Polizeibeamten, und außerdem, in Betreff der aus dem Auslande kommenden Bücher, durch die Douanenvorgeſetzten conſtatirt. Jeder von ihnen errichtet einen Verbalprozeß über die Natur des Vergehens und der Uebertretung, die beſonderen Verhältniſſe und Umſtände, und ſtellt denſelben dem Präfecten ſeines Bezirks zu, damit dieſer ihn dem Generaldirector übermache.

Art. 46. Die in Beſchlag gelegten Gegenſtände werden proviſoriſch auf die Kanzlei der Mairie, oder auf das General-Commiſſariat der bei dem Orte des conſtatirten Vergehens oder Uebertretens zunächſt gelegenen Unterpräfectur oder Präfectur hinterlegt, vorbehaltlich der weitern Verſendung, an wen Rechtens.

Art. 47. In allen den in der vorhergehenden Section vorgeſehenen Fällen, ſind unſere Generalprocuratoren und Staatsprocuratoren, auf die ihnen zu machende einfache Ueberreichung eines gehörig beglaubigten Verbalprozeſſes, verpflichtet, von Amtswegen zu verfolgen.

mende Generaldirection, die Klägerin declinirt die richterliche Zuſtändigkeit!

Und was ſagt die geſunde Vernunft, was ſagt das Rechtsgefühl zu ſolchem Verfahren?!

Wie wir, Eingeweihte und Laein, mit der Beleuchtung einer an ſich ſo klaren Sache, beläſtigen können, wird nur dann begreiflich, wenn wir anzeigen, daß die Regierung, auf die Klage des Weſtboten, nicht nur die Competenz des Frankenthaler Gerichts in Abrede geſtellt, ſondern ein obſiegliches Urtheil wirklich erhalten hat.

Die Gründe dieſes ſeltſamen Erkenntniſſes ſind folgende:

1) eines Theils ſey es keinem Zweifel unterworfen, (?), daß über Ertheilen oder Verweigern eines Brevet, über Erlaubniß oder Verſagung einer Druckerei, über Ort und Zahl der Preſſen, nur die Adminiſtrativbehörde zu entſcheiden habe; denn das Decret vom 5. Februar 1810 und jenes vom 13. November deſſelben Jahres ſeyen durch das Edict III, welches von berechtigten Buchdruckern ſpreche, beibehalten worden

2) Anderntheils lägen bereits Acte der Adminiſtrativbehörde vor, indem dieſe die Verweigerung des Druckes mit eigener Preſſe, die Beſchlagnahme u. ſ. w. beſchloſſen, ſomit könnte das Gericht ohne Verletzung der Geſetze vom 24. Auguſt 1790 Tit. II. Art. 13 und vom 16. Fructidor III, *) welche den Gerichten verbieten,

---

*) Geſetz vom 24. Auguſt 1790. Tit. II. Art. 13. Les fonctions judiciaires sont distinctes et demeureont toujours séparées des fonctions administratives. Les juges ne pourront à peine de forfaiture, troubler, de quelque manière que ce soit, les opérations des corps administratives, ni citer devant eux les administrateurs pour raison de leurs fonctions.

Die richterlichen Functionen ſind geſchieden und bleiben immer getrennt von den Verwaltungsfunctionen. Den Richtern iſt verboten, bei Strafe der Amtsüberſchreitung, die Operationen der Verwaltungsbehörden, auf welche Weiſe es ſey, zu ſtören, oder die Verwaltungsbeamten in Betreff ihrer Functionen vor Gericht zu laden.

Decret vom 16. Fructidor 3. . . . . Défenses iteratives sont faites aux tribunaux de connaître des actes d'administration de quelque espèce quils soient, aux peines de droit.

Den Gerichten wird wiederholt bei Vermeidung der geſetzlichen Stra-

in die Operationen der Verwaltungsſtellen ſich einzumiſchen und über deren Acte zu urtheilen, in gegenwärtiger Sache nicht erkennen.

Und aus dieſen Gründen erklärt das Gericht ſich incompetent, über die Klage zu entſcheiden. Wunderbares Gemiſch von allen Elementen, welche einen viciöſen Schluß zu bilden geeignet ſind.

Wir ſehen hier ein Erkenntniß, welches über die Hauptfrage förmlich verhandelt und entſcheidet, hintenher aber ſich für incompetent erklärt; — welches ſich für berufen erachtet, das in Anſpruch genommene Recht des Klägers abzuſprechen, aber ſich nicht für berufen hält, es ihm zuzuſprechen; — ein Urtheil, welches aus Gründen der Hauptſache verweigert, in die Hauptſache einzugehen! Daß dem ſo ſey, beweiſt ein flüchtiger Blick auf die erwähnten Entſcheidungsgründe.

Ob der Auctor zum Drucken einer Conceſſion bedürfe, ob das Edict dies begehre, ob das Decret von 1810 noch beſtehe, ob daſſelbe auf die Journaliſten und Autoren anwendbar ſey, ob die Nichtbefolgung des Brevetgebotes irgend einen Nachtheil nach ſich ziehe? dies gerade iſt ja die erſte und Lebensfrage, über welche unbedingt der Richter allein zu erkennen hat, was das Gericht zu Frankenthal auch dadurch förmlich anerkannte, daß es dieſe Frage unterſuchte, darüber entſchied, und zwar dieſelbe verneinte.

Allerdings, wenn dieſe erſte Frage, nicht mittelſt einer petitio principii, ſondern nach regelrechtem Raiſonnement, erſt einmal feſtſtände; wenn erwieſen wäre, daß das Decret von 1810 in dem Regierungs-Sinn zur Anwendung kommen müſſe, daß die Möglichkeit und Platzgreiflichkeit ſeiner Anwendung vorläge, und dadurch das ganze conſtitutionelle Princip der Preßfreiheit zerſtört ſey: dann wäre die Beſtreitung der adminiſtrativen Competenz im Verweigern und Vergönnen des Brevet ein unnützes Beginnen, womit uns zu befaſſen uns auf keine Weiſe gelüſtet, noch obliegt.

Da aber, wie wir zur erſten Frage genügend begründet haben, das Gegentheil Rechtens iſt, ſo dürfen wir das Urtheil von

---

ſen unterſagt, über Verwaltungsacte, von welcher Art ſie auch ſeyn mögen, zu erkennen.

Frankenthal in ſeinem erſten Theile, argumento (sit venia verbo) a contrario, als einen neuen Beleg unſeres Competenzſatzes anführen.

Der zweite und beſondere Grundſatz jenes Urtheils zerfällt hiernach wegen Abgang ſeiner Baſis von ſich ſelbſt. Uebrigens, betrachten wir des Näheren jenen ſo häufig mißbrauchten, ſo häufig mißverſtandenen Grundſatz der Trennung der beiden Gewalten.

a) Reicht es nach demſelben hin, daß irgend ein Act, eine Entſchließung der Adminiſtrativbehörde vorliege, damit der ordentliche Richter nicht mehr erkennen könne? Wenn eine Regierung — Exempla sunt odiosa — factiſches Intereſſe hätte, die Ausübung eines Rechtes, — wovon ſie auf gerichtlichem, wiewohl einzig competentem Wege, das Verbot zu erhalten, verzweifeln müßte, — zu hemmen, zu ſiſtiren, und zu dem Ende in der Form einer Verordnung oder Entſchließung ein Interdict ausſpräche; wäre dadurch das Erkenntniß des an ſich berufenen, ordentlichen Gerichtes beſeitigt? Wenn ein Staatsangehöriger ſein Eigenthum auf eine, der Regierung unangenehme Weiſe zu benützen gedächte, könnte das Urtheil über die Frage: ob ſolche Benützung, ob ſolches Recht beſtehe, oder nicht, dem Richter dadurch abgenommen werden, daß es der Regierung gefallen hätte, ſich vorher darüber zu äußern?

Würde die Frage: ob Jemand ſein Haus abreißen oder verändern dürfe, darum weniger zur Attribution des Gerichts ſich eignen, weil die Regierung beſchloſſen, es nicht zu leiden? —

Sicherlich Nein! auf alle dieſe Fragen; ſonſt wäre die ganze Inſtitution des richterlichen Verfahrens von der jedesmaligen Einwilligung der Adminiſtrativbehörde abhängig, und es gäbe keinen denkbaren Fall, wo die Operation des Richters nicht vernichtet werden könnte: dann aber könnte, was dem Richteramte gegen die Verwaltung unterſagt iſt, die Adminiſtration die richterlichen Operationen hemmen, ſtören, ja aufheben.

Das Geſetz beſtimmt die Competenz des Richters, und über die Anwendung des Geſetzes auf den einzelnen Fall hat der angegangene Richter zu entſcheiden, nach Gewiſſen und Ueberzeugung. Glaubt er ſich hiernach berufen, zu urtheilen, ſo iſt er kei-

nem äußern Willen Dritter untergeben; denn, gleich der Garantie, daß Niemand ſeinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, iſt *Unabhängigkeit* des Richters der vorzüglichſte Hebel der Gerechtigkeit! Ein Grundſatz, welcher in ſich allein alle andere Schutzmittel der factiſchen und äußern Gewalt aufwiegt, welcher die Zierde der Magiſtratur, die Wache des Bürgers, den wehrenden Hort gegen Willkür und Deſpotie bildet, ein Grundſatz, welchen die Staatsverfaſſung auf das förmlichſte geheiligt.

Die Gerichte ſind innerhalb ihrer amtlichen Befugniß unabhängig. Verf.-Urk. Tit. VIII §. 1.

und die oberſten Gerichte des Rheinkreiſes in mehreren dem heutigen Gegenſtande analogen Fällen textuell entſchieden haben.

In Gefolge einer famöſen Verordnung vom Jahr 1816, wodurch die Landesadminiſtration dem Fiscus die Eintreibung aller Grundzinſen und Renten erleichtern wollte, war es dem Staate erlaubt, einen Renovator auszuſchicken, um Renten-Gut und Betrag ausfindig zu machen. Hatte dieſer ſein Protocoll gemacht, und war binnen einer kurzen peremtoriſchen Friſt kein Einwand erfolgt oder von dem Renovator brevi manu erledigt, ſo ſollte das Protocoll in Rechtskraft übergehen; die Regierung genehmigte daſſelbe und verordnete die Vollziehung. Gegen die Execution ſolcher Protocolle erhob ſich Streit vor Gericht, und die Regierung behauptete, daß die Gerichte keine Zuſtändigkeit hätten, zu erkennen, weil ſie anſonſt über den Werth oder Unwerth von adminiſtrativen Acten entſcheiden würden, was ihnen unterſagt ſey. Das Appellations- und das Caſſationsgericht haben dieſe Einrede nach obigen Grundſätzen beſeitigt und ihre Unabhängigkeit manutenirt.

Man ſehe Hilgard's Annalen Band II. Pag. 288, 291.

Halten wir alſo den Grundſatz des richterlichen Wirkens, den Pfeiler der Gerechtigkeit des rechtlichen und ſittlichen Lebens, feſt:

Das Geſetz und das Gewiſſen des Richters beſtimmen ſeinen Wirkungskreis, und innerhalb deſſelben iſt er unabhängig, unbekümmert um das, was außerhalb geſchehe.

Alles, was die Vernunft und die poſitiven Geſetze von dem

Richter verlangen, iſt, daß er ſich in die organiſchen Operationen der Adminiſtration nicht einmiſche, daß er durch Selbſtadminiſtriren den Gang der Verwaltung nicht ſtöre, daß er als Cenſor über Acte der Adminiſtration zu erkennen ſich enthalte; Acte welche er, *inſoweit* ſie die Verwaltung angehen, zwar nicht zu annulliren *berufen*, aber auch nicht verbunden iſt, poſitive zu berückſichtigen, und *als* Zerſtörung einer unbezweifelbaren eigenen Competenz im Dienſte einer unredlichen Regierung gegen ſich anzuwenden.

Allein nichts iſt falſcher und unpaſſender als die Geltendmachung der Trennungstheorie auf den Streitgegenſtand.

b) Es iſt durchaus nicht an dem, daß die Gerichte über die Gültigkeit oder Ungültigkeit adminiſtrativer Acte als ſolche erkennen, in die Operationen der Verwaltung ſtörend eingreifen ſollen. Die Regierung, Kammer des Innern, indem ſie, wie man angibt, beſchloß, den Druck der beiden Blätter mittelſt eigener Preſſe nicht zu dulden und deßhalb Beſchlag auf die Preſſen zu legen, hat nach Tit. VI *) der Verordnung vom 17. December 1825 als obere Polizeibehörde gehandelt; ſie hat, ſofern überhaupt irgend ein Geſetz angerufen werden ſoll, die ihr im §. 68 daſelbſt übertragene „Wachſamkeit gegen die Mißbräuche der Freiheit der Preſſe — Aufſicht über die Buchdruckereien" geübt. Sie muß ferner, ſo lange ſie nicht ſelbſt das Gegentheil aufſtellt, cenſirt werden, auch die weitere Vorſchrift dieſes §. „genaue Beobachtung des Inhaltes der dritten Beilage zur Verfaſſungsurkunde, und der darin bezeichneten Competenzverhältniſſe", ſo wie jene des §. 151 der allegirten Verordnung **) „genaue Anerkennung der Competenzverhältniſſe

---

*) Allgemeine Landespolizei.

**) Von ſämmtlichen vorſtehenden, den Wirkungskreis der Kreisregierungen betreffenden Beſtimmungen der gegenwärtigen Verordnung finden auf den Rheinkreis alle diejenigen keine Anwendung, welche mit den dortigen Inſtitutionen, Geſetzen und den hierauf geſtützten Verordnungen nicht im Einklang ſteben; in dieſen Fällen bleibt es daſelbſt durchaus bei dem dermaligen Verfahren; und insbeſondere darf aus gegenwärtiger Verordnung in den Competenzverhältniſſen der ordentlichen Gerichte des Rheinkreiſes durchaus keine Veränderung gefolgert werden.

der ordentlichen Gerichte im Rheinkreis" haben vollziehen zu wollen.

Sie hat ſelbſt das Decret vom 5. Februar 1810 und namentlich die Art. 45 und 46 als Quelle ihrer Einſchreitungen angegeben, ſomit ein Verfahren eingeſchlagen, was unabwendlich, zur richterlichen Erledigung führen muß.

Hätten die Tribüne und der Weſtbote ſich ruhig verhalten oder aber hätten ſie die Beſchlaganlegung verweigert, ſo mußte die Regierung, m. a. W. die Generaldirection der Buchdruckerei, die obere Polizeibehörde, klagend vor Gericht auftreten, resp. die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens durch Anzeige bei dem Staatsprocurator betreiben. Daß aber die zumeiſt betheiligten Journaliſten anticipirt und ſelbſt geklagt haben, kann wahrlich die ſo eben angerufenen Geſetzesſtellen nicht unanwendbar machen, die geſetzlich und factiſch begründete Competenz nicht beſeitigen, die Handlung der Polizeigewalt nicht zum unerreichbaren Privilegium ſtempeln.

Bisher haben wir den Gegenſtand der richterlichen Beurtheilung unter dem Geſichtspunkt gewürdigt, in welchem er, durch die von der Regierung als Polizeibehörde, mittelſt ihres Auftrages zur Beſchlagnahme und dieſer letzteren ſelbſt ergriffenen Initiative, ſich darbietet, und hiernach die Zuſtändigkeit des Richteramts bethätigt. Dieſer Geſichtspunkt iſt aber nicht der günſtigſte. Viel fracter und evidenter zeigt ſich die Unläugbarkeit des richterlichen Berufes, wenn die Entſcheidungsfragen von allen Nebenumſtänden und Anhängen beſeitigt werden, wenn die Erſte Hauptfrage, als für ſich iſolirt ſtehend, ins Auge gefaßt wird.

Alsdann hat der Richter ſich um alles dasjenige, was im Wege der Verwaltungshandlungen geſchehen ſeyn möge, im Mindeſten nicht zu bekümmern; ſeine Entſcheidung löſt eine ſeinem Forum angehörige Rechtsfrage, — erkennt über ſtaatsbürgerliche und Privatrechte, und läßt alle Acte der Adminiſtration als ſolche gänzlich unberührt.

Welches die rechtlichen Folgen der ergehenden Entſcheidung in der Competenz- und Hauptfrage ſeyen, werden die Gerichte ermeſſen

und ohne Mühe auffinden. Ergibt ſich daraus, daß eine Beſchlagnahme, welche in Gefolge eines überhaupt nicht, oder nur in modificirtem Sinne anwendbaren Geſetzes, als anticipirte Execution, als blos proviſoriſche Maßregel und als Einleitung dieſes Proceſſes, angelegt worden iſt (Decret vom 5. Februar 1810 Art. 45, 46, 47), aufgehoben werden muß; ſo gehört das Erkenntniß hierüber ſchlußgerecht zu der Amtsbefugniß der Gerichte. Sie vernichten hier durchaus nicht einen in die Sphäre des adminiſtrativen Reſſort gehörigen Act, ſie ſtören die Wirkſamkeit der Verwaltung nicht; ſie geben vielmehr einer Maßregel, welche, von der Polizeigewalt ausgegangen, die richterliche Enderledigung zum Ziel hat, die geſetzlich vorgeſchriebene Beſtimmung, ihre Gültigerklärung oder Beſeitigung.

Iſt das Richteramt aber ſelbſt mit dieſer Beſchlagnahmsfrage nicht befaßt, ſo kann die Abläugnung ſeiner Competenz nur als eine frivole Einrede characteriſirt werden.

Zwar möchte die Regierung angebliche Adminiſtrativ-Acten, Entſchließungen und Verordnungen mit der Streitfrage confundiren, und aus dieſer Ungewißheit die Incompetenz der Gerichte begründen. Allein dieſe Tendenz muß ſchon darum ſcheitern, weil in den erhobenen Klagen von der Beſchlagnahme und adminiſtrativen Verordnung u. ſ. w. durchaus keine Rede iſt, auf deren Vernichtung gar nicht angetragen iſt, die Frage des von den Journaliſten in Anſpruch genommenen conſtitutionellen und geſetzlichen Rechtes ſomit in aller unumwundenen Reinheit ſich darbietet.

Dieſe mögen die Gerichte entſcheiden, und den Betheiligten überlaſſen, die Folgen davon zu erwägen und zu genießen. —

Und nun genug zur Erſchöpfung der vier Hauptfragen. Eine unwillkürliche Schamröthe färbt die Wangen bei dem Gefühle, einer Regierung gegenüber im Jahr 1832 erſt darthun zu ſollen, daß Preßfreiheit wirklich bedeute: die Freiheit, ſich der Preſſe zu bedienen!?

Die Regierung iſt im Rechtsſtreite gegen den Weſtboten ſo weit gegangen, zu behaupten, daß ein ſchon etablirter Buchdrucker ſein Gewerbe nicht an einen andern Ort verlegen, die Zahl der Preſſen nicht vermehren dürfe. Auch dieſe Aufſtellungen ſind ungeſetzlich

und widerlegt durch die vorſtehende Abhandlung im Allgemeinen, und insbeſondere durch die Vorſchriften der Geſetze vom 17. März 1791, vom 17. Juni 1791, vom 1. Brumaire VII, Art. 27, durch den Inhalt der Verordnungen vom 26. Februar 1818 §§. 1, 2, 5, 6, 21, 35 und 39, und vom 14 April 1820.

Sollte die Nothwendigkeit eintreten, auf dieſe Geſichtspunkte einzugehen, ſo wird die Darlegung der näheren Beweiſe nicht ſchwer werden. Einſtweilen erwartet die Preßfreiheit von den Gerichten des Kreiſes mit Zuverſicht ihr Lebens- oder Todes-Urtheil. Sie wird fortleben, wenn die Gerichte, ihrem erhabenen Berufe entſprechend, dem Erkenntniſſe den traditionellen und unbefleckten Character der franzöſiſchen Magiſtratur verleihen: Force à la loi!

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Savoye, Joseph,

Garantieen der freien Presse im bayerischen Rheinkreise

Zweibrücken 1832

Bamberg, Staatsbibliothek -- Misc.o.74#9
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11742887-7